Nr. 255. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 31. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Einladung.

Jetzt, da der „Vorwärts" im eignen parteigenössischen Betriebe hergestellt wird, erwächst den Parteigenossen und Genossinnen mehr denn je die Pflicht, für das Organ, das ihre Interessen vertritt, agitatorisch thätig zu sein. Wo immer es sei, in der Werkstatt, in der Häuslichkeit, sorge ein jeder dafür, dass dem „Vorwärts" die Verbreitung zu teil wird, die ihm seiner Bedeutung nach gebührt. In jedem Hause bietet sich unsren Anhängern und Anhängerinnen Gelegenheit, gegen die sich unparteiisch nennende, in Wahrheit aber der Reaktion und der Volksverdummung dienende Presse den Kampf aufzunehmen. Hier gilt es einzusetzen und der proletarischen Bevölkerung klar zu machen, wie arg sie sich selbst schädigt, wenn sie statt der Arbeiterzeitung die Sensationsblätter unterstützt.

Parteigenossen und Genossinnen! Werbt für Euer Parteiorgan, agitiert rastlos für Euer Blatt, den „Vorwärts"!

* * *

Mit dem 1. November 1902 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den **„Vorwärts"** mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden **Unterhaltungsblatt** und der Sonntagsbeilage **„Die Neue Welt"**.

Für **Berlin** nehmen **sämtliche Zeitungsspedizeure** sowie **unsre Expedition**, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen **sämtliche Postanstalten** Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschliesslich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts" in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7878.)

Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollgültigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im **Auslande** kann der „Vorwärts" gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Oere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 heller in Oestreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Oere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 Mark in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andren zum Weltpostverein gehörenden aussereuropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der **„Vorwärts" pro Monat 2 Mark** innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oestreich-Ungarn, im Ausland **3 Mark** pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Menetekelei.

Das Menetekel, das vorgestern Graf Posadowsky scheinbar in der Rolle des klagenden Propheten, in Wirklichkeit mit der Hokuspokus-Kunst eines Blumenmediums an die Wand malte, findet in der klerikalen und konservativen Presse verständnisvolle Verwertung. Beide Gruppen haben aus der Posadowskyschen Rede nicht nur den Appell „Zollpatrioten aller Parteien einigt Euch!" vernommen, sondern nicht minder herausgefunden, welche wertvolle Motivierung ihnen für ihren Rückzug auf die Regierungsvorlage durch die Posadowskysche Erklärung geliefert wird, daß nach seiner intimen Kenntnis der Verhältnisse sich auf Grund des Regierungs-Zolltarifs weit leichter Handelsverträge abschließen lassen, als mit dem jetzt bestehenden Tarif, und daß daher, wenn die Regierung durch Ablehnung ihres Entwurfs gezwungen werde, auf der Basis des jetzigen autonomen Tarifs in Vertragsverhandlungen einzutreten, die Gefahr schwerer Zollkonflikte viel größer sein werde. Offiziell wird zwar zunächst noch an den Kommissionsbeschlüssen festgehalten — ein allzu schneller Umfall hat seine Bedenken —, um so eifriger aber wird mit erkünstelter Besorgnis um des deutschen Volkes Wohlfahrt in grellen Farbentönen nach Posadowskys Vorgang die schreckliche „nationale Gefahr" ausgemalt, die das Nichtzustandekommen eines neuen Zolltarifs nicht nur für die Landwirtschaft, sondern noch in stärkerem Maße für die Industrie haben würde — und so der Boden vorbereitet für die spätere Erklärung, daß zwar das klerikal-konservativ-nationalliberale Zolltrifolium in dem Regierungstarif eine Befriedigung der berechtigten Ansprüche der Landwirtschaft nicht zu erkennen vermöge, aber trotzdem, um nicht die Gefahr einer Verkümmerung des deutschen Wirtschaftslebens heraufzubeschwören, schweren Herzens dem Allgemeinwohl das Opfer bringe, sich mit den Zollsätzen des Regierungstarifs zu begnügen.

Selbst die zarte Rücksicht auf das Wohlbefinden der Industrie-Arbeiter muß zur Stimmungsmache für den Umfall herhalten, indem erklärt wird, die in einer Nichteinigung nach Posadowskys Ansage bevorstehenden Zollkonflikte würden ja nicht bloß die Industrie treffen; weit mehr noch würden die in der Industrie beschäftigten Arbeiter die Verkehrtheiten der socialdemokratischen Zollpolitik zu kosten bekommen.

Diese Ausnutzung der Posadowskyschen Menetekelei für ihre Rückzugspläne lassen die konservativ-klerikale Presse absichtlich ganz übersehen, daß die angebliche „nationale Gefahr", die aus einem Zurückgreifen auf den jetzigen Tarif entspringen soll, eine **ganz nagelneue Entdeckung ist, die mit allen früheren Erklärungen der Regierungsvertreter im Reichstag wie in der Zollkommission in direktem Widerspruch steht.** Bisher hieß es nie, mit dem Regierungstarif ließen sich leichter Handelsverträge abschließen; im Gegenteil, immer wieder wurde versichert, die Vorlage der Regierung biete eben noch die allerletzte Möglichkeit für den Abschluß neuer Verträge; ein Hinausgehen über ihre Zollsätze, selbst nur um wenige Prozente, zerstöre diese Möglichkeit vollständig. Noch erst vor 14 Tagen (am 16. ds.) erklärte erneut der Reichskanzler unter Berufung auf seine gründliche Kenntnis der fremden Regierungsabsichten, daß der Entwurf die **„äußerste Grenze"** sei, bis zu der gegangen werden könne, wenn noch die Möglichkeit eines Abschlusses neuer Verträge bestehen bleiben solle. Und zugleich meinte er:

„Wenn der Tarif abgelehnt würde, so bliebe den verbündeten Regierungen nur übrig, entweder die bestehenden Handelsverträge fortbestehen zu lassen oder auf Grund des alten Tarifs in neue Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten. Auch im letzteren Fall würden die verbündeten Regierungen bemüht sein, die Interessen der Landwirtschaft nach Möglichkeit wahrzunehmen. Daß es ihr aber beim besten Willen nicht so gelingen dürfte wie bei Verhandlungen auf Grund des neuen Tarifs, leuchtet ohne weiteres ein."

Dem Reichskanzler erschien also noch vor vierzehn Tagen auf Grund seiner speciellen Kenntnisse der auswärtigen Regierungsverhältnisse die Verlängerung der jetzigen Handelsverträge oder die Abschließung neuer Verträge mit dem heute gültigen Tarif als etwas ganz Selbstverständliches. **Von dadurch entstehenden Zollkonflikten wußte er noch absolut nichts.** Diese Gefahr ist erst in den letzten Tagen von Posadowsky oder irgend einem verkannten Genie unter seinen Geheimräten entdeckt worden, der aus seiner Kindheit sich erinnert hat, welchen Eindruck die Flammenschrift an der Wand macht. Aber diese Beschwörungsformel wirkt nicht, weil jeder die verborgene Laterne ahnt, die die Schrift auf die Wand wirft.

Auch bei der Kanalvorlage hat man die Flammenschrift an der Wand aufgeboten. Dennoch haben die Junker sie furchtlos niedergestimmt und dann zu Tode verschleppt, bis Graf Bülow meinte: Na denn nich! und erklärte, er lege auf die Weiterberatung der Vorlage keinen Wert. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober.

Die Entlarvung.

Der Reichstag erging sich am Donnerstag sechs Stunden lang in sehr friedlichen, sehr akademischen Debatten, die von wenigen Mitgliedern ohne jede Anregung und mit sehr mäßiger Aufmerksamkeit angehört wurden. Erst am Schluß veränderte sich das Bild: es gab einen außerordentlich heftigen Zusammenstoß, bei dem die höflichen Formen des parlamentarischen Verkehrs wie ein lästiges Kleidungsstück beiseite flogen, bei dem man sich einmal hemdärmlich gegenüberstand, um sich Aug' im Auge die Wahrheit zu sagen. — Die Sitzung begann mit der üblichen namentlichen Abstimmung, die diesmal eine Gesamtabstimmung über den zweiten Absatz des § 1 des Zolltarif-Gesetzes — die Minimalzölle — war. Die Kommissionsfassung wurde mit 158 gegen gegen 128 Stimmen angenommen.

Dann wandte man sich dem **dritten Absatz zu**, der für unsre Hansastädte von höchster Bedeutung ist. Es handelt sich hier um das Meistbegünstigungsrecht der Freihafengebiete. Aber dies Recht kann vom Bundesrat mit einem Federstrich beseitigt und Hamburg und Bremen schlechter gestellt werden, als Rotterdam oder Antwerpen, wenn wir in einen Zollkrieg mit irgend einer Nation verwickelt werden. Daß der Reichstag die Maßnahmen des Bundesrats nachträglich wieder aufheben kann, hat nicht viel zu bedeuten. Der Handel unsrer Seestädte kann inzwischen unermeßlichen Schaden gelitten haben. Wo aber waren die hanseatischen Bundesbevollmächtigten, die Herren Klugmann und Dr. Burchard, als der Versuch gemacht wurde, diesen Schlag von ihren Republiken abzuwehren? Sie stellten sich im Hause erst ein, als die Abstimmung über die entscheidende Frage längst gefallen war — natürlich gegen die Interessen der Hansestädte. Genosse Molkenbuhr hatte, sekundiert von den Herren Dr. Barth und Freese, vergebens versucht, die schwere Schädigung des deutschen Seehandels zu verhindern. Unser Antrag, der dem Bundesrat das Recht nehmen wollte, im Fieberparoxismus des Zollkrieges die eignen Freihäfen zu sperren, wurde abgelehnt, nachdem Schatzsekretär von Thielmann die überraschende Erklärung abgegeben hatte, daß die Hansestädte im Bundesrat nicht den geringsten Widerspruch erhoben hätten.

Beim § 1a, der in allen Steuerdirektionsbezirken Auskunftsbehörden über den Zolltarif schafft, fand Genosse Heine Gelegenheit, ohne rednerische Ueberstürzung die Lächerlichkeiten der Zollkuriosa zu beleuchten.

Dann kam im § 1b unser Kartellantrag an die Reihe. Genosse Bernstein begründete ihn in zweistündiger, trefflicher Rede. Sie war die Einleitung zu einer noch nicht abgeschlossenen Kartelldebatte, in der sich heute noch Graf Kanitz und in vorgerückter Stunde noch Herr Gothein von der freisinnigen Vereinigung beteiligten.

Es war ½7 Uhr geworden, als es der Mehrheit beliebte, durch einen Vertagungsantrag diesen Erörterungen ein Ende zu machen. Der Präsident wollte die nächste Sitzung am Freitag abhalten. Graf Hompesch, einer der Senioren der Centrumspartei, bat wegen der katholischen Feiertage um die Vertagung bis Dienstag. Das war der gegebene Moment, in dem die Opposition die Agrarliga vor das Tribunal der Oeffentlichkeit forderte und den mühselig ihre Schacherpläne verhüllenden Minimal-Diplomaten die Maske vom Gesicht riß. Und die Rechte wie das Centrum waren sich darüber klar, daß hier um Sein oder Nichtsein ihres politischen Kredits die Frage ging. Mit gar feindseligen Blicken rückten sie gegen den Abg. Dr. Barth vor, der mit Präcision und hurtiger Frische seinen Antrag auf Abbruch der Zolltarif-Verhandlungen und Vertagung des Reichstags bis zur Etatsberatung begründete. Präsident Graf Ballestrem trug entschieden der parlamentarischen Situation nicht genügend Rechnung, wenn er den Versuch machte, die notwendige Abrechnung im Keime zu ersticken und den vorhandenen Zündstoff durch rasche Abstimmung aus der Welt zu schaffen. Die Macht des Augenblicks stand Dr. Barth zur Seite, als er diesen Eingriff des Präsidenten sehr bestimmt zurückwies. Er redete weiter und hatte den Erfolg, den Fuchs alsbald aus seinem Bau zu locken. Dem Abg. Grafen Limburg-Stirum, der sich seit seiner Weimarer Zeit für einen großen Diplomaten hält und so etwas wie der Machiavelli der Konservativen sein möchte, war es vorbehalten, die schlau-täppische Mühlendamm-Politik der Zollhändler aufs peinlichste zu dekollerieren. In seiner Herzensangst um die so innig gewünschte Zollbeute vergaß er die Pose vornehmer Nonchalance, mit der seine Freunde bisher von der Möglichkeit des Scheiterns gesprochen hatten. Von einem Scheitern, so plauderte er aus, könne gar nicht gesprochen werden: nachher, wenn wir bei der dritten Lesung sind, dann wird sich alles finden. Mit resignierter Miene wird das Agrariertum das um 50 Pf. verringerte Trinkgeld einstreichen. Es war sehr charakteristisch, daß Graf Limburg alsdann mit einer niedlichen kleinen Staatsstreichdrohung aufwartete. Aber es waren nicht die krachenden Throne, mit denen er drohte, sondern die Schnellbekehrten denken heute nur noch an den loyalen Staatsstreich gegen die Linke. Dabei wurde offen gelassen, ob der Graf vorläufig nur die Geschäftsordnung des Reichstages oder gleich die ganze Institution des Parlaments abschaffen will. Für das erhabene Ziel der Wucherzölle wäre ihm wohl auch das letztere kein zu großes Opfer.

Singer erwarb sich das Verdienst, auf diese luffifanten Provokationen die gebührende Antwort zu geben. Mit aller wünschenswerten Offenheit sprach er die Wahrheit aus, daß gewisse politische Parteien im Deutschen Reiche ihre Macht ausnutzen, um in die eigne Tasche zu arbeiten. Die ohnmächtige Wut der Rechten, die sich in unerhörten Zwischenrufen Luft machte, bewies, daß dieser Hieb gesessen hatte. In wuchtigen, knappen Sätzen kennzeichnete Singer die Bedeutung der konservativen Selbstentlarvung, ihre gierige Angst und ihre unehrlichen Ramschhändel. Dann entwarf er ein Bild von dem, was die Linke zu thun hat und thun wird.

Wenn in der Politik alles auf Schwarz oder Weiß hindrängt, so findet zur rechten Zeit stets ein Nationalliberaler sich ein, der es fertig bringt, ein diplomatisierendes Grau daraus zu machen. Diesmal übernahm Dr. Sattler die Rolle der vermittelnden Staatsmännlichkeit, indem er den klugen Gedanken produzierte, daß eigentlich die Linke durch ihren Antrag der Mehrheit alle Verantwortung abnehme und damit die Lage der Zöllner verbessere. Als wenn es sich beim Kampf um den Zolltarif um irgendwelche parlamentarische Mätzchen handelte und nicht um die bitterernste Aufgabe, den Zolltarif zu Fall zu bringen! Aber freilich, die Nationalliberalen wollen ja auch den Brotwucher.

Nur mißvergnügt und verspätet kam jetzt auch Eugen Richter zum Vorschein mit seiner notgedrungenen Unterstützung des Barthschen Antrages. In zwei mageren Sätzen gab er seine Zustimmung. Es thut ihm sehr weh, wenn er dem Centrum ungefällig sein muß, das sich durch Herrn Spahn in Reih und Glied mit der Rechten stellte. Die Phalanx der Brotwucherer erhob sich und brachte den Barthschen Vertagungsantrag zu Fall. Die aufklärende Wirkung dieser Debatte wird nicht ausbleiben. Eins steht nun fest: Die Mehrheitsparteien wollen den Zolltarif. All ihr Spreizen und Sperren soll nur Zeit schaffen, um den unvermeidlichen Umfall vorzubereiten und die Wähler mit dem Gedanken zu versöhnen, daß der Sperling in der Hand wirklich besser ist als die Taube auf dem Dache. Freilich, auch der Sperling ist noch nicht gefangen. —

Die Landtagswahlen in Niederösterreich.

—st— Wien, 29. Oktober. Sein altes Wahlglück ist Herrn Lueger auch gestern treu geblieben, am ersten Wahltage in Niederösterreich. Gestern wählten die Landgemeinden, die 21 Mandate zu vergeben, und sie wählten 20 Christlichsociale; nur in einem einzigen Bezirk sind die Christlichsocialen nicht Sieger geblieben, aber auch da ist es nicht ausgeschlossen, daß sie das Mandat in der Stichwahl erobern. Die Lueger hat also auf der ganzen Linie gesiegt — in einer Weise, die alle Parteien, nicht zum mindesten die Sieger selbst, verblüfft. Daß die christlichsociale Herrschaft in dieser Kurie nicht erschütterbar ist, das wußte man und mit besonderen Hoffnungen hat den Wahlen der Bauern niemand entgegengesehen. Aber man meinte doch, daß es der deutschen Volkspartei gelingen werde, ihren in Nachwahlen zu stande gebrachten Besitz zu behaupten, eher neue Mandate zu erobern, anstatt alle zu verlieren. Und nun ist das Ergebnis da, wonach die Volkspartei und die mit ihr verschwisterten Alldeutschen alle sieben Mandate verlieren, die sie in den Landgemeinden besessen haben! Das Resultat ist um so drastischer, als bei den letzten Reichsratswahlen den Christlichsocialen

Mandate abgewonnen worden sind — von derselben Partei und denselben Leuten, die gestern so schmerzhaft durchgefallen sind. Denn es ist kein bloßes Nichtdurchkommen, das die Volksparteiler erlitten haben; noch fürchterlicher ist der Mißerfolg in den Zahlen: die Christlichsocialen haben auf ihre Kandidaten über 46 000 Stimmen vereinigt, wogegen es ihre bürgerlichen Gegner nur auf 14 000 Stimmen gebracht haben! An diesen Ziffern ist nichts zu deuteln: sie sprechen die traurige Thatsache aus, daß das flache Land in Niederöstreich klerikal bis auf die Knochen ist. Wohl hat bei den berechnenden Bauern auch eine sehr praktische Erwägung mitgespielt: sie wollen es sich mit den Wiener Ratsherren nicht verderben, denn Wien ist es, die das Land ernährt, den Dörfern Schulen, Brücken, Straßen baut, von wo das Geld kommt, mit dem die Kosten des Landeshaushaltes bezahlt werden. Gott und die Wiener Geldtasche waren die Verführungen, denen die Bauern nachgingen; der Pfaffe und der Bürgermeister waren in jedem Dorfe die christlichsocialen Agitatoren.

Unter den gestern Durchgefallenen ist nur ein Mann von Interesse: der derzeitige Landesausschuß Schöffel, der einst den Wienerwald vor der Devastation durch ein Wucherer-konsortium gerettet hat und dessen Verdienst kein Geringerer gepriesen als Ferdinand Kürnberger. Schöffel ist in Niederöstreich Ehrenbürger von etwa 500 Gemeinden, ein Mann von Charakter und größtem Verdienst, wohl der beste Kenner der Verwaltung des Kronlandes. Er ist gegen einen ganz unbedeutenden Pfarrer schmählich unterlegen... Die Socialdemokratie war an dem Wahlkampf fast gar nicht beteiligt und nur indirekt interessiert. Wir hatten in mehreren Bezirken Zählkandidaten genannt, von denen Pernerstorfer in einem Bezirke das Drittel der abgegebenen Stimmen erzielte. Welche Nachwirkung das Wahlergebnis auf die Wahlen der Städte haben wird, die am 5. November sind, läßt sich im Augenblicke nicht vorhersagen. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Kaiser bei Bülow. Wilhelm II. hat am Donnerstag dem Grafen Bülow einen längeren Besuch abgestattet.

Man wittert natürlich wichtige „Entscheidungen". Vermutlich aber wird man vom Zolltarif überhaupt nicht geredet haben. —

Mit den hessischen Landtagswahlen

kann die Socialdemokratie zufrieden sein. Besonders erfreulich ist es, daß der stark gefährdete Offenbacher Kreis gegenüber dem Ansturm aller vereinigten bürgerlichen Parteien behauptet wurde.

Glänzend ist der Erfolg in Mainz. Die Genossen David und Haas erhielten 2982 Stimmen gegen 1879 klerikale und 690 nationalliberale. 1896 wurden nur 1635 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Freisinnigen und Demokraten erhielten damals zusammen 652 Stimmen; sie traten diesmal für die Socialdemokratie ein, deren Zuwachs aber weitaus die Ziffer der verfügbaren Bundesgenossen übertrifft. —

Eugen Richter auf der „mittleren Linie". Die „Freis. Ztg." sucht heute die volksparteilichen Hilfsleistungen für die Herold'sche Ueberrumpelungstaktik zu verteidigen. Eugen Richter ist bereits so weit ins agrarische Fahrwasser geraten, daß er selbst die Socialdemokratie wegen ihrer künstlichen Obstruktion denunziert:

„Die Socialdemokratie wollte lediglich durch Ablehnung der einfachen Tagesordnung die Verhandlungen um 1 bis höchstens 2 Stunden hinausziehen. Aber gerade diese gesuchte Art der Socialdemokratie, alle sachlichen Gesichtspunkte der Verschleppungstaktik unterzuordnen, bewirkt das Gegenteil von dem, was dabei beabsichtigt wird. Denn naturgemäß werden dadurch die Gegenparteien fortgesetzt provoziert, sich über Abwehrmaßnahmen zu einigen, die solche Bestrebungen von vornherein neutralisieren."

Graf Limburg-Stirum könnte das ungefähr auch sagen. In Wirklichkeit handelt die Socialdemokratie gerade im Interesse einer loyalen Anwendung der Geschäftsordnung, gegen deren Sinn es zweifellos verstößt, daß wichtige principielle Anträge durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung ohne Diskussion erdrosselt werden. Der Landwirtsbündler hat unzweifelhaft ein Recht darauf, daß über die Minimalzölle für Gärtnereiprodukte beraten werde.

Aber Richters Spiel ist in seiner Unehrlichkeit sehr konsequent und zielbewußt. Erst hat er die Abstimmungen über die principielle Frage der Zollfreiheit verhindert. Dann hat er die Beratung der Ueberzoll-Anträge ausschalten helfen. So bleiben nur die Beschlüsse der mittleren Linie übrig. Herr Richter sollte mindestens zum Ehrenmitglied des Centrums und zum Kommissionsrat ernannt werden. —

Die Kinderschutz-Kommission

berlet am Donnerstag die zum Text des § 4 gestellten Anträge. Seitens unsrer Genossen wurde beantragt, den für Kinder verbotenen Beschäftigungsarten hinzuzufügen: das Schornsteinfegen, wird angenommen; „Mischen und Mahlen von Farben", wird angenommen, ebenso: „Arbeiten in Kellereien"; dagegen wird abgelehnt die Hinzufügung des Regelaufsetzens und der Beschäftigung in Schießbuden, beim Rüben- und Pflanzenziehen, Kartoffelgraben gegen Entgelt und bei Treibjagden, sowie beim Läuten der Glocken. Der vom Abg. Zwick gestellte Antrag, hinzuzufügen: „in dem mit dem Speditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetriebe" wird angenommen, ferner der vom Abg. Hasse beantragte Zusatz, daß der Bundesrat das Recht hat, „weitere gesundheitsschädliche Beschäftigungen zu untersagen."

§ 4 (verbotene Beschäftigungsarten) hat nun folgenden Wortlaut:

„Bei Bauten aller Art, im Betriebe derjenigen Ziegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben, auf welche die Bestimmungen der §§ 134 bis 139b der Gewerbe-Ordnung keine Anwendung finden, und der in dem vorliegenden Verzeichnis aufgeführten Werkstätten sowie beim Steineklopfen, an Werkstattmaschinen, im Schornsteinfeger-Gewerbe, in dem mit dem Speditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetriebe, beim Mischen und Mahlen von Farben, beim Arbeiten in Kellereien dürfen Kinder nicht beschäftigt werden.

Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere gesundheitsschädliche Beschäftigungen zu untersagen und das Verzeichnis abzuändern. Die beschlossenen Abänderungen sind durch das Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritte zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Die gesperrt gedruckten Worte sind durch die Kommission der Regierungsvorlage hinzugefügt.

§ 5 der Vorlage bestimmt, daß fremde Kinder in Werkstätten, im Handelsgewerbe und im Verkehrsgewerbe, soweit nicht durch § 4 die Arbeit verboten ist, erst vom 12. Lebensjahre ab beschäftigt werden dürfen. Unsre Genossen beantragen, das 13. Lebensjahr als Schutzgrenze zuzulassen und begründen dies mit dem Hinweis auf den schädlichen Einfluß der gewerblichen Thätigkeit auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder. Nachdem der socialdemokratische Antrag zu § 2 des Gesetzes, die Kinder bis zum vierzehnten Jahre von jeglicher Erwerbsarbeit fernzuhalten, abgelehnt wurde, möge die Kommission, so führte Wurm aus, wenigstens bis zum dreizehnten Jahre die Kinder vor Ausbeutung schützen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und des Abg. Röficke abgelehnt. Für das zwölfte Jahr tritt unter andern auch der freisinnige Abgeordnete und Schulinspektor Zwick ein!! Der zweite Absatz des § 5 bestimmt, daß Kinder über 12 Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen. Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. — Unsre Genossen beantragen, für die Ferien keine längere Arbeitszeit zuzugestehen (was auch Abg. Zwick beantragt hat), ferner die Beschäftigung zu verbieten zwischen dem Vor- und Nachmittagsunterricht (ebenfalls von Zwick beantragt) und hinzuzufügen: „Zwischen dem Ende des Schulunterrichts und Beginn der Arbeit muß eine Pause von mindestens zwei Stunden liegen." Ueber diese Vorschläge entspinnt sich eine lange Debatte, in der die Konservativen jede Verbesserung der Regierungsvorlage ablehnen, die andren Parteien mehr oder minder den von seiten unsrer Genossen gegebenen Vorschlägen zustimmen, aber eine Formulierung wünschen, die auch für diejenigen Landschulen paßt, in denen zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht eine oft vier Stunden währende Pause liegt. — Um 12 Uhr muß die Debatte abgebrochen werden. Nächste Beratung Freitagvormittag 9 Uhr. —

Staatsgefährliche Treue zum angestammten Fürstenhaus.

Der „Althannoversche Turnerbund Sachsenroß" wollte in Hannover am 14. April 1901 mit einer Feier des Geburtstages der ehemaligen hannoverschen Königin Marie die Einweihung seiner neuen Fahne verbinden, und zwar sollte die eigentliche Fahnenweihe in ein eigens zu diesem Zwecke gedichtetes Festspiel verlegt werden. In dem lose gefügten Festspiel treten neben althannoverschen Veteranen junge Hannoveraner im Turnerkostüm auf und sprechen gleich den Alten viel von der Treue zum angestammten Herrscherhaus, das Gott eingesetzt habe und dessen noch lebende Mitglieder fern von der Heimat weilen müßten. Es wird dem Schmerze darüber Ausdruck verliehen und die Hoffnung auf eine dereinstige Wiederkehr ausgesprochen.

Der Polizeipräsident verbot die Aufführung des Festspiels als staatsgefährlich, indem er sich auf § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts berief. In dem Stück, so wude ausgeführt, werde die Abtrennung der Provinz Hannover vom preußischen Staat und die Wiederanerkennung der früheren Herrscherfamilie erhofft und diese Herrscherfamilie verherrlicht. Das erwecke aber und erhalte in der Bevölkerung ein Gefühl der Unruhe und Unsicherheit. Solchen Handlungen müsse die Polizei „zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" entgegentreten. Die Polizei habe nicht nur dem Staat unmittelbar drohenden Gefahren, sondern auch allem vorzubeugen, was dem Staate Nachteile bringen könne.

Der Bezirksausschuß zu Hannover wies die Klage des Vorstands ab und führte aus: Es handele sich nicht nur um einen Akt der Theatercensur. Die ganze Veranstaltung habe den Charakter einer welfischen Demonstration gehabt. Das Stück hätte ganz besonders erregend wirken können. Auf jeden Fall sei eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu befürchten gewesen. Auch wäre es geeignet gewesen, solche inneren Anschauungen und Gefühle, die gefährlich werden können, zu fördern. Die Verhetzung gegen das regierende Herrscherhaus könne den einen oder den andern verleiten, wenn ihm die Agitation der Welfenpartei nicht schnell genug wirke, zu verbrecherischen Mitteln zu greifen und verbrecherische Handlungen zu begehen.

Der Vorstand des Turnerbundes legte noch Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht ein, vor dem ein Kommissar des Ministers des Innern sich im Sinne der Ausführungen des Polizeipräsidenten und des Bezirksausschusses ausließ. Der Herr betonte u. a., daß die Stellen im Festspiel, die vom geistigen Kampf handelten, nicht ernst gemeint seien; sie paßten zu dem übrigen „wie die Faust aufs Auge".

Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung. Gründe wurden nicht verkündet.

Woraus man ersieht, daß die Treue zum angestammten Fürstenhaus leicht staatsgefährlich wird und es deshalb nicht gut ist, allzu treu zu sein.

Sachlich ist die Entscheidung natürlich gänzlich grundlos. Innerhalb der gesetzlichen Grenzen kann jeder über Vergangenheit und Zukunft denken und wünschen was er will. Diese Anwendung des Allgemeinen Landrechts läuft darauf hinaus, die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungs- und Vereinsrechts in das freie Ermessen der Polizei zu stellen. —

Wie die preußische Regierung die Wohnungsfrage löst. Die „Arbeitgeber-Zeitung" bringt jubelnd folgende Mitteilung:

„Kein Arbeiterwohnungs-Gesetz. In letzter Zeit war vielfach die Rede davon, daß in den preußischen Ministerien Verhandlungen im Gange seien, die auf den Erlaß eines Wohnungsgesetzes abzielten. Wir können auf Grund einer Information an maßgebender Stelle mitteilen, daß diese Gerüchte **der thatsächlichen Unterlage entbehren.** Der **Handelsminister Möller** hat sich auf seiner letzten Inspektionsreise durch Rheinland-Westfalen **überzeugt, daß die Arbeitgeber sich fast ausnahmslos ihrer socialen Pflichten sehr wohl bewußt sind und daß daher von ihrer eignen Initiative die beste Lösung des Wohnungsproblems** zu erwarten ist. Das Eingreifen der Behörden wird sich auf den Erlaß einzelner Polizeivorschriften und vielleicht auf die Einführung besonderer Wohnungsinspektionen beschränken."

Die „Arbeitgeber-Zeitung", das neue Blatt für einseitigste Unternehmerpolitik, ist vollauf berechtigt, sich jubelnder Freude hinzugeben. Minister Möller eröffnet ihr die Aussicht, bald schreiben zu dürfen: Die Behörden haben erkannt, daß sie keinerlei Anlaß haben, irgendwo und irgendwie sich socialpolitisch zu bethätigen, da die Arbeitgeber durch eigne Initiative die sociale Frage zu lösen bereit sind! —

Die Krisenkritik der „Frankfurter Zeitung". Die „Frankfurter Zeitung" war so gütig, unsren Bemerkungen zu Franz Eulenburgs hervorragender Arbeit über die gegenwärtige Wirtschaftskrise einige Dummheiten zu widmen, die durch den Ton blasierter Ueberlegenheit und der Offenbarung erstaunlicher Unwissenheit nicht eben geistreicher wurden. Wir hatten uns die Mühe gegeben, zur Ausbildung der ökonomischen Klarheit des Frankfurter Zeitungs-Gelehrten ausführlich zu antworten. Das Frankfurter Blatt aber lehnte jede Zumutung, die Lücken ihres Wissens und die Blößen ihres Denkens zu vermindern ab und erwiderte deshalb nichts, wie das Bekenntnis ihres Trotzes. Wir stellten diese Entsagung des demokratischen Organs fest und nun beteuert die „Frankfurter Zeitung", sie habe deshalb nicht den Schatz ihrer tiefen Weisheit bemüht, weil wir ihre — Ehre verletzt hätten. Der „Vorwärts" dürfe „einem nicht so mir nichts, dir nichts die Ehre abschneiden, ihn nicht als ein bestochenes und verkauftes Individuum hinstellen, wenn man eine andre Antwort will, als die: Gassenjunge!"

Wir gestehen, jetzt ist es der „Frankfurter Zeitung" endlich gelungen, auch uns zu belehren. Wir hatten gelegentlich bemerkt, daß die Krisenphilosophie der mittleren Linie, wie sie die „Frankfurter Zeitung" betreibt, den kapitalistischen Börsenbedürfnissen entspräche. Wir hatten uns dabei wirklich nichts Arges gedacht. Wir wollen lediglich darauf hinweisen, daß ein Blatt, das principiell das Recht und die Vernunft der kapitalistischen Interessen verteidigt, natürlich auch durch diese Grundauffassung in seinen ökonomischen Theorien beeinflußt wird. Jetzt hören wir, daß eine so beeinflußte Doktrin unmöglich aus innerer Ueberzeugung fließen könne, sondern daß nur ein „bestochenes und verkauftes Individuum" fähig sei, eine den Börseninteressen kongruente Oekonomie zu vertreten; mit andern Worten: wer nicht mit so und so viel Mark irgendwie „beteiligt" sei, der verfalle nicht darauf, die Börsen-Oekonomie als begründet anzuerkennen.

Ein solches Todesurteil über — die Börse und die Vertreter ihrer Interessen hätten wir von der „Frankfurter Zeitung" nicht erwartet. Aber wir widersprechen nicht, auf diesem Gebiete muß sie Bescheid wissen. —

Verschärfung der Strafbestimmungen für Duellanten kündigt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" an.

Das klingt sehr unglaublich und würde auch nichts nützen: denn je schärfer die Strafe, desto sicherer die — Begnadigung. —

Berlin und Karlsruhe. Aus Baden wird uns geschrieben: Ueber die Ursachen des so raschen Ausscheidens des Erbgroßherzogs Friedrich aus seiner Stellung als kommandierender General des VIII. Armeekorps in Coblenz gehen durch die bürgerliche Presse unsres Landes augenblicklich allerhand Gerüchte. Es wird da angedeutet, man habe den Herrn seiner Zeit gegen seinen ausdrücklichen Willen aus seinem Heimatlande weg nach Preußen versetzt, obwohl man in Berlin wissen mußte, daß sein leidender Zustand das feuchte Klima der Rhein- und Moselstadt nicht ohne üble Folgen ertragen könne. Thatsächlich sei auch ein Rückfall in ein früheres schmerzhaftes Leiden eingetreten, der die dauernde Rückkehr des Erbgroßherzogs in seine badische Heimat habe wünschenswert erscheinen lassen. Es wurden zu diesem Zwecke Unterhandlungen eingeleitet, deren Ziel die Ernennung des badischen Thronfolgers zum kommandierenden General des XIV. Armeekorps in Karlsruhe war. Allein der Erfolg blieb aus, und es scheiterten auch die Versuche, in andrer Form die Rückkehr des Erbgroßherzogs in seine Heimat zu ermöglichen. Er sah sich deshalb gezwungen, vorerst die militärische Laufbahn zu verlassen, und die überraschende Schnelligkeit, mit der seine Abreise aus Coblenz erfolgte, gehe auch schon daraus hervor, daß das für das erbgroßherzogliche Paar vor etwa 8 Jahren in Karlsruhe neu erbaute Palais nicht einmal mehr eingerichtet werden konnte zur Aufnahme der Herrschaften, so daß dieselben vorläufig anderwärts ihre Residenz aufschlagen mußten. Das alles habe eine gewisse „Abkühlung der Beziehungen zwischen Berlin und Karlsruhe" zur Folge gehabt, vorläufig müsse jedoch darauf verzichtet werden, diejenigen Intriguen zu schildern, die in diese ziemlich einfachen Vorgänge hineingeflochten worden seien. —

Civilehe und katholische Kirche. Aus Baden schreibt man uns: In der Residenz Karlsruhe werden seit Jahren auf dem Standesamt an die Brautleute auf Verlangen sogen. Familien-Stammbücher abgegeben, welche Blätter zur Aufzeichnung der Personalien der Familienmitglieder und am Schluß einen Auszug aus dem Personenstandsgesetz enthalten. Nun stellte das katholische Pfarramt an das Standesamt den Antrag, es solle an katholische Personen künftighin ein andres Familienbuch verabreicht werden, das u. a. auch die katholisch-kirchlichen Vorschriften über Eheschließungen, Taufen und Begräbnisse enthält. Bei näherer Besichtigung stellte sich jedoch heraus, daß die Civilehe und alles, was mit ihr zusammenhängt, in dem Buch in der denkbar schlimmsten Weise herabgewürdigt wird. Es heißt darin u. a., die „sogenannte Civilehe sei nur eine bürgerliche Ceremonie", der sich die Gläubigen zur Vermeidung bürgerlicher Nachteile unterziehen müßten, daß die **Kinder aus Civilehen** kirchlich als **illegitim** gelten. Der Karlsruher Stadtrat lehnte daraufhin die Verteilung der katholischen Familien-Stammbücher durch das Standesamt ab. —

Ausland.

Vom französischen Bergarbeiter-Streik.

Die Gelben, die sich ebenfalls an den Ministerpräsidenten um Gewährung einer Audienz gewandt hatten, haben bis jetzt nach Verlauf von bereits vier Tagen noch keinerlei Antwort von diesem erhalten. Trotzdem diese zufriedenen arbeitswilligen Elemente nichts von den Bergwerksgesellschaften beanspruchen, haben sie doch jetzt das Verlangen aufgestellt, zu den Verhandlungen, welche Combes zwischen den Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen sucht, hinzugezogen zu werden. —

Die Grubengesellschaft von Bomehors hat ein Plakat anheften lassen, das geeignet ist, sehr provokatorisch und erbitternd zu wirken. Es heißt dort, die Gesellschaft könne nichts von den Forderungen der Bergleute bewilligen, im Gegenteil, sie mache die Weiterführung der Arbeiten in den Gruben abhängig von einer 15prozentigen Lohnherabsetzung. Diejenigen ihrer Arbeiter, welche die Arbeit plötzlich niedergelegt, haben sich als entlassen zu betrachten, könnten sich aber bis Montag, den 3. November, wieder melden. Fänden sich nicht genügend Arbeiter zu den oben bezeichneten Bedingungen, so würde der Betrieb der Schächte definitiv aufgegeben. —

* * *

Paris, 30. Oktober. Ministerpräsident Combes hat heute vormittag die Präfekten der Departements Nord und Pas-de-Calais empfangen, welche ihm Bericht über den Stand des Streiks in ihren Departements erstatteten.

Paris, 30. Oktober. Das **Nationalkomitee der Grubenarbeiter** beriet heute früh die Fragen betreffend den Ausstand, das Schiedsgericht und die Haltung der Arbeitgeber. Aus den Antworten der Direktoren der verschiedenen Grubengesellschaften geht hervor, daß es verfrüht ist, sich mit der Frage des Schiedsgerichts zu befassen. Die Direktoren sind der Ansicht, man müsse zuvor die zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern bestehenden Streitpunkte ordnen, während das Nationalkomitee der Grubenarbeiter vor allem die Frage des Schiedsgerichts klargestellt wissen will.

Lens, 30. Oktober. Der Ausstand in dem Kohlenbecken von Pas-de-Calais dauert noch immer an. Der Deputierte Basly hat dem Präfekten mitgeteilt, daß er der Zusammenkunft mit den Delegierten der Kohlengrubenbesitzer, welche am morgigen **Freitag** in Arras stattfinden wird, zustimme.

Die Gelben.

= Eine der traurigsten Erscheinungen in der französischen Arbeiterbewegung sind die „gelben Syndikate". Es handelt sich hier nicht mehr um einzelne oder auch nur um eine große Masse einzelner Streikbrecher, sondern um Organisationen von Arbeitswilligen, die im Namen der „Freiheit der Arbeit" jeden Streik, sei er auch noch so gerechtfertigt, bekämpfen. Diese Streikbrecherkolonnen stellen nicht bloß den Erfolg eines jeden Streiks in Frage, sondern ihre Existenz giebt auch die Veranlassung für die bedauerlichen Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitern.

Auch bei dem gegenwärtigen Bergarbeiterstreik spielen die Gelben wiederum eine gleich traurige Rolle. Nach den Kammerverhandlungen haben sie in der Pariser „Unabhängigen Arbeitsbörse" unter ihrem Vorsitzenden Lanoir eine Konferenz gehabt und beschlossen, daß die Gelben überall da, wo sie überhaupt geeiert, die Arbeit wieder aufzunehmen haben. Die Arbeiter einer jeden Grube sollen von einer Anzahl Gelber (die bekanntlich bewaffnet worden sind) dahin geleitet werden. Triumphierend telegraphiert denn auch das gelbe Syndikat von Valenciennes, daß der Beschluß des Pariser Komitees ausgeführt sei; 2000 Gelbe arbeiten seit Montag in den Gruben von Anzin und Douchy, für den nächsten Tag rechnen sie auf 5000. Es mag sein, daß diese Nachricht zum großen Teil Renommage enthält; an der bedauerlichen Thatsache, daß auf diese Weise Arbeiter zu Gunsten der Unternehmer gegeneinander gehetzt werden, wird damit nichts geändert.

Ferner haben die Gelben einen Aufruf erlassen, um Gelder zu erhalten für die „Opfer der Tyrannei der Roten". Zweifellos wird

ihr Appell bei der Bourgeoisie ein Echo finden, wie sich die Gelben ja begreiflicherweise überhaupt eines sehr guten Ansehens bei dem Unternehmertum erfreuen.

Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter hat einen Brief an den Ministerpräsidenten Combes gerichtet, in dem es sich darüber beschwert, daß die Grubengesellschaften versuchten, Ausständige zum Arbeiten zu bewegen, und erklärt, daß sich das Komitee genötigt sehen werde, die ganze französische Lohnarbeiterschaft in die Bewegung hineinzuziehen wenn die Grubengesellschaften nicht sofort „diese Herausforderung" einstellten. —

Frankreich.

Das Gesetz Falloux.

Der Unterrichtsminister Chaumié unterbreitete dem Ministerrat in seiner letzten Sitzung den vom Ministerpräsidenten in der Kammer bereits angekündigten Gesetzentwurf, welcher die vollständige Beseitigung des Gesetzes Falloux vorsieht. Dieses Gesetz, das vom 15. März 1850 herrührt, hat, nachdem die Gesetze von 1873 und 1886 die Bestimmungen desselben für die Elementarschulen beseitigten, nur noch Gültigkeit für den höheren Unterricht, und zwar für den „freien", d. h. von den Ordensbrüdern usw. ausgeübten. Das Projekt Chaumié setzt die Bedingungen fest, unter welchen in Zukunft „freie Schulen" höheren Grades eröffnet werden dürfen. Wie den Mitgliedern der nichtautorisierten Kongregationen der Unterricht in den Elementarschulen durch das Gesetz von 1901 untersagt ist, so soll dieses Verbot nun auch auf die Erteilung des höheren Unterrichts ausgedehnt werden. Der freie Unterricht steht jedem Franzosen zu, der für die unteren Klassen das Diplom eines Bacularius (niedrigster akademischer Grad), für die höheren Klassen das höhere Diplom besitzt. Ferner ist in dem Entwurf eine weitgehende staatliche Kontrolle vorgesehen. Die Uebergangsbestimmungen geben den vom Gesetz Betroffenen 4 Jahre Zeit, sich demselben anzupassen. Ueber 40 Jahre alte Lehrer, die seit wenigstens 5 Jahren Unterricht erteilen, werden von dem Examen zwecks Erlangung des Diploms entbunden. —

Polizeipräfekt in der Humbert-Affaire. In der Sitzung des Gemeinderats interpellierte der Nationalist Caron den Polizeipräfekten Lépine über seine Beziehungen zu der Familie Humbert. Lépine erwiderte, er sei in fünfzehn Jahren dreimal in das Haus der Familie Humbert gekommen, und habe keinerlei Mißtrauen gegen die Familie gehabt. Er gestehe, daß er derselben wiederholt Theaterbillets geschenkt habe und bekenne ferner, daß Frau Humbert seiner Tochter ein Hochzeitsgeschenk gemacht habe. Er habe hierin keine Fälle erblicken können. Das Geschenk habe er natürlich nach der Flucht der Humberts sofort dem Konkursverwalter zur Verfügung gestellt. Er erkläre auf Ehrenwort, daß er seine Pflicht als Beamter in der Affaire Humbert niemals verletzt habe. Der Gemeinderat nahm sodann eine von den Nationalisten eingebrachte Resolution an, in welcher erklärt wird, daß die Polizei, welche gegenwärtig zu einem rein politischen Dienstzweig geworden sei, unter die Leitung des Gemeinderats gestellt werden möge. —

England.

Die irische Debatte.

London, 28. Oktober. (Eig. Ber.) Die gestrige Abendsitzung des Parlaments war den irischen Angelegenheiten gewidmet. Für die Iren sprach Mr. W. O'Brien, für die Regierung Mr. Wyndham, der Generalsekretär für Irland. Die Auseinandersetzungen waren insofern lehrreich, als sie die allgemeine Ueberzeugung bestätigten, daß eine Lösung der irischen Agrarfrage bald erfolgen wird. Wyndham erklärte: „Ich kann es mit aller Aufrichtigkeit sagen, daß wir einer Lösung näher sind als je zuvor." Das ist ein wichtiges Geständnis der Regierung. Wir stehen also vor einer weittragenden agrarischen Maßregel, die nur den Auskauf der Grundherren bedeuten kann. Die irischen Pächter erklären sich bereit, zu einer Konferenz mit den Vertretern der Grundherren zusammenzutreten und über den Preis zu beraten. Die Mehrheit der Grundherren verlangt das 27fache der Pachtsumme; die Pächter wollen das 19fache zahlen. Aus der Debatte ist ferner klar geworden, daß die Vereinigte irische Liga, die Centralorganisation der irischen Pächter, ungemein thätig ist und auch die zaudernden Elemente des irischen Volkes auf ihre Seite bringen will. In dieser Agitation bedient sie sich zuweilen des Boykotts und der Einschüchterung. Jedoch gehören diese Maßregeln zu den Ausnahmefällen. Die Zahl der Agrarvergehen ist in Irland eine minimale. Selbstredend wird die Verhängung der Ausnahmegesetze erfolglos bleiben, so viel Leiden sie auch über einzelne Vertreter des irischen Volkes bringen mag. Das sind die unvermeidlichen Opfer des Kampfes. Es soll ferner nicht unerwähnt gelassen werden, daß die englische Regierung gegen manche dieser Opfer sich nichts weniger als anständig benimmt. So wurde ein verurteilter irischer Abgeordneter im Gefängnis im Waschhause beschäftigt. Mr. W. O'Brien erzählte dies gestern im Parlamente, was auf einigen konservativen Bänken mit Lachen begrüßt wurde. Einer der Lachenden war der Abgeordnete von Greenwich Lord Hugh Cecil, der jüngste Sohn Lord Salisburys. Angesichts dieser gemeinen Gesinnung muß es dem Führer der Liberalen Sir H. Campbell-Bannerman zur Ehre angerechnet werden, daß er sich gegen die Ausnahmegesetze in Irland aussprach und — seinen radikalen Grundsätzen treu — sah er in der Ausnahmegesetzgebung nur den Beweis der Unfähigkeit der Regierung. Im übrigen vollzog sich die Debatte in parlamentarischer Ordnung. Irgend welche Störungen kamen nicht vor. —

Dänemark.

Minister und Kanonenagent.

Der Kanonenkönig Fr. Krupp in Essen, so schreibt das „Hamb. Echo", ein raffinierter Geschäftsmann, das steht schon lange fest. Daß er gleichzeitig ein „großer Patriot" Deutschlands ist, steht ebenfalls fest. Fest steht auch, daß ihm das Geld des Auslandes ebenso begehrlich erscheint wie die besten Reichskassenscheine des Deutschen Reiches. Ein altes Sprichwort besagt nun: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Es bewahrheitet sich vollständig mit Bezug auf Herrn Krupp und seine ausländischen Agenten, wie die Leser aus folgenden Enthüllungen unsres Kopenhagener Bruderorgans ersehen können. Im vergangenen Winter bewilligte die im dänischen Reichstage ausschlaggebende Linke 5 000 000 Kronen zum Ankauf von neuen Kanonen. Die eingesetzte Feldgeschütz-Kommission, die darüber zu urteilen hatte, wo die Kanonen, 128 an der Zahl, gekauft werden sollten, hatte anfangs des Monats einstimmig und ohne Bedenken beantragt, die Bestellung dem Herrn Krupp zu übertragen. Der Artilleriegeneral trat dem bei und der Kriegsminister Dänemarks, Herr Madsen, übergiebt also jetzt an den „deutschen Erbfeind" die dänische Kanonenlieferung. So weit wäre ja „alles in Ordnung". Aber die Sache hat ja auch eine zweite Seite. Der im vorigen Jahre „abgegangene" dänische Kriegsminister Schanck wurde bei seinem Abgang Agent für die Kanonenfirma Krupp. Er übernahm die Agentur, welche der jetzige dänische Kriegsminister, Herr Madsen, bis dahin innegehabt hatte. Die beiden Herren hatten also getauscht. Madsen war Krupps Agent in Kopenhagen und wurde Kriegsminister. Schnack war Kriegsminister und wurde Krupps Agent. Es ist ein einträglicher Posten. Das Fixum beträgt, wie unser Bruderorgan meldet, pro Jahr 10 000 Kronen gleich circa 11 250 M. Außerdem bezieht der Agent selbstverständlich auch eine angenehme Provision. „Socialdemokraten" berechnet, gestützt auf die allgemein im Lande üblichen Provisionssätze, daß die Provision bei dem Kanonenhandel nicht unter 2 Proz. betragen kann. Herr Schnack heimst also außer seinem Fixum noch eine Provision von 100 000 Kronen ein, die aus den Taschen der dänischen Steuerzahler gezogen werden. „Man versteht" — fügt unser Bruderorgan hinzu — „daß ein solcher Mann eine leidenschaftliche Vaterlandsliebe hegt, und daß er keine andre Vaterlandsliebe anerkennt als die, welche sich in vermehrten Militärbewilligungen Ausdruck giebt! Stimmt. Nur wäre es interessant, zu wissen, wie hoch sich die Provision der Subagenten beziffert. Und auch die Namen derselben, sowie deren amtliche Stellungen würden zu einer Charakterisierung des Zeitalters des Militarismus von unschätzbarem Wert sein." Man sieht, bei solcher elenden Verkommenheit der sog. Patrioten kann man sich mit berechtigtem Stolz als „vaterlandsloser Geselle" bezeichnen lassen. —

Asien.

Die chinesische Kriegsentschädigung und das Haager Schiedsgericht. Wutingfang, der früher chinesischer Gesandter in Washington war und jetzt in Peking zum Bevollmächtigten für die Handelsvertragsverhandlungen ernannt worden ist, sucht das Staatsdepartement in Washington zu bewegen, auf die Mächte dahin einzuwirken, daß diese ihre Zustimmung dazu geben, die Frage, ob die chinesische Entschädigung in Gold oder Silber zu zahlen ist, dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Staatsdepartement willigte ein, den Wünschen Wutingfangs zu entsprechen. Man glaubt jedoch hier nicht an einen Erfolg in dieser Angelegenheit. —

Amerika.

Neue Kämpfe in Venezuela. Ein Telegramm aus Willemstad meldet, daß die Aufständischen Sonntag und Montag Carupano angegriffen und nach schweren Kämpfen mit Verlusten von Toten und Verwundeten sich zurückgezogen haben; eines ihrer Geschütze wurde erbeutet.

Nach einem weiteren Telegramm aus Willemstad hat Präsident Castro mit 5000 Mann La Victoria besetzt. Große Massen von Aufständischen sammeln sich in der Umgegend der Stadt an. Sie sagen, sie warteten nur Verstärkungen ab, um dann Castro anzugreifen. Letzterer machte am Sonntag zweimal vergebens den Versuch, die Aufständischen aus ihren Stellungen zu vertreiben. Castro hat den Eisenbahnbetrieb auf der deutschen Bahn wieder aufgenommen und erhält aus Caracas Vorräte gesandt. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher-Stellvertreter Michelet eröffnet die Sitzung und gedenkt zunächst des Hinscheidens der um die Stadt hochverdienten Bürger Geh. Kommerzienrat Carl Spindler und Geh. Baurat Böckmann.

In die Kanalisationsdeputation wird Stadtv. Dr. Paul gewählt.

Die Magistratsvorlage, welche den Entwurf einer neuen

Besoldungsordnung für Oberlehrer

an den höheren Lehranstalten und gleichzeitig die **Forderung einer Schulgelderhöhung** an diesen Anstalten erhält, ist von einem Ausschusse in 3 Sitzungen beraten worden. Die Beschlüsse dieses Ausschusses sind dahin gegangen, daß das Anfangs- und Endgehalt von 2700 auf 2900 bezw. von 5800 auf 5300 M. erhöht, der Wohnungsgeld-Zuschuß von 900 M. mit dem vollen Betrage (nicht mit nur 492 M.) pensionsfähig gemacht und die Schulgelderhöhung abgelehnt werden soll. Die vom Magistrat beantragten Erhöhungen sollen vom 1. April 1902, die aus den Versammlungsbeschlüssen resultierenden Erhöhungen der Bezüge vom 1. April 1903 ab gezahlt werden. Die Freischule für Kinder von Leitern und Lehrern höherer Lehranstalten soll vom 1. Oktober (statt 1. Juli) 1902 ab fortfallen. Wie der Referent Stadtverordneter Dr. Preuß mitteilt, haben im Ausschusse auch diejenigen, welche an sich der Erhöhung des Schulgeldes nicht abhold sind, sich dagegen erklärt, die Schulgeldfrage mit der Besoldungsordnung zu verquicken. Die Deckungsfrage werde Sache der nächsten Etatsberatung sein; für die nachträglich ab 1. April 1902 zu leistenden Zahlungen werde man die Vorschläge des Magistrats abzuwarten haben.

Außerdem hat sich der Ausschuß über folgende Resolution geeinigt:

> Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, welche die Grundsätze für die Anrechnung der Hilfslehrer- und Gemeindeschullehrerzeit der Lehrer an den höheren Lehranstalten verbessert.

Stadtbaurat **Gerstenberg**: Der Ausschuß hat die Ausgaben verdoppelt, die Einnahmen gestrichen, anderweite Deckungsvorschläge nicht zu machen gewußt. Für das laufende Jahr würden allein 104 000 M. mehr erforderlich sein; die soll der Magistrat decken. Mittel sind nicht vorhanden; die Deckung würde also auf Kosten des Etats für 1904 erfolgen müssen. Auf den Staatsanstalten hat die Erhöhung des Schulgeldes keinen Frequenzrückgang gebracht.

Stadtv. Dr. **Bernstein** (Soc.): Unser Programm geht dahin, eine gemeinsame Volksschule zu fordern mit einem Oberbau zur Pflege gewisser wissenschaftlicher und technischer Richtungen; wir fordern ferner die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; wir sind Feinde der Stipendien und Freistellen. Mit großem Bedauern sehen wir die Kinder der Arbeiter und Handwerker sich durch die höheren Schulen hindurchquälen. Die Schule soll die Entfaltung freier Individualität ermöglichen. Das Bildungsmonopol für die Reichen muß beseitigt werden. So lange diese Majorität hier existiert, haben wir keine Hoffnung auf die Durchführung unsrer Schulforderungen. Das Milieu, in welchem die heutige Mehrheit aufgewachsen ist, läßt sich nicht verwischen, diese Mehrheit giebt ihre jahrzehntelange Tradition nicht auf. Inzwischen haben wir die Absicht, das Privilegium der Reichen wenigstens zu durchlöchern, und hier haben wir Gelegenheit, ein Exempel zu statuieren, indem wir diejenigen belasten, die an der höheren Bildung partizipieren. Demgemäß sind wir entschlossen, für die Erhöhung des Schulgeldes zu stimmen, mit Ausnahme dessen für die Realschulen. Unser Streben ist, überhaupt das Schulgeld bei den Realschulen abzuschaffen; diese sind lediglich eine Ergänzung, gewissermaßen ein integrierender Bestandteil der Volksschulbildung, die durch die Realschulbildung gekrönt wird. Wir befinden uns also diesmal in der angenehmen Lage, die Vorlage in diesem Umfange entgegen der Majorität zu unterstützen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Das Programm des Vorredners würde auch die Frage der Kleidung und Ernährung der Schüler während der ganzen Schulzeit umfassen, worüber er sich nicht ausgelassen hat. Es soll ein Exempel an den Reichen statuiert werden. Davon kann ja gar nicht die Rede sein, daß wir die Privilegien der Reichen vermehren wollen. Zehn Prozent aller Stellen sind bekanntlich Freistellen. Ich habe die Erhöhung von 100 auf 130 M. stets für unheilvoll gehalten; man komme uns nun aber nicht mit dem Einwand, daß es nun auf die 10 M. weitere Erhöhung, die der Magistrat fordert, nicht ankomme. Der Erfolg der Resolution muß bei der Beurteilung des Finanzeffekts der Ausschußbeschlüsse ausscheiden. Die wenig günstige Finanzlage kann in diesem Falle nicht ausschlaggebend sein; möge man dann die Sparsamkeit an andrer Stelle, etwa bei den Bauten, walten lassen. Die Schulgelderhöhung wäre bloß ein Zoll auf höhere Bildung.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) hält die Bedenken gegen das Ueberschreiten des staatlichen Normaletats um 200 M. für nicht unerheblich, will aber nicht entscheidend sein lassen. Die Schulgelderhöhung schlankweg abzulehnen, sei aber viel bedenklicher. Die 10 M. seien wirklich kein Bildungszoll. Da die Stadt noch immer die Errichtung von Gymnasien in erster Linie als eine Verpflichtung des Staates ansehe, so sollte sie auch in Bezug auf die Besoldungen sich nach dem Vorgang des Staates richten. An dem gegenwärtigen Satz von 80 M. für die Realschulen wolle auch er nicht rütteln, aber ebensowenig wolle er durch Ermäßigung des Schulgeldes für die Gymnasien diese künstlich und vielleicht zum schweren Nachteil für die Betreffenden selbst überfüllen.

Stadtv. **Kreitling** (N. L.) führt aus, daß ein Abströmen der Schüler von den Gymnasien auf die Realschulen infolge der gesteigerten Schulgeld-Differenz überhaupt in Berlin nicht stattgefunden hat. Seine Fraktion werde einhellig für die Ausschußanträge stimmen.

Stadtv. **Hugo Sachs** (A. L.): Wir werden doch nicht etwa wegen dieser im ganzen 220 000 M. Mehrausgaben Konkurs anmelden müssen? (Heiterkeit.)

Stadtv. **Bernstein**: Herr Cassel wird wegen seiner scharfsinnigen Logik in der Versammlung allgemein sehr hoch geschätzt; um so mehr bedaure ich sein so mangelhaftes sociales Verständnis in der Schulgeldfrage. (Große Heiterkeit.) Er fragt, weshalb wir den Kindern nicht auch freie Kleidung und Nahrung gewähren wollen. Diese Frage wird von allen ventiliert, die auf dem Gebiete der Schulhygiene verfiert sind. Soll diese modern betrieben werden, dann sind wir auch dazu verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Den bemittelten Steuerzahlern sollen gewisse Vorzüge gewährt werden. Wodurch sind sie bemittelt? Nicht durch die Kraft ihrer Hände, sondern durch die Thätigkeit ihrer Arbeiter. (Lärm und andauernde Unruhe.) Alle diejenigen, die von unbemittelten Eltern abstammen, führen sowohl auf den Gymnasien, wie auf den Universitäten ein Hungerdasein. Die moderne Gesellschaft läßt diese Talente verkümmern. Junge Leute, die von vornherein in der Ernährung beschränkt sind, können sich nicht zu Leuchten der Wissenschaft entwickeln. (Gelächter.) Die Stadt giebt pro Kopf des Gemeindeschülers 75 M., pro Kopf des höheren Schülers 150 M. aus, worauf im März schon Kollege Borgmann aufmerksam gemacht hat. Daraus ergiebt sich, daß die Stadt ihren socialen Verpflichtungen den Armen gegenüber auf dem Gebiete des Schulwesens noch nicht nachgekommen ist.

Ober-Bürgermeister **Kirschner**: Nach meiner Auffassung hat der Magistrat gegen die weitergehenden Anträge des Ausschusses die ernstesten Bedenken. (Louis Sachs: Bravo!) In eine Debatte, ob es im künftigen socialdemokratischen Staat möglich sein wird, unendlich Besseres auf dem Schulgebiet zu leisten (Zuruf bei den Socialdemokraten: Sicherlich! Heiterkeit), will ich mich nicht einlassen. Was wäre unser Volk, wenn wir nicht die Gymnasien in demjenigen Zustande gehabt hätten, der hier als rückständiger bezeichnet wird? Ein großer Teil der Entwickelung unsres Volkes überhaupt ist auf die Vorzüglichkeit unsrer Anstalten zurückzuführen. (Zwischenrufe und Unruhe bei den Socialdemokraten.) Was die Erhöhung des Schulgeldes betrifft, so kann ich wirklich nicht anerkennen, daß eine Erhöhung um 10 M. die Eltern in umfangreichem Maße von diesen Anstalten zurückschrecken wird. Ueberlegen Sie, was ein solcher Knabe kostet, und was es demgegenüber besagen will, wenn der Vater auf den Etat dieses Knaben noch 80 Pf. monatlich zuschlagen muß. Auch die Erhöhung, die Sie jetzt vorschlagen, ist eine Schraube ohne Ende.

Stadt. **v. Cassel**: Die Schulgelderhöhung bekämpfe ich nach wie vor principiell; es handelt sich nicht bloß um die 10 M., sondern in kinderreichen Familien um das Mehrfache. Dr. Bernstein hat mich hinsichtlich des Privilegiums der Reichen mißverstanden, in der Vorschulfrage bin ich ungefähr seiner Meinung.

Stadtv. **Borgmann** (Soc.): Die Ausführungen des Oberbürgermeisters schienen zu besagen, als ob wir gegen das höhere Schulwesen wären. Damit irrt er vollkommen. Wir kämpfen nur dagegen, daß die höheren Bildungsanstalten allein der besitzenden Klasse zu gute kommen; wir wollen die Bildungsanstalten allen Schichten zugänglich machen. Was den Zukunftsstaat betrifft, so glaube ich ihm sagen zu können, daß, falls er das Glück hat, noch im Zukunftsstaat Oberbürgermeister zu sein er dann unabhängig von den Fesseln der heutigen bürgerlichen Gesellschaft Einrichtungen treffen wird, die weit über das heutige hinausgehen. (Lachen und Unruhe.) Was heute als Bildungsstätten vorhanden ist, kann auch er nicht als den Gipfel der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft bezeichnen.

Oberbürgermeister **Kirschner**: Ich habe den Herren den erwähnten Vorwurf gar nicht gemacht. Das wäre auch ein augenscheinliches Unrecht. Die Herren wollen ein ganz andres Schulsystem und dem gegenüber habe ich das bisherige verteidigt. Im übrigen bin ich dem Vorredner für seine freundliche Gesinnung, ganz besonders aber für die lange Lebensdauer, die er mir in Aussicht stellt, sehr dankbar. (Stürmische, andauernde Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

Zunächst wird in eventueller Abstimmung auf Antrag Mommsen beschlossen, die Erhöhung des Schulgeldes erst vom 1. April 1903 ab in Kraft treten zu lassen. Sodann wird in namentlicher Abstimmung die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realschulen) mit 55 gegen 54 Stimmen abgelehnt. (Große Erregung.) Auch die weiteren Schulgelderhöhungen lehnt die Mehrheit ab.

Die vom Ausschuß beantragte Erhöhung des Gehalts der Oberlehrer wird, ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 44 Stimmen angenommen; desgleichen die Pensionsfähigkeit des Wohnungsgeldzuschusses mit 51 gegen 37 Stimmen; endlich der Fortfall der Freischule. Die Resolution wird abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Frage, zu welchem Termin die Erhöhungen zahlbar werden sollen, entsteht in der Versammlung eine so große Verwirrung, daß der Vorsteher schließlich sowohl die Ablehnung des Antrages Mommsen, die Erhöhungen erst zum 1. April 1903 eintreten zu lassen, als auch des Ausschußantrages konstatieren muß, so daß ein Beschluß über den Termin überhaupt nicht zu stande gekommen ist.

Von der Mitteilung des Magistrats, wonach derselbe die Beratung in gemischter Deputation über die durch den neuerlichen Synodalbeschluß hervorgetretene Gefahr einer zweistündigen Schließung der Gaststätten an den Vormittagen der Sonn- und Festtage für nicht erforderlich hält, weil er mit der Versammlung in der Sache einig ist, wird Kenntnis genommen. Der Magistrat beabsichtigt, im Sinne des Antrags der Versammlung bei dem Oberpräsidenten und dem Polizeipräsidenten vorstellig zu werden.

Die weiteren Beratungsgegenstände werden vertagt und die Sitzung um 3/4 9 Uhr geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Allgemeine Elektricitätsgesellschaft Berlin. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung der „Allgemeinen Elektricitätsgesellschaft" wurde seitens des Vorstandes über das Ergebnis des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1902 Bericht erstattet. Nach Abzug von Handlungsunkosten, Steuern, Obligationszinsen und -Ausschreibungen vom erzielten Reingewinn stehen 5 634 042,81 M. (im Vorjahre 9 738 668,73 M.) zur Verfügung. Der auf den 5. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.) vorgeschlagen werden. Die Abschreibungen sind nach bisheriger Gepflogenheit bemessen und Neuanschaffungen der Fabriken wie üblich aus dem Betriebe gedeckt. Auf eine weitere Dotierung der Reserven konnte dagegen verzichtet werden, weil infolge des bekannten Beschlusses des Ober-Verwaltungsgerichts bezüglich der Besteuerung des Agios aus den zurückzuzahlenden Beträgen sowie dem freiwerdenden Steuerrückstellungs-Konto annähernd 1,2 Millionen Mark dem ordentlichen Reservefonds zufließen werden. Die liquiden Mittel der Gesellschaft belaufen sich auf ca. 27 Millionen Mark, von denen der größere Teil bei Banken zur Verfügung steht, der Rest in jederzeit realisierbaren Effekten angelegt ist.

Hibernia-Bergwerksgesellschaft. In der heute hier stattgehabten Aufsichtsratssitzung der Bergwerksgesellschaft „Hibernia" in Herne wurde über das Geschäft des laufenden Jahres mitgeteilt, daß sich die Kohlenförderung in den ersten neun Monaten (Januar—September 1902) auf 2 292 066 Tonnen gegenüber einer solchen von

2 509 380 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres stellte. Der Gesamt-Bruttogewinn innerhalb dieser Zeit im Betrage von 6 109 876 M. blieb hinter demjenigen der Monate Januar bis einschließlich September des Vorjahres um 1 583 042 M. zurück.

Deutscher Stahlexport nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Amerikanische Zollämter haben in letzter Zeit, wahrscheinlich auf Betreiben amerikanischer Stahlwerke, die über die ihnen durch die Einfuhr deutschen Stahls bereitete Konkurrenz erbost sind, mehrfach bei der Verzollung eingeführter deutscher Stahlknüppel nicht die in den Fakturenbelegen angegebenen Preise, zu welchen die Knüppel den amerikanischen Importeuren geliefert werden, zu Grunde gelegt, sondern die weit höheren Preise, die in Deutschland notiert werden. Auf Beschwerde der amerikanischen Importeure hat nunmehr, wie die „Frankfurter Zeitung" aus New York meldet, der Abschätzer Jewell entschieden, daß deutsche Stahlknüppel bei der Verzollung nach dem Kartellpreis zu bewerten sind, daß jedoch der Zoll 0,3 Cent per Pfund betrage. Mithin würde der Zollansatz nicht erhöht. Die Importeure wollen indessen an die nächste Zollinstanz appellieren, um die Bewertung nach dem Exportpreise zu erlangen.

Ueber die Beschäftigung der Münchener Brauereien schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz": In München, wo die Zahl sämtlicher in Brauereien beschäftigten Arbeiter sich auf circa 5000 stellt, werden gegenwärtig um 500 bis 600 Arbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahre. Neueinstellungen finden zur Zeit überhaupt nicht statt, noch weniger sind solche in Aussicht genommen. Es überwiegen vielmehr die Entlassungen; der geringste Anlaß genügt schon, daß den Brauern gekündigt wird. Das Bestreben der Arbeitgeber ist unverkennbar, die gelernten Brauer möglichst durch Hilfsarbeiter zu ersetzen, weil diese billiger sind. Die Brauer haben nämlich einen Wochenlohn, der zwischen 22 und 34 M. schwankt, dagegen erhalten Hilfsarbeiter pro Tag nur 2,30 bis 2,80 M. Trotz der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes ist aber der Zuzug von außerhalb, namentlich aus Tirol, der Schweiz und aus der Oberpfalz sehr stark.

Dortmunder Union. Der für die zum 21. November einberufene Generalversammlung bestimmte Geschäftsbericht der Verwaltung für das Geschäftsjahr 1901/02 ist jetzt erschienen. Danach stellt sich die geschäftliche Lage der Union noch ungünstiger dar, als nach dem ersten in Nummer 241 des „Vorwärts" mitgeteilten Bericht angenommen werden konnte. Von den Abschreibungen im Betrage von 5 457 504 Mark kommen nur 3 443 010 M. auf Abschreibungen für Immobilien und Anlagen, die übrigen 2 Millionen entfallen auf Abschreibungen, die eigentlich aus den Betriebseinnahmen bestritten werden müßten (für Utensilien Magazinbestände usw.). Es erreicht also die Abschreibung auf die Anlage einschließlich der Maschinen (65,9 Mill. Mark) und Dienstmaterial (4,7 Mill. M.) noch nicht voll 5 Proz.: ein Prozentsatz, der in Anbetracht der Gesamtlage und der geringen Abschreibungen im Vorjahr als ungenügend gelten muß.

Sociales.

Der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Weißphosphor-Zündwaren" wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung am 30. Oktober genehmigt.

Ferner stimmte der Bundesrat einem Ausschußantrag zu, der sich mit der Resolution des Reichstags wegen einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit beschäftigt. Welchen Inhalt dieser Ausschußantrag hat, ist noch nicht bekannt.

Folgen der Krisis? In Bremen wird vom Senat eine Vermehrung der Landrichterstellen gefordert. In der Begründung der Forderung wird darauf aufmerksam gemacht, daß während im ganzen letzten Jahrzehnt die Zahl der Strafsachen ziemlich gleich geblieben, sie im Jahre 1901 erheblich gewachsen sei; daß aber weiter das erste Halbjahr 1902 gegenüber dem ersten Halbjahr 1901 eine abermalige starke Steigerung, nämlich von 277 auf 339 aufweise. Höchst wahrscheinlich haben wir es in dieser Erscheinung mit einer Folge der wirtschaftlichen Krisis zu thun. Erklärte doch auch kürzlich der Senator Stadtländer, wie wir der Bremer „Bürgerzeitung" entnehmen, daß das Untersuchungsgefängnis infolge der schlechten Erwerbsverhältnisse überfüllt sei.

Der Jahresverdienst der Putzer (Putzmaurer) im Sinne des Unfallversicherungs-Gesetzes. Das Reichs-Versicherungsamt hatte bisher der Rentenberechnung für unfallverletzte Putzer (Putzmaurer) eine jährliche Arbeitszeit von 255 Tagen zu Grunde gelegt und diese Zahl mit dem Satz multipliziert, der jeweilig als Tagesarbeitsverdienst galt. (In Berlin 7 Mark.) Der Parteigenosse Putzer Eugen Siemanowsky (Beisitzer beim Schiedsgericht und Reichs-Versicherungsamt) hat nun jetzt in einem eigenen Rentenstreit, den er vor das Rekursgericht brachte, eine andre Art der Berechnung verlangt. Die Sache beschäftigte dieser Tage den erweiterten Senat. Außer einigen andern Forderungen, die keine principielle Bedeutung haben, stellte S. die, daß den Putzern, und damit auch ihm, nicht bloß 255, sondern 300 Arbeitstage angerechnet werden sollten. Das heißt, er verlangte die Anwendung des § 10 Abs. 3 des Unfallversicherungs-Gesetzes, und zwar die Anwendung des letzten Satzes desselben. Der Absatz 3 des § 10 bestimmt:

„War der Verletzte in dem Betriebe vor dem Unfall nicht ein volles Jahr, von dem Unfall zurückgerechnet, beschäftigt, so ist die Rente nach demjenigen Arbeitsverdienst zu berechnen, welchen während diesen Zeitraums versicherte Personen derselben Art in demselben Betrieb oder in benachbarten gleichartigen Betrieben bezogen haben. Ist dies nicht möglich, so ist der **dreihundertfache** Betrag desjenigen Arbeitslohns zu Grunde zu legen, welchen der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall an denjenigen Tagen, an welchen er beschäftigt war, im Durchschnitt bezogen hat."

S. betonte, daß die Putzer in ihrer Allgemeinheit eine eigentliche Arbeitspause im Jahr nicht kennen, da auch im Winter gearbeitet werde. Natürlich schnitten manche schlechter ab mit der Arbeitsgelegenheit, als andre; das käme aber rechtlich nicht in Betracht, auf jeden Fall könnten nicht bloß 255 Tage angerechnet werden. Andrerseits sei bei der Eigenart des Berufs überhaupt kein Putzer ein Jahr lang in demselben Betriebe beschäftigt, so daß sich deshalb die Anwendung der letzten Bestimmung des Absatzes 3 des § 10 rechtfertige. Kläger hat eine Lohnnachweisung für das Jahr vor dem Unfall beigebracht und wünscht nach berücksichtigt zu sehen, daß die Abschlagszahlungen bei Putzaccorden in Berlin von 7 auf 8 M. erhöht worden sind.

Das Reichs-Versicherungsamt schloß sich ihm in der Hauptsache an und verurteilte die beklagte Berufsgenossenschaft, den letzten Satz des Absatzes 3 des § 10 anzuwenden und der Rentenberechnung einen Jahresarbeitsverdienst von 300 mal 8 Mark zu Grunde zu legen. Die Putzer seien Personen im Sinne der fraglichen Bestimmung im § 10 Absatz 3.

Das Reichs-Versicherungsamt verurteilte die beklagte nordöstliche Bau-Berufsgenossenschaft ferner, dem Kläger S. auch eine Rente für die ersten 9 Monate nach der dreizehnwöchigen Karenzzeit zu zahlen, für welche Zeit ihm die Berufsgenossenschaft eine solche nicht gezahlt hatte. Die Berufsgenossenschaft hatte seiner Zeit zur Erteilung eines Bescheides erst durch das Reichs-Versicherungsamt angehalten werden müssen. Weiter folgte der Senat dem Antrage des Klägers, für etwa drei Monate, wo er wöchentlich ein paarmal zum Arzt mußte, statt 33⅓ Proz. der Vollrente ihm 50 Prozent zu gewähren. Die Berufsgenossenschaft wollte für diese Zeit die Rente nicht erhöhen, sondern dem Kläger außer der damaligen Rente von 33⅓ Proz nur für Zeitversäumnisse, die durch die Gänge zum Arzt entständen, eine Entschädigung von 24 Mark zahlen.

Gerichts-Zeitung.

Unvorsichtiges Fahren hat dem Droschkenkutscher Theophil Kerth eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zugezogen, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Zwei Grenadiere des 4. Garde-Regiments hatten am Abend des 7. Juni einen Kessel mit Suppe von der Kaserne in der Karlstraße nach der Wache am Brandenburger Thor zu tragen. In der Dorotheenstraße überschritten sie, den Kessel zwischen sich tragend, den Fahrdamm. Der Angeklagte fuhr mit seiner Droschke hinter ihnen her und obgleich ihm Platz genug zum Ausweichen zu Gebote stand, fuhr er so ungeschickt, daß die Deichsel seines Wagens den rechts vom Kessel gehenden Grenadier Bura streifte und ihn zu Falle brachte. Die beiden linksseitigen Räder der Droschke gingen über seinen Körper und brachten ihm so schwere Verletzungen bei, daß er vier Wochen hat im Lazarett zubringen müssen. Als der Angeklagte sah, daß er Unheil angerichtet, suchte er durch schnelles Davonfahren zu entkommen. Der Polizeilieutenant Schenk, der auf dem Vorderperron eines gerade am Reichstagsgebäude vorüberfahrenden elektrischen Wagens stand, hatte den Vorfall aber beobachtet. Er sprang vom Wagen, holte die Droschke ein und fiel dem Pferde in die Zügel. Im Termin entschuldigte der Angeklagte sich damit, daß dem Pferde der heiße Inhalt des Suppenkessels über die Hufe geflossen und es dadurch scheu geworden sei. Diese Angabe deckte sich nicht mit der Wahrheit. Der Gerichtshof ahndete die Fahrlässigkeit des Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen.

Der kleine Theaterroman, welcher bereits im Juli ds. Js. das Gericht beschäftigte, gelangte gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zum Abschluß. Die frühere Verhandlung mußte behufs weiterer Beweiserhebung abgebrochen werden. In den Jahren 1899 und 1900 wurden bei der „Unterstützungskasse der königlichen Schauspiele für darstellende Künstler" durch den Hofschauspieler Max Günther und bei der „Hülsen-Stiftung" durch den Intendantur-Sekretär Schlobach an eine sich als „Schauspielerin Dewitz" legitimierende Dame Unterstützungen in Höhe von sechs und acht Mark ausgezahlt. Als diese Dame ist die Schneiderin und Masseuse Auguste Sittkus ermittelt worden. Sie zog sich eine Anklage wegen Urkundenfälschung und Betruges zu, da sie die betreffende Quittung mit dem Namen „Dewitz, Schauspielerin" unterzeichnet hatte und angenommen wurde, daß sie niemals einer Bühne angehört hatte. Mitangeklagt war der ehemalige Hofopernsänger vom Hoftheater von Weimar, Julius Kneller, welcher mit der Sittkus ein Verhältnis unterhielt und dadurch in den Verdacht geraten war, daß er dieselbe zu den strafbaren Handlungen angestiftet habe. Im ersten Termine hatte die Angeklagte Sittkus behauptet, daß sie im Jahre 1896 von dem Theaterdirektor Eduard Reimann als Choristin und Statistin für das Stadt-Theater in Würzburg engagiert worden sei. Hierüber war Beweisaufnahme beschlossen worden. Dieselbe hat ergeben, daß Direktor Reimann im Jahre 1897 verstorben ist und daß weder seinem Sohne noch dem langjährigen Theaterpersonal eine Dewitz bekannt ist. Die Angeklagte blieb bei ihrer Behauptung und ließ außerdem durch ihren Verteidiger unter Beweis stellen, daß sie schon Jahre vorher als Schauspielerin Dewitz an verschiedenen Theatern aufgetreten sei. Der Gerichtshof hielt die Angeklagte durch die Beweisaufnahme nicht für überführt, sondern zog es vor, sie freizusprechen, woraus auch die Freisprechung des Mitangeklagten Kneller erfolgen mußte. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate bezw. 1 Monat Gefängnis beantragt.

Versammlungen.

Sechster Wahlkreis. In der Wahlvereins-Versammlung, die am Dienstag in den Arminushallen, Bremerstraße, stattfand, hielt Genosse Bartels einen interessanten Vortrag über: „Streiflichter in das Wirtschaftsleben der letzten Jahre". An der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials beleuchtete er die Ursachen und Wirkungen der Krisen im allgemeinen und der gegenwärtigen Krise mit ihren Folge-Erscheinungen im besonderen. Dem Redner wurde reicher Beifall zu teil. In der Diskussion wies Genosse Knoll auf die Ueber-Scharfmacherei der neugegründeten „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" hin und sprach den Wunsch aus, der „Vorwärts" möge die vielen unwahren Behauptungen dieses Unternehmerorgans hin und wieder gebührend brandmarken.

Der Interessen-Verein der Kistenmacher hielt am 27. Oktober eine Generalversammlung ab. Die vom Kassierer vorgelesene Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 670,60 M., eine Ausgabe von 503,15 M., der Kassenbestand beziffert sich auf 579,44 M. An Stelle der ausgelosten Vorstandsmitglieder wurden gewählt: 1. Vorsitzender Juckel, 2. Kassierer Sprung, 2. Schriftführer Bannach, als Revisoren Splinter und Wittmann. Die Lohnkommission wurde durch Schwanherz, Dufke und Gramsch ergänzt.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede (Filiale Berlin) hielt am 25. d. Mts. seine Generalversammlung ab. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom dritten Quartal, nach welchem die Centralkasse inkl. eines Bestandes von 451,33 M. eine Einnahme von 3134,23 M. hatte, dem eine Ausgabe von 1665,45 M. gegenübersteht, so daß der Bestand 1468,78 M. betrug, von welchem 1000 M. an die Hauptkasse abgeliefert wurden. Mitglieder zählte die Filiale 384. Die Filialkasse hatte inkl. eines Bestandes von 308,83 M. eine Einnahme von 1017,41 M., der eine Ausgabe von 735,73 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 281,68 M. in der Filialkasse verblieb. Der Dispositionsfonds hatte inkl. eines Bestandes von 2825,75 M. eine Einnahme von 3183,13 M. Die Ausgabe betrug 21,20 M., der Bestand 3161,93 M. Nach dem Bericht des Vorsitzenden sind am Streik der Rohrleger 32 Kupferschmiede beteiligt. Vier Mitglieder wurden infolge ihres unkollegialischen Verhaltens im Rohrleger-Streik aus dem Verein ausgeschlossen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß alle Kupferschmiede, die von Kupferschmiedemeistern auf Stadtmontage geschickt werden, eine Berechtigungkarte haben müssen, welche im Arbeisnachweis der Kupferschmiede Engel-Ufer 15, Zimmer 36, abends zwischen 7 und 8 Uhr ausgestellt wird. Kollegen ohne diese Karte sind als Streikbrecher zu betrachten.

Graveure und Ciseleure. In der Generalversammlung am 21. Oktober wurde der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet. Die Filiale hatte eine Einnahme von 376,54 M. und eine Ausgabe von 341,92 M., der Bestand beträgt 34,62 M. Die Ortszuschußkasse weist einen Betrag von 357,00 M. auf, der Agitationsfonds beträgt 79,80 M. Die Zahl der Mitglieder ist ungefähr 500.

Der Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perückenmacher (Zweigverein Berlin) hielt am 22. d. M. seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß eine Einnahme von 394,32 M. und eine Ausgabe von 347,62 M. vorhanden war, so daß ein Kassenbestand von 46,70 M. verbleibt. Im Streikfonds befinden sich außerdem 350,00 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Agitationskommission wurde durch den Kollegen Pool ergänzt und die Bibliothek dem Kollegen Gerling übertragen.

Verband der Portefeuiller. Die Zahlstelle Berlin hielt am 22. Oktober eine Generalversammlung ab. Die Ortsverwaltung berichtete, daß auf Streiklisten 128,90 M. eingenommen wurden. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Lokalkasse 102 M. besitzt. Zum zweiten Bevollmächtigten wurde Hauptmann gewählt. Eine Anregung von Heindke, die Errichtung einer Betriebswerkstätte betreffend, wurde einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Musikinstrumenten-Arbeiter. In der letzten Generalversammlung des Fachvereins gab der Kassierer Hensel die Abrechnung vom 3. Quartal: Einnahme 1420,80 M., Ausgabe 1367,70 M., Ueberschuß 53,10 M. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, eine Einheitsmarke zu 30 Pf. einzuführen.

Verband des technischen Bühnenpersonals. In der letzten Versammlung wurde lebhaft darüber geklagt, daß in einigen hiesigen Theatern Beamte aushilfsweise als Abendarbeiter beschäftigt werden. Es wurde angeführt, daß die Abendarbeiter des Metropol-Theaters aus den Reihen der Unterbeamten des Postamtes in der Französischen Straße entnommen werden und daß das Central-Theater Leute beschäftigt, die in der Reichsdruckerei in Arbeit stehen. Die Versammlung sprach den Wunsch aus, daß die betreffenden Behörden eine solche Nebenbeschäftigung ihrer Angestellten nicht dulden mögen, weil die berufsmäßigen Bühnenarbeiter unter dieser Konkurrenz der Beamten empfindlich leiden. — Ferner wurde mitgeteilt, daß sich in Köln a. Rh. eine Zahlstelle des Verbandes mit 77 Mitgliedern gebildet hat.

Der Fachverein der Tischler hielt am 22. Oktober seine Generalversammlung ab. Der Kassenbericht, den Kunisch erstattete, ergab eine Einnahme (inkl. Bestand vom vorigen Quartal) von 3187,96 M., Ausgabe 2875,64 M., mithin Bestand 312,32 M., Bankguthaben 300 M. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Eberts, 2. Vorsitzender Hartung, 1. Schriftführer Zinke, 1. Kassierer Alfred Kunisch, 2. Kassierer Becker, Ausschußmitglied Jahn, Revisor Matuscheck, Bibliothekar Paul Kunisch. Die Versammlung beschloß, daß der Beitrag von der 44. Woche auf 35 Pf. festzusetzen ist und in einer Einheitsmarke geliebt wird.

Der Wahlverein für Rummelsburg nahm in seiner Generalversammlung am 19. Oktober den Bericht des Genossen Freitwald über die Verhandlungen des Parteitages entgegen, mit denen sich die Versammlung einverstanden erklärte. Hierauf gab Riek den Vorstandsbericht. Die Versammlung stimmte dem zu, daß die örtlichen Parteigeschäfte, welche im vergangenen Jahre der Vereinsvorstand erledigt hat, wieder dem Vertrauensmann übertragen werden. Dieser soll — wie mit 53 gegen 45 Stimmen beschlossen wurde — in öffentlicher Parteiversammlung gewählt werden. Den Kassenbericht gab Bitterhof. Die Jahreseinnahme betrug 1470,72 Mark, die Ausgabe 1334,85 Mark. Der Mitgliederbestand hat sich im Laufe des Jahres um 36 vermehrt und beträgt 398. Dem Berufe nach gehören dem Verein an je 1 Kürschner, Korbmacher, Heizer, Maschinenbauer, Brauer, Stuhlbauer, Schlächter, Gürtler, Graveur, Glaser, Kassenbote, Feilenhauer, Schreiber, Rohrleger, Vergolder, Hutmacher, Lederarbeiter, Schleifer, Posamentier, Sattler, Bandagist, Former, Goldarbeiter, Bürstenmacher, Bäcker, Maler, Musiker und Ciseleur, je 2 Perlmutterarbeiter, Stuccateure, Mechaniker und Tapezierer, je 3 Kaufleute, Stellmacher und Knopfmacher, je 4 Schriftsetzer, Dreher und Drechsler, je 6 Töpfer, Zimmerer, Cigarrenmacher, Schuhmacher und Weber, 7 Metallarbeiter, 8 Händler, je 9 Barbiere und Schmiede, 10 Klempner, 11 Maurer, 13 Kistenmacher, je 16 Gastwirte und Schlosser, 30 Tischler, 54 Glasmacher und 126 Arbeiter ohne besonderen Beruf. In den Vorstand wurden gewählt: Otto Schulz, 1. Vorsitzender, Bitterhoff, 1 Kassierer, Otto Günther, 1. Schriftführer, Beisitzer sind: John, Beckmann, Rob. Müller, Frank, Riek und Urban. Revisoren: Rosenkranz, Gebauer und Prüfer. Zum Bibliothekar wurde Horg, als Delegierte zur Kreiskonferenz Berger, Riek, Dehlking, Rud. Müller und Otto Schulz gewählt.

Eichwalde. Am 26. Oktober fand in Max Wendts „Waldschlößchen" hierselbst zum Zweck der Gründung eines Wahlvereins für Eichwalde und Umgegend eine Volksversammlung statt. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil übernommen. Derselbe führte der gutbesuchten Versammlung die Notwendigkeit einer politischen Organisation am Ort vor Augen und geißelte das Verhalten der übrigen Parteien aufs schärfste. Das Ergebnis war, daß sich etwa 50 Mitglieder für den neuen Verein einschreiben ließen. Vorsitzender ist Maurer Gustav Thieme, Schriftführer Gustav Sauer, Kassierer Apelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine fürchterliche Panik bei einem Brande entstand gestern Abend 10 Uhr in der Stralauerstraße 26. In dem Droguenkeller der Firma C. J. Neumann war aus noch nicht aufgeklärter Ursache Feuer ausgebrochen und binnen wenigen Sekunden schlugen die Flammen durch ein Fenster und erfaßten im Hausflur einen größeren Posten Naphtalin. Die Wirkung war nun eine enorme. Blitzartig verbreitete sich das Feuer und setzte die Treppen bis zum Dachgeschoß in Flammen. Die in den einzelnen Stockwerken wohnenden Familien schienen verloren. Sie schrien um Hilfe, einzelne Personen kletterten auf das Dach, fanden aber nirgend einen Ausweg. Der giftige Qualm erzeugte bei verschiedenen Kindern Ohnmachten. Alles atmete auf, als die Feuerwehr erschien. Angesichts der Gefahr wurde sofort ein Sprungtuch ausgebreitet und zugleich über mechanische Leitern zu den Bedrängten vorgedrungen. Es war ein Kampf um Leben und Tod. Etwa ein Dutzend Personen, darunter mehrere Kinder, wurden von der braven Feuerwehr herabgeholt und immer wieder mußte von neuem vorgegangen werden, da man nicht die Gewißheit hatte, ob die etwa im ersten Schlafe liegenden Personen auch alle gerettet seien. Branddirektor Giersberg war selbst am Brandorte und leitete die Rettungsarbeiten. Ueber die Zahl der Geretteten und die Art der Verletzungen konnte gestern abend kein sicherer Anhalt gefunden werden.

Zur Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 30. Oktober. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer hielt heute abend 7 Uhr eine zweite Sitzung ab. Im Verlauf derselben fragt Jaurès, wie die Angelegenheit des Schiedsspruchs bezüglich des Ausstandes der Grubenarbeiter stehe, und fügt hinzu, einige Grubengesellschaften hätten auf die von den Kammern genehmigte Politik der Versöhnung mit einer Politik der Herausforderung geantwortet. Wenn die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten, sei ein Schiedsspruch unbedingt nötig, und zwar müßten sowohl von den Gesellschaften wie von den Arbeitern Delegierte bestimmt werden, welche die Schiedsrichter ernennen. Der Schiedsspruch müsse für beide Teile bindend sein. Ministerpräsident Combes erwidert, die Grubengesellschaften hätten ebenfalls den Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen. Er habe von keiner Gesellschaft einen ablehnenden Bescheid erhalten. Die Gesellschaften wollten schnell vorgehen, um das Mißtrauen zu besänftigen und die Verantwortlichkeit für die großen Gefahren eines Konflikts nicht übernehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Unterhaus.

London, 30. Oktober. (W. T. B.) Norton (liberal) fragt an, ob die Admiralität Kreuzer von dem „Drake-Typ" baut, welche sich mit den schnellsten und am stärksten gepanzerten „Handelszerstörern" der auswärtigen Flotten zu messen im stande seien, wie es der russische Kreuzer „Rovik" sei, der 25 Knoten in der Stunde mache. Parlamentssekretär der Admiralität Arnold Forster erwidert, der russische Kreuzer „Rovik" sei keiner der schnellsten und in der Panzerung stärksten „Handelszerstörer", sondern ein Kreuzer 2. Klasse von 3000 Tonnen. Die Schiffe der „Drake-Klasse" seien vollkommen im stande mit einem solchen Fahrzeug sich zu messen. Keiner von den sogenannten „Handelszerstörern" der Flotten des Auslands besitze eine Schnelligkeit von 25 Knoten. Allan (lib.) fragt an, ob es nicht Thatsache sei, daß der russische Kreuzer „Rovik" 25 Knoten nicht länger als eine Stunde zu leisten vermöge. Arnold Forster erklärt hierauf, er habe Grund zu der Annahme, daß diese Behauptung richtig sei.

Der Staatssekretär des Kriegsamts erklärt, am 1. Oktober habe die Stärke der Miliz, ausschließlich der Offiziere und des permanenten Stabes, 104 300 Mann und die Stärke der Freiwilligen 272 957 Mann betragen.

Aus Dortmund wird der „Frankf. Ztg." gemeldet, daß auf der Hörder Zweigbahn infolge starken Nebels zwei Straßenbahnwagen kollidierten. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Wien, 30. Oktober. (Abgeordnetenhaus.) Bei der fortgesetzten Debatte über die Dringlichkeitsanträge betreffend den galizischen Feldarbeiterstreik wurde der Antrag Romanczuk einstimmig angenommen, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Ursache des Feldarbeiterstreiks in Ostgalizien eventuell durch eine Enquete festzustellen und das Ergebnis dem Abgeordnetenhause mitzuteilen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

207. Sitzung. Donnerstag, den 30. Oktober 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch sind zunächst nur Kommissare anwesend.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des gestern verstorbenen Abg. **Brandenburg** (Z.) in der üblichen Weise durch Erheben von den Plätzen.

Hierauf wird die **zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes** fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit der **namentlichen Abstimmung** über Absatz 2 des § 1 des Tarifgesetzes, der die Mindestzölle enthält.

Der Absatz wird in der Fassung der Kommission mit 158 gegen 128 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. An der Abstimmung beteiligen sich somit 288 Mitglieder. (Präsident Graf Ballestrem enthält sich der Stimme. Gegen den Absatz stimmt vom Centrum u. a. Abg. Letocha.)

Damit sind die **Mindestzölle erledigt.** Das Haus fährt fort in der Beratung des Zolltarif-Gesetzes. § 1 Absatz 3 des Zolltarif-Gesetzes bestimmt in der Kommissionsfassung: „Auf die Erzeugnisse der deutschen **Zollausschlüsse** finden die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen Anwendung, soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorschreibt. Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt. Den Erzeugnissen der deutschen Kolonien und Schutzgebiete können die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen durch Beschluß des Bundesrats eingeräumt werden.“

Hierzu beantragen die Abgg. **Albrecht** u. Gen. (Soc.) die Worte: „soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorschreibt“ zu streichen und für den Fall der Annahme dieses Antrages auch die beiden folgenden Sätze: „Die getroffenen Anordnungen“ bis „nicht erteilt“ zu streichen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Wir verlangen, daß deutsches Gebiet unter allen Umständen gleichgestellt werde mit den Gebieten, denen wir die Meistbegünstigung gewähren. Unser Antrag wäre überflüssig, wenn die Freihafengebiete wie Hamburg, Bremen usw. etwa französisches Gebiet wären. — Redner geht ausführlich auf die historische Entwicklung der Freihafen-Gebiete ein. Diese Häfen bildeten das einzige Bindeglied zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern und erhielten daher besondere Vergünstigungen.

Von dem Augenblick an, wo man für das Freihafengebiet nicht mehr die Meistbegünstigung gelten läßt, hat die Erhaltung dieses Gebietes für die Seestädte keinen Wert mehr. Nach der Kommissionsfassung soll der Bundesrat berechtigt sein, Teilen von Deutschland die Rechte zu nehmen, die für die ausländischen Vertragsstaaten gelten. In der Kommission wurde diese Ermächtigung damit begründet, daß Mißbräuche der Zollvergünstigungen in den Freihafengebieten möglich seien. Welcher Art dieser Mißbrauch sein soll, wurde aber nicht gesagt. Außerdem besteht doch die Möglichkeit eines Mißbrauches ebenso gut z. B. für Holland wie für Hamburg und Bremen. Wenn man aber Rotterdam und Amsterdam besser behandelt als Hamburg und Bremen, so schädigt man dadurch den deutschen Seehandel auf das äußerste und treibt einen Teil des deutschen Seeverkehrs den holländischen Seehäfen zu. Wir verlangen für die deutschen Freihäfen keine Vorrechte, sondern nur dieselben Rechte wie für die Vertragsstaaten. Hätte man bei der gesetzlichen Festlegung der rechtlichen Verhältnisse der Freihafengebiete die eventuelle Vorlegung eines neuen Zolltarifgesetzes schon berücksichtigt, so hätte man damals gewiß das Recht der Meistbegünstigung für alle Zeiten unsren Freihäfen gesichert. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da es damals nicht geschehen ist, so müssen wir jetzt dies Recht gesetzlich festlegen. Durch die Streichung der Worte, die den Bundesrat ermächtigen, Ausnahmen von der Meistbegünstigung vorzuschreiben, werden Sie dem Handel viel mehr nützen, als mit der Bewilligung von einigen Dutzend Panzerschiffen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Frese** (frs. Vg.):

Hamburg und Bremen haben niemals voraussehen können, daß ihnen das Meistbegünstigungsrecht jemals genommen oder verkürzt werden könnte. Die Kommissionsfassung aber läßt die Möglichkeit offen, daß die größten deutschen Handelsstädte ungünstiger behandelt werden, als ihre holländischen und belgischen Konkurrenzhäfen. Ich kann mich daher nur durchaus den Ausführungen des Abgeordneten Molkenbuhr anschließen. Als Bremen in den Zollverein eintrat und genötigt war, ein Freihafengebiet einzurichten, mußte es für den Bau neuer Speicherbauten innerhalb des Freihafengebiets sehr große Summen aufwenden. Die Kommissionsvorschläge aber werden durch den Zustand der Unsicherheit, den sie herbeiführen, eine wesentliche Entwertung der Bremer Speicherbauten mit sich bringen. Das würde für die Stadt Bremen einen großen Nachteil bedeuten. Die Fassung der Kommission könnte leicht dazu führen, daß Holland und Belgien aufs äußerste begünstigt und die deutsche Schiffahrt von den deutschen Häfen abgelenkt wird. Man hat von der Möglichkeit von Zollkriegen gesprochen; in einem solchen Fall aber steht den verbündeten Regierungen doch die Möglichkeit zur Seite, Ursprungscertifikate zu verlangen. Gerade jetzt aber leben wir doch in einer Zeit, wo Zollkriege massenhaft in Sicht kommen, und auch mit Rücksicht darauf bitte ich Sie dringend, den Antrag Albrecht anzunehmen. (Bravo! links.)

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**:

Der Absatz 3 des § 1 ist unter voller Zustimmung der Vertreter der Hansestädte entstanden. (Hört! hört! links.) Wenn die Ausführungen der Herren Vorredner richtig wären, hätten sich die Herren Vertreter dieser Städte ins eigne Fleisch geschnitten. Der Herr Vorredner meinte, es würden bald viele Zollkriege entstehen. Ich hoffe nicht, daß es geschehen wird. Sollten aber Zollkriege eintreten, so müssen wir auch Waffen haben, um uns zu schützen. Es ist aber klar, daß in einem so enormen Hafen wie Hamburg die Kontrolle im Fall eines Zollkriegs unmöglich wäre, während in Rotterdam zum Beispiel unser Konsul die Kontrolle besorgen würde. Ich kann Sie also nur bitten, den Antrag Albrecht abzulehnen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Wenn die Vertreter der Hansestädte im Bundesrat für diese Fassung der Vorlage gestimmt haben, so haben sie das jedenfalls nicht im Interesse des gesamten Volkes gethan. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Hätten die Herren Senatoren aber heute die Begründung des Herrn v. Thielmann gehört, so wären sie doch wohl etwas stutzig geworden. (Sehr richtig! links.) Die Hoffnung, daß wir nicht zu Zollkriegen kommen werden, teilt wohl außer einigen Agrariern, ganz Deutschland mit dem Herrn Schatzsekretär. Aber die Möglichkeit ist doch nicht ausgeschlossen und Herr von Thielmann hat deutlich genug gesagt, daß für den **Fall eines Zollkrieges eine Sperre über den Hamburger Hafen verlegt werden würde.** Ich frage nur, wie soll in Hamburg die Kontrolle schwieriger sein als in Rotterdam. Herr v. Thielmann sagt, in Rotterdam haben wir Konsuln. Ja, welches Mittel hat denn ein Konsul, um das ganze große Hafengebiet in Rotterdam zu überwachen? (Sehr richtig! links.) In Hamburg aber haben wir **einige tausend Zollbeamte.** (Sehr richtig! links.) Das Reich sollte auch schon aus dem Grunde gegen die deutschen Freihäfen möglichst conciliant sein, da diese ja absolut keine Gegenmaßregeln ergreifen können, wie die übrigen meistbegünstigten Staaten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Es ist durchaus notwendig, den Antrag Albrecht anzunehmen. Der Staatssekretär hat auch nicht einen einzigen sachlichen Grund für die Kommissionsfassung angeben können. Er sagte nur, Hamburg und Bremen hätten im Bundesrat keinen Widerspruch erhoben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Geheimnisse des Bundesrats der Oeffentlichkeit etwas mehr enthüllt würden. Man weiß ja übrigens auch, wie manchmal das Einverständnis kleinerer Bundesstaaten hergestellt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es giebt in der Jurisprudenz einen Ausdruck: „coactus voluit“, er hat es gewollt, aber nur gezwungen. So etwas soll auch gelegentlich im politischen Leben vorkommen. (Heiterkeit.) Vielleicht hat auch hier ein solcher Fall vorgelegen. Es soll hier die Möglichkeit gegeben werden, die eignen Städte schlechter zu behandeln als fremde Städte. Eine solche Möglichkeit sollte wirklich in jeder politischen Situation ausgeschlossen sein. (Sehr richtig: links.) Im übrigen konstatiere ich, daß, soweit ich es erkennen kann, von den Vertretern der Hansestädte niemand hier anwesend ist. (Hört! hört! links.) Das ist um so bedauerlicher, als die Herren uns sonst die Gründe hätten angeben können, warum sie für eine derartige ihre eignen Städte so schwer schädigende Maßregel eingetreten sind.

Abg. **Frese** (frs. Vg.):

Wenn die Vertreter von Hamburg und Bremen hier anwesend wären, so würden ihnen doch die Ausführungen des Frhrn. v. Thielmann die Augen öffnen. Die Rede des Staatssekretärs gab sehr zu denken und verstärkt die Befürchtungen noch ganz bedeutend. In **Holland wird über diese Rede des Schatzsekretärs geradezu ein Jubelruf laut werden,** daß sich hier **die verbündeten Regierungen so sehr des Auslandes annehmen gegen die Interessen der bedeutendsten deutschen Seestädte.** (Lebhafte Rufe: Hört! hört! links.) Diese Feindschaft des Reichsschatzsekretärs gegen den deutschen Seeverkehr ist etwas absolut unbegreifliches.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.):

Ich bitte Sie, trotz der gehörten Reden bei dem Kommissionsbeschluß zu bleiben. Die Annahme dieses Beschlusses wird an dem bestehenden Zustand nichts ändern. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Freiwilliger Regierungskommissar!) In der Verfassung ist schon jetzt dem Bundesrat dieselbe Ermächtigung eingeräumt, die von der Kommission vorgesehen wird. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Auch ich bin für den Kommissionsantrag. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wir haben den Antrag schon in der Kommission unterstützt und modificiert. Sie brauchen mir deshalb nicht gleich den Vorwurf zu machen, als trete ich hier als Regierungskommissar auf. Das ist ganz ungehörig. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Anträge haben eine Bedeutung nur für den Fall von Zollkriegen. In diesem Falle ist die Kontrolle im Auslande leichter als in den deutschen Seehäfen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Der Vorredner stellte es so dar, als wollten wir die Kontrolle beschränken. Das ist keineswegs der Fall. Aber im Falle von Zollkriegen ist die Kontrolle unstreitig in den deutschen Häfen viel schärfer durchzuführen als in den ausländischen Häfen. Ganz abgesehen aber von der Kontrolle, handelt es sich für uns darum, daß auf **keinen Fall für unser deutsches Freihafen-Gebiet höhere Zollsätze in Anwendung kommen als für das Ausland.**

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Selbst wenn, wie Herr Spahn meinte, dem Bundesrat schon nach der Verfassung diese Ermächtigung zustände, so würden wir doch durch die Annahme der Kommissionsfassung unsre Zustimmung zu dieser Ermächtigung erneut ausdrücken. (Sehr richtig! links.) Nehmen wir aber den Antrag Albrecht an, so muß der Bundesrat, falls er über das ganze Gesetz zu beschließen haben sollte, auch diesen Paragraphen mit der Streichung acceptieren. Dann könnte er doch kaum entgegen unsrer Absicht für die Freihäfen im Falle eines Zollkrieges höhere Zölle festsetzen als für das Ausland. Herr Paasche hat sogar den Wunsch ausgesprochen, die deutschen Zollausschlüsse schlechter zu behandeln als das Ausland. Dieser **„nationale“ Herr** vertritt hier in **krassester Form die Interessen des Auslandes.** (Sehr richtig! links.) In seinem schutzzöllnerischen Paroxismus schreckt er nicht vor dieser eminenten Benachteiligung der nationalen Interessen zurück. Dieses konstatiert zu sehen, ist schon allein die Diskussion hierüber wert.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung über den Principalantrag Albrecht (Soc.) ist eine **namentliche.** Es beteiligen sich an ihr 278 Abgeordnete, davon stimmen für den Antrag 86, dagegen 192 Abgeordnete. Der Antrag ist also abgelehnt.

Absatz 3 des § 1 wird hierauf in der Kommissionsfassung angenommen.

Als § 1a hat die Kommission folgende Bestimmung neu eingefügt.

In jedem Steuerdirektionsbezirk ist eine Behörde zu errichten, die auf Verlangen über die Zolltarifsätze Auskunft zu geben hat, zu welchen bestimmte Waren oder Gegenstände zum deutschen Zollgebiet zugelassen werden.

Abg. **Heine** (Soc.):

Der Gegenstand, den dieser Antrag der Kommission behandelt, hat das Haus schon häufig beschäftigt. Die Forderung der Zollauskunftsstellen liegt sowohl im moralischen Interesse des Rechtsgefühls als auch im materiellen Interesse der Zollinteressenten. (Sehr richtig! links.) Wir müssen die Gelegenheit, wo die Regierung sich gewissermaßen in einer Zwangslage befindet, benutzen, um diese alte Forderung endlich gesetzlich festzulegen. Es ist notwendig, daß endlich ein einheitliches, klares Recht an Stelle der bureaukratischen Zollpraxis trete. Im Reichstage sind schon wiederholt die **unglaublichsten Zollkuriosa** mitgeteilt worden, die sich aus der jetzigen Praxis ergeben haben. So wurde z. B. aus Amerika eingeführtes Büchsenfleisch nicht als Fleisch, sondern als Blechware verzollt. (Hört! hört! links.) Käse, der mit einer dünnen Schicht Staniolpapier umgeben war, wurde unter der Rubrik „Silber- und Goldwaren“ zur Verzollung gebracht. (Heiterkeit.) Strümpfe mußten als feine Putzwaren verzollt werden, Anchovis als feine Blechwaren usw. (Heiterkeit.) Einem Importeur, der eine neue Zinkware einführen wollte und sich deswegen an eine Behörde mit der Bitte um Auskunft wandte, wurde eine Auskunft verweigert, weil das „Princip“ in dieser Angelegenheit noch nicht entschieden sei. So lange müßte er warten. Der arme Mann wird vielleicht in alle Ewigkeit warten müssen. Das erinnert mich an einen Richter, der bei jedem Fall in der Registratur nachzufragen pflegte, ob ein Similo (ähnlicher Fall) da wäre. Als ihm einmal gesagt wurde: „Für diesen Fall ist noch kein Similo da,“ erklärte er: „Die Sache ist wegzulegen, bis ein Similo da ist“. (Große Heiterkeit.) Als im Jahre 1898 die Abgeordneten Trimborn und Hammacher im Reichstag auf die Angelegenheit zurückkamen, erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, in der ganzen Welt gelte der Grundsatz: „Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht.“ Wer eine Ware einführe, habe sich vorher den Zolltarif anzusehen. Die importierenden Firmen dürften sich auch gar nicht wundern, wenn sie von irgend einem untergeordneten Zollbeamten eine falsche Auskunft erhielten und nachher einen höheren Zollsatz nachzahlen müßten. Das ist der Standpunkt des richtigen Juristen; er hält es für genügend, wenn der Staat ein Gesetz hinwirft, das Publikum mag zusehen, wie es sich mit den unverdaulichen Knochen abfindet. (Sehr gut! links.) Die Beamten hüllen sich in Schweigen und geben keine Auskunft, aus Furcht, eine falsche Auskunft zu erteilen. Den Schaden falscher Auskünfte aber haben die unglücklichen Importeure zu tragen. Der von der Kommission angenommene Beschluß bleibt noch weit hinter dem zurück, worauf sich der Reichstag durch Annahme der Resolution Hammacher früher schon gewissermaßen verpflichtet hat. Diese Kommissionsfassung nicht anzunehmen, wäre geradezu ein schwächliches Zurückweichen dieses hohen Hauses gegenüber früheren weitergehenden Beschlüssen. Man hat nun dem Beschluß der Kommission entgegengehalten, er sei überflüssig, weil durch Verordnung des Bundesrats bereits einige Zollauskunftsstellen geschafft worden seien. Diese Auskunftsstellen genügen aber dem Bedürfnis absolut nicht. Außerdem haben wir gar keine Gewähr, daß, falls der Zolltarif wirklich Gesetz werden sollte, was ich nicht glaube, diese Auskunftsstellen nicht wieder eingezogen werden. Die Regierung sagt sich dann vielleicht, es war doch schöner, als wir noch zu keiner Auskunft verpflichtet waren. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Daher ist es dringend notwendig, daß wir diese neue Einrichtung gesetzlich festlegen. Allerdings bedeutet, wie gesagt, der Kommissionsbeschluß noch durchaus keine genügende Regelung der Frage. Es wird noch keine Centralstelle geschaffen, die allein eine Einheitlichkeit der Auskünfte über das ganze Reich ermöglicht. Zum mindesten müßten solche Centralstellen für die einzelnen Bundesstaaten eingerichtet werden. Graf Posadowsky hat schon im Jahre 1896 anerkannt, daß die Verschiedenheit der Auskünfte in den einzelnen Staaten große Mißstände mit sich bringe. Aber, so meinte er, die Bundesstaaten würden nicht daran denken, ihre Souveränität aufzugeben. Wenn aber ein Reichsgesetz besteht so wird auch eine Einheitlichkeit der Auskünfte die Folge sein müssen. Das wäre ja eine merkwürdige Souveränität, die darin bestände, daß Reichsgesetze in den einzelnen Staaten nach Willkür ausgelegt werden; das hat mit der Wahrung der Hoheitsrechte wahrlich nichts zu thun. (Sehr richtig! links.) Trotz dieser Mängel des Kommissionsantrages bitte ich Sie, denselben nicht abzulehnen, denn er enthält immerhin das Minimum dessen, was zu verlangen ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

§ 1a wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Abgg. **Albrecht** (Soc.) u. Gen. beantragen folgenden **§ 1b** einzuschalten:

„Der Bundesrat ist **verpflichtet,** die Zölle für vom Ausland eingehende Waren **aufzuheben** und deren **zollfreie Einfuhr** zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen **Verkaufsvereinigungen** (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe oder dergleichen) nach dem oder **im Auslande billiger** verkauft werden als im deutschen Zollgebiet. Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Die Abgg. Dr. **Barth** und **Brömel** (frs. Vg.) beantragen für den Fall der Ablehnung dieses Antrags Albrecht, die Befugnis des Bundesrats zu den im Antrag Albrecht ausgesprochenen Zollbefreiungen zu statuieren.

Abg. **Bernstein** (Soc.):

Unser Antrag entspricht einem Antrage, den wir bei den Eisenzöllen schon in der Kommission gestellt haben. Unsre Beweggründe sind in dem Bericht, der Ihnen vorliegt, bereits enthalten. Besonders wurde betont, daß die Preispolitik der Syndikate die heimischen Verarbeitungs-Industrien ganz bedeutend schädigt, daß sie zu Zollkriegen führt und die Hauptursache der internationalen Eifersucht und des Mißtrauens der Staaten auf handelspolitischem Gebiet ist. Professor von Philippovich, der Verfasser eines der besten Lehrbücher der Nationalökonomie, hat eingehend nachgewiesen, welch außerordentliche Schädigung das östreichische Eisenkartell durch die Verteuerung des Rohmaterials der Eisenverarbeitungs-Industrie zugefügt habe. Unser Antrag ist nicht diktiert von einer grundsätzlichen Feindseligkeit gegen die Syndikate, soweit sie durch eine bessere Organisation der Produktion ein größeres Gleichgewicht zwischen Bedarf und Produktion herbeizuführen suchen. In dieser Hinsicht sind die Syndikate, Trusts und Kartelle Wirtschaftsformen, die trotz ihrer großen Nachteile doch auf der Linie des gesellschaftlichen Fortschritts liegen. Wir betrachten es nicht für unsre Aufgabe, den wirtschaftlichen Fortschritt irgendwie aufzuhalten, und glauben, daß das, was volkswirtschaftlich für die Produktion am besten ist, schließlich auch durch den Einfluß der Gesetzgebung und die Organisation der Arbeiterklasse den Arbeitern zu gute kommen muß. Wir haben keine besondere Vorliebe für die Zersplitterung der Industrie; wir sind nach unsren ganzen wirtschaftlichen Anschauungen die Partei der größten Wirtschaftlichkeit, wie sie durch die vollendetste Organisation ermöglicht wird. Insofern sind wir keine grundsätzlichen Gegner der Kartellierung der Industrie. Wenn auf allen Zweigen der Industrie die größte Wirtschaftlichkeit realisiert wird, so muß das schließlich auch der gesamten Bevölkerung zu gute kommen, jedoch nur in dem Falle, daß die unter der heutigen Gesellschaftsordnung mit der Kartellierung verbundenen Nachteile beseitigt werden. Da wir aber wissen, daß die heutige Produktionsweise nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist, deswegen treten wir ein für die **größtmögliche Kontrolle der Gesellschaft über die Produktion** und insbesondere über diejenige Produktion, die einerseits durch eine großartige Konzentration die größte Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle bietet und andrerseits in viel höherem Grade Mißbräuche zuläßt, als die kleineren zersplitterten Industrien. Wir verlangen zunächst einen ausgiebigen Arbeiterschutz durch das Gesetz und die Garantie des vollen Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse. Wenn dies Recht nicht besteht, so sind **die Kartelle und Trusts nichts weiter als moderne Zünfte,** die mit ganz andren Mitteln als die Zünfte des Mittelalters **auf die Arbeiterklasse drücken** und unbegründet hohe Preise von der Gesellschaft erpressen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokr.) Alle diese Maßregeln, die wir fordern, Arbeiterschutz und Koalitionsfreiheit, sind den Trusts gegenüber leichter durchzuführen, weil sie einheitliche Organisationsformen darstellen, aber eben deshalb den Trusts gegenüber besonders notwendig. Doch diese Mittel genügen nicht. Es handelt sich hier nicht bloß um die Interessen der in Trustbetrieben beschäftigten Arbeiter, sondern um die Interessen der Allgemeinheit. Die Socialdemokratie vertritt nicht die Interessen einer Schicht der Arbeiterklasse gegenüber der Gesellschaft, sondern die Interessen der Gesamtarbeiterschaft. Es wäre denkbar, daß eine kartellierte Industrie sich das Schweigen und die Zustimmung ihrer Arbeiter zu einer Preispolitik zu versichern suchte, die für die Gesellschaft schädigend sein würde. Bei uns ist diese Gefahr, dank dem starken Gefühl unsrer Arbeiterklasse für das Gesamtwohl, das ihnen eingeprägt ist durch die unermüdliche Agitation der Socialdemokratie (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), verhältnismäßig gering. Wenn es aber einer Arbeitergruppe schlecht geht und dann eine mächtige Unternehmerorganisation als Versicher an sie herantritt, dann ist die Möglichkeit vorhanden, daß diese Arbeitergruppe sich verleiten läßt mitzumachen. Daß solche Versuche unternommen worden sind, geht aus der Geschichte der englischen und amerikanischen Arbeiterbewegung hervor. Die Zustimmung eines Teiles der amerikanischen Arbeiterklasse zu der hohen Schutzzollpolitik ist unzweifelhaft auf solche Ursachen zurückzuführen. Mehrfach ist auch schon die Rede gewesen von internationalen Koalitionen der Bergarbeiter und Grubenbesitzer, natürlich nur zu dem Zwecke, um dann der Welt die Preise diktieren zu können. Solche Arbeiter sind nicht im stande, ihre Lage zu überdenken, sie sind durch eine Art Mauer von der socialdemokratischen Aufklärung ausgeschlossen.

Mit all diesen Möglichkeiten haben wir zu rechnen. Wir müssen auch Maßregeln ergreifen, um der Preispolitik der Kartelle entgegenzuwirken. Durch diese ihre Politik der Hochhaltung der Preise auf einem Niveau, das den Produktionsbedingungen nicht entspricht, wirken die Syndikate dem gerade entgegen, was viele von ihnen erhofft haben, und was der Möglichkeit nach auch in ihnen steckt.

Durch diese ihre Preistreiberei heben die Kartelle alles auf, was sie zur Abmilderung der Krisen thun könnten und verstärken die Krisen noch. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So war es in den Jahren 1825, 1835, 1845 bis 1847 und 1854. Der Krisis folgt dann der Preissturz, der ein Mittel bildet, um die Krisis wieder zu heben. Das ist ein Grund mehr, weshalb der Zolltarif von allen denen, denen der sociale Fortschritt und die Hebung der breiten Masse am Herzen liegt, mit äußerster Energie bekämpft werden muß. Eine Krisis tritt ein, wenn der Reallohn der Arbeiter oder der im Gehalt stehenden Gesellschaftsmitglieder nicht gleichen Schritt hält mit der Produktivität der Arbeiter. So werden die Kartelle statt zu Gegenkräften, zu Ursachen der Krise. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn man die wirklichen Gewinne, die Dividenden der Kartelle berechnen will, so darf man nicht das Aktienkapital, das in den meisten Fällen viel zu hoch ist, zu Grunde legen, sondern das wirkliche Anlagekapital. Dadurch steigen die Gewinne der in den Kartellen vereinigten Industriellen auf eine viel größere Höhe als die Dividendenziffern erkennen lassen. Als ich vor einiger Zeit darauf hinwies, daß die Zahl der Kapitalisten zugenommen und ihre Kapitalskraft sich noch vermehrt habe, hat man dies als eine Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaftsordnung auslegen wollen. Durchaus mit Unrecht. Auf der einen Seite wächst der Luxus einer kleinen Minderheit, ein ganz sinnloser Luxus, der die Kultur durchaus nicht fördert; eine maßlose Verschwendung von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln greift um sich. Auf der andren Seite wird die große Masse gerade durch diese Verschwendung verhindert, an dem allgemeinen Fortschritt der Kultur teilzunehmen. Es handelt sich bei unsrem Antrage um die wichtige Frage des Zusammenhanges zwischen Krisis und Preise. **Wir wollen der Preispolitik der Kartelle einen Damm entgegensetzen.** In einem kürzlich erschienenen Buche „Das Grundgesetz der Wirtschaftskrisen" gelangt der Verfasser E. May auf Grund sehr eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen zu dem Resultat, daß jeder großen historischen Krise ein starkes Auftreiben der Preise vorhergegangen ist. Diese Wirkung, die eintreten muß, wenn die Gesellschaft fortschreiten soll, wollen Sie gerade durch Ihre Zollpolitik verhindern. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) **Der ganze Zolltarif ist weiter nichts als ein großes Stück Obstruktion gegen die Entwicklung der Gesellschaft.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ein Redner der Mehrheitsparteien hat ja selbst anerkannt, daß er die Entwicklung der Produktion aufhalten wolle. Herr Gerstenberger war es, der da meinte, im Interesse der kleinen Bauern müßten die minder leistungsfähigen kleinen Brauer erhalten werden, weil diese den Bauern die schlechte Braugerste abkauften. Menschlich ist es ja zu verstehen, daß man sich gegenseitig die Erhaltung der kleinen Existenzen verbürgen will, mit dem Princip der höchstmöglichen Wirtschaftlichkeit steht eine solche Politik aber im schroffsten Widerspruch. Man mag andre Mittel ergreifen, um solchen Leuten zu helfen, aber wir können unsre Hand nicht dazu bieten, derartig überlebte und dem ganzen Fortschritt entgegenwirkende Existenzen künstlich zu erhalten, wie es dieser Zolltarif will.

Redner verliest zwei Stellen aus dem Mayschen Buch. (**Ruf rechts: Na, noch nicht fertig?**) Eine ganze Anzahl Städte haben die dringend notwendigen **Neu-Anlagen von Gas-, Wasser- und Elektricitätswerken unterlassen,** weil die von den **Syndikaten verteuerten** Preise der Materialien eine angemessene Verzinsung der Anlagekosten ausgeschlossen hätten. (Hört! hört! bei den Socialdem.) Die Syndikate haben weiter eine solche Verteuerung der Baumaterialien herbeigeführt, daß vielfach der Neubau von Wohnhäusern ins Stocken geraten und eine Krisis auf dem Baumarkte eingetreten ist. Das hat eine Wohnungsnot, eine Wohnungsverteuerung bedingt, die den Arbeitern den kleinen Vorteil geringer Lohnaufbesserungen wieder aus der Tasche gezogen hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Nun ist die Frage, wie kann dem entgegengewirkt werden? May schlägt als Gegenmaßregeln gegen die schädlichen Wirkungen der Syndikate vor, ihnen solle verboten werden, über eine gewisse Höhe hinaus Profit zu machen. In England ist in den meisten Städten der Gasbetrieb kommunalisiert. In London aber ist die Gasgesellschaft noch in privaten Händen, es ist der Stadt, obgleich sie es längst gewollt hat, bisher nicht möglich gewesen, sie zu kommunalisieren. In den Vertrag der Stadt mit der Gesellschaft ist aber eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach der Profit nur nach Maßgabe der Herabsetzung der Preise erhöht werden darf. Für jeden Pfennig, um den die Gesellschaft das Gas billiger liefert, darf sie den Profit um 1 Proz. erhöhen. (Hört! hört! links.)

Sie sehen also, daß eine solche Kontrolle der Gesellschaft über die Monopolbetriebe sehr wohl durchführbar ist.

Unser Antrag nun will gegen die kulturschädliche Politik der Syndikate wirken. Wir wollen jeder Politik vorbeugen, die das Ausland vor dem Inlande begünstigt. Für diese Politik werden ja allerlei patriotische Gründe angeführt; ich könnte sie aber, wenn ich pathetisch sein wollte, eher als eine **Politik des Vaterlandsverrats** bezeichnen. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Es ist eine Politik des Verrats, wenn wesentliche Interessen großer Bevölkerungsklassen des eignen Landes geschädigt werden zu Gunsten von Industrien und Bevölkerungsklassen des Auslandes. Allerdings sind gewisse kartellierte Industriezweige durch ihren ausländischen Absatz in der Lage, eine Anzahl von Arbeitern nicht entlassen zu müssen. Trotzdem ist dies kein Argument zu Gunsten des billigeren ausländischen Absatzes. Die mächtigsten und ausschlaggebenden Syndikate finden sich in den Industrien der Roh- und Halbfabrikate. Diese Industrien stellen auch die einflußreichsten Befürworter des Schutzzolles. Die in den syndizierten Industrien beschäftigten Arbeiter bilden nur einen verhältnismäßig sehr kleinen Teil der gesamten Arbeiterschaft. Nun aber werden die andern Industrien, die Ganzfabrikate herstellen, die nicht syndizierten mittleren und kleineren Betriebe gerade durch die Preiserhöhungspolitik der Kartelle stark geschädigt. Wenn also die Politik der Kartelle es vielleicht ermöglicht, 30 000 Arbeiter in der Arbeit zu erhalten, so können wir dem leicht die zehn- und zwanzigfache Arbeiterzahl entgegenstellen, die durch die teueren Preise in ihrer Arbeitsgelegenheit geschädigt werden. Graf Posadowsky wies vor einiger Zeit auf die schlechte Lage der Landwirtschaft infolge der Leutenot hin. Ganz ähnliche Verhältnisse können Sie auch in Industrie und Handel verfolgen. Nur haben diese Kreise nicht die Macht, ihr Wünsche so zur Geltung zu bringen, wie die verzogenen Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) **Kein Mensch hilft ihnen,** wenn sie infolge mangelnden Absatzes zu Grunde gehen. Ich erinnere auch an das **Elend der kleinen Handwerker und Kaufleute.** Bei allen diesen Debatten ist mir aufgefallen die Nichtswürdigkeit, mit der diese Kreise über das Geschick von Tausenden und Abertausenden aus der Bevölkerung hinweggehen, die nicht zu ihrer Klasse gehören. Es kommt ihnen garnicht darauf an, viele Existenzen einfach zu ruinieren. Das ist eine Rücksichtslosigkeit, die auf mich den Eindruck der Gefühlsroheit macht. (Lebh. Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Sie (nach rechts) sollten doch wenigstens den einen Grundsatz beherzigen: „Leben und leben lassen!" Wenn die Landwirte sich so syndizieren könnten wie die Industriellen, würden sie sich nicht bedenken es zu thun. Wo sie es können, haben sie es auch gethan; ich erinnere an den Milchring und den Fleischring. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ein weiterer schwerer Schaden der Kartelle liegt darin, daß sie der einheimischen Industrie die Rohstoffe verteuern. Eine große Fabrik im Saargebiet, die Eisenblech und Nägel verarbeitet, eine sogenannte Veredelungsfabrik, wandte sich an die zuständige Behörde um Ermäßigung des Zolles auf ihr Rohmaterial, das sie aus England beziehen müsse. Die Behörde fragte zurück, ob mit Rücksicht auf die Beschaffenheit nicht auch inländische Roherzeugnisse zu verwenden seien. In ihrer Antwort gab die Fabrik an, dies sei zwar der Fall, aber sie könne im Auslande die Rohmaterialien um 25 Proz. billiger kaufen als von dem Verband deutscher Feinblech-Walzwerke. Der Verband mache mit seinen dem Weltmarkt durchaus nicht entsprechenden Preisen in vielen Fällen den Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich, er erschwere der deutschen Industrie die Geschäfte in unheilvollster Weise. Trotzdem wurde eine Zollermäßigung nicht zugestanden, weil nach der eignen Angabe der Fabrik die inländischen Rohstoffe der Beschaffenheit nach den ausländischen gleichkämen. So schädigen die Behörden die Interessen großer Massen deutscher Arbeiter. (Hört! hört! links.)

Ich erinnere nur an die Petitionen der 700 Klein-Eisenfabrikanten aus Remscheid-Solingen, ein wahrer Notschrei, in dem es hieß: wir wollen keinen Zollschutz, sorgt nur dafür, daß uns das Rohmaterial nicht verteuert wird. England hat noch immer bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen als wir. Die Krisis ist in England nicht eingetreten, sondern nur nach und nach macht sie sich bemerkbar infolge der kontinentalen Krisis. Das muß Ihnen doch zu denken geben, wenn Sie hören, daß England bedeutend billigere Preise für Roh- und Halbfabrikate der Eisenindustrie hat, als Rheinland-Westfalen. Nur der englischen Industrie wird durch die Verschleuderung der deutschen Rohfabrikate im Auslande genutzt. Der Weltmarkt wird desorganisiert, eine ganze Reihe von unnützen Kosten, die das Wirtschaftsleben verteuert, werden durch die Kartelle herbeigeführt und der wirtschaftliche Aufschwung der Arbeiterklasse, ihr Kulturfortschritt wird künstlich zurückgehalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Industrien, deren Export gewachsen ist, beschäftigen weniger Arbeiter als die Industrien, deren Export zurückgegangen ist. Somit kommt die Politik der billigen Auslandsverkäufe der Kartelle nur einer verschwindend geringen Arbeiterzahl zu gute. Umgekehrt werden die andren Industrien mit ihrer weit größeren Arbeiterzahl durch die Kartelle enorm geschädigt. **Die Kartelle schaffen also vielmehr Arbeitslosigkeit, als sie Arbeiter im Lohn erhalten.** Der beste Zustand ist billige Waren bei hohen Löhnen. Wir wollen keine Billigkeit durch Ausbeutung widerstandsunfähiger Bevölkerungsklassen, wie es in der Konfektionsindustrie der Fall ist. Aber es lassen sich sehr gut billige Waren mit guten Löhnen vereinen, nur der Schlendrian und die schlechte Organisation der Industrie haben das bisher verhindert. Die jämmerlich bezahlenden Konfektionsfabriken des Londoner Eastend können nicht konkurrieren mit den nordenglischen Konfektionsfabriken, die weit höhere Löhere bezahlen. (Hört! hört!) Bessere Löhne bedeuten eine Verbesserung der Produktionsthätigkeit Sehr häufig gehen hohe Preise mit niedrigen Löhnen und niedrige Preise mit hohen Löhnen Hand in Hand. **Es besteht ein direkt gegensätzliches Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen.** Dr. Arthur Schultz, der Bewirtschafter eines großen Bauerngutes in Ostpreußen, weist hin auf die ungesunde Steigerung der Grundpreise durch Zollerhöhungen. Die Folge des Kornzolls werde eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Grundbesitzer sein. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) So spricht ein Mann, der Ihrer (nach rechts) Klasse angehört. Sie werden aber mit Ihren reaktionären Maßregeln auf die Dauer doch nicht erreichen, was Sie erstreben. Eine geistig unentwickelte Arbeiterklasse mochte früher der Ansicht sein, daß die Zölle ihnen nützen, wenn sie ihren Arbeitgebern nützen. Heute kommen die Arbeiter immer mehr zur Erkenntnis, welches Elend ihnen aus den Preissteigerungen erwachsen muß. Die Arbeiterklasse ist heute an Intelligenz und sociaser Bedeutung gewachsen. Sie hat erkannt, daß man sich im Zeitalter der Weltwirtschaft nicht durch eine chinesische Mauer von Zöllen vom Auslande abschließen kann. Der Socialismus ist ja von vornherein gestellt auf das Gefühl der internationalen Solidarität der Arbeiter. Die Arbeiterklasse erachtet die Beseitigung der Schutzzollpolitik für die allgemeine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Wenn Sie den Willen haben, den bestehenden Mißständen entgegenzutreten, so unterstützen Sie unsren Antrag, der dazu den Anfang bildet. Dieser Antrag steht auf der Höhe der Bedingungen, die gegeben sind durch die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des modernen Verkehrs. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf **Kanitz** (kons.):

Die Rede meines geschätzten Herrn Vorredners war mehr ein akademischer Vortrag. Er hat versucht, die Tribüne dieses Hauses in ein Universitätslatheder umzuwandeln. (Sehr richtig! rechts.) Das wäre ja an sich kein Schade, aber wohin gelangen wir, wenn solch umfangreiche Vorträge hier gehalten werden, wo es doch vor allem **darauf ankommt, den Zolltarif so schnell als möglich fertig zu stellen.** (Lachen links.) Wenn Sie Freunde der Arbeiter sind — wir sind überzeugt, es in weit größerem Maße zu sein (Lachen b. d. Soc.), dann möchte ich Sie dringend bitten, für die möglichst baldige Verabschiedung dieses Gesetzes zu sorgen, nachdem Graf Posadowsky so überzeugend dargethan hat, daß der jetzige Zolltarif auf unsre heutigen Verhältnisse absolut nicht mehr paßt. Wenn ich auch mit der Tendenz Ihres Antrages ganz einverstanden bin, so bin ich doch der Meinung, daß der Vorschlag eine große Härte für die Industrie bedeutet. Tritt in dem von Ihnen gewünschten Falle Zollfreiheit ein, so werden ja auch alle Werke geschädigt, die außerhalb des Kartells stehen. (Sehr richtig! rechts.) — Die Regierung veranstaltet jetzt eine Enquete über die Wirkungen der Kartelle, sie möge sich aber über den Umfang der Arbeit keinen Illusionen hingeben. Jedenfalls muß die Prüfung jedoch irgend einer gesetzlichen Maßnahme vorausgehen. Man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, nicht alle Verkaufsvereinigungen sind unberechtigt.

Ich würde z. B. **Vereinigungen** für **berechtigt** halten, deren Zweck die **Ausschaltung des Zwischenhandels** ist. Wenn aber Verkaufsvereinigungen große Mengen ihrer Produktion nach dem Auslande abführen, während das Inland an dem betreffenden Produkt Mangel leidet, so müssen allerdings alle jene Kalamitäten eintreten, die Abg. Bernstein geschildert hat. Warten Sie zunächst das Resultat der Enquete ab! Den vorliegenden Antrag Albrecht aber bitte ich abzulehnen. (Beifall rechts.)

Um $5^1/_2$ Uhr wird ein **Vertagungsantrag** der Linken **abgelehnt.**

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) [von großer Unruhe der Rechten und des Centrums empfangen]:

Nachdem Sie durch Ablehnung unsres Vertagungsantrages den Wunsch zu erkennen gegeben haben, noch eine längere Rede zu hören, muß ich notgedrungen Ihrem Wunsche Folge leisten. (Sehr gut! links.) Graf Kanitz verlangte, wir sollten zunächst das Ergebnis der Kartell-Enquete abwarten. Wenn er konsequent wäre, müßte er doch beantragen, die **Beratung des Zolltarifs so lange zu vertagen, bis die Kartellkommission ihre Studien beendet** und dem Reichstag einen Kartell-Gesetzentwurf vorgelegt hat. (Sehr richtig! links.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Politik der Kartelle die Tendenz einer Verteuerung der Preise verfolgt. Der preußische Staat unterstützt diese Verteuerungsbestrebungen als Bergwerks- und Salinenbesitzer in jeder Weise. (Auf der Rechten und im Centrum herrscht während der Ausführungen des Redners andauernde große Unruhe, so daß Präsident Graf **Ballestrem** das Haus um mehr Ruhe bittet; der Redner müsse verständlich bleiben können.) Der Schutzzoll soll diese Anstrengung der Konsumenten unterstützen. Von den hohen Preisen, die man mittels der Schutzzölle erzielen kann, giebt man dann die Kartell-Exportprämien ans Ausland. (Sehr richtig! links.) Die Politik der Rohstoff-Kartelle hat die Notlage in der Eisenindustie erheblich verschärft. Die Ausschreitungen der Kartelle können nur durch die Beseitigung der übertriebenen Schutzzölle beseitigt werden. Sorgen Sie dafür, daß kein Zolltarif Gesetz wird, der als künstlicher Nährboden einer ungesunden Kartellpolitik dienen muß. (Lebhafter Beifall links.)

Um $^1/_2$7 Uhr wird ein von den Abgg. Dr. Spahn (C.), Graf Limburg-Stirum (k.) und Dr. Hasse (natl.) eingebrachter **Vertagungsantrag** einstimmig **angenommen.**

Präsident Graf **Ballestrem** schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Freitag 12 Uhr.

Abg. Graf **Hompesch** (C., zur Tagesordnung) beantragt wegen der katholischen Feiertage Allerheiligen und Allerseelen die nächste Sitzung erst auf Dienstag, den 4. November, anzusetzen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich stehe einem solchen Antrage persönlich sympathisch gegenüber, habe aber als Reichstags-Präsident vor allen Dingen die Pflicht, dahin zu wirken, daß unsre Arbeiten stramm fortschreiten. (Beifall und Heiterkeit.) Das Haus wird über den Antrag Hompesch entscheiden.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Ich möchte einen **noch weitergehenden Antrag** stellen. (Aha! rechts.) Jetzt ist der Moment gekommen, wo der Reichstag sich **die Frage vorlegen muß, ob er die Zolltarif-Debatten weiterführen will,** oder ob es angezeigt erscheint, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung anzusetzen, sobald der Reichshaushalts-Etat dem Reichstag zugegangen ist, mit andren Worten: wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir nicht diese **Verhandlungen aus eigner Initiative abbrechen müssen,** nachdem die verbündeten Regierungen den Zolltarif nicht zurückgezogen haben. Die Diskussion und mehr noch die Abstimmungen über die Minimalzölle haben immer mehr die Meinungsverschiedenheiten nicht bloß zwischen den verbündeten Regierungen und der Linken, sondern **auch** zwischen den verbündeten Regierungen und der Rechten —

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend):

Bei einem Antrag zur Tagesordnung können Sie nicht eine große Rede über den ganzen Zolltarif halten. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum.) Sie haben Ihren Antrag knapp und nach Ihrer Ansicht gewiß auch gut (Große Heiterkeit rechts und im Centrum) begründet. Wir können also zur Abstimmung schreiten.

Abg. Dr. **Barth** (fortfahrend):

Herr Präsident, ich muß darauf bestehen, daß **mir mein Recht,** das jedem Abgeordneten zusteht (Sehr richtig! links), **nicht verkürzt wird.** Ein Antrag von der großen sachlichen Tragweite des meinen bedarf einer **ausführlichen Begründung.** Es würde gegen **alle** Tradition verstoßen, wenn anders verfahren würde.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Mein Herr Abgeordneter! Ich werde Sie gewiß nicht hindern, Ihre Gründe auseinanderzusetzen. Aber ich kann unmöglich dulden, daß hier bei Gelegenheit der Tagesordnung wieder eine allgemeine Debatte über den Zolltarif entsteht. (Lebhafte Zustimmung **rechts** und im Centrum.)

Abg. Dr. **Barth** (fortfahrend):

Es ist nicht meine Absicht, eine derartige Debatte hervorzurufen. Wenn der Herr Präsident die Güte haben will, mir noch ein paar Minuten (Große Heiterkeit) zuzuhören, so wird sich herausstellen, daß ich nicht daran denke, in eine materielle Diskussion, etwa über die Minimalzölle, einzutreten. Es ist aber schlechterdings notwendig, **aus der Situation heraus,** wie sie sich der Geschäftsordnung gemäß gestaltet hat, die Motive für einen Antrag darzustellen, der doch seiner ganzen Art nach eingehend motiviert werden muß. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich werde mich möglichst kurz fassen. **Die immer größer gewordenen Gegensätze zwischen den verbündeten Regierungen und der Rechten,** auf die sich doch die Regierungen stützen müssen, wenn sie überhaupt dies Werk zu Ende führen wollen (Große Unruhe rechts; Rufe: Zur Sache!), lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß dieses gesetzgeberische Werk auch nur in der zweiten Lesung verabschiedet wird. Deswegen **„entspricht es dem Ansehen des Reichstages"** (Gelächter rechts), daß wir in der Beratung nicht fortfahren, sondern sie abbrechen. (Lärm rechts und im Centrum.) Man kann ja verschiedener Meinung darüber sein, was dem Ansehen des Reichstages entspricht. (Sehr richtig! rechts.) Selbst ein so angesehenes Mitglied der nationalliberalen Partei, wie Dr. Sattler, hat kürzlich in sehr scharfer Form ausgesprochen, daß es eigentlich die Pflicht der Regierung sei, den Entwurf zurückzuziehen, sobald sich nach der ersten Abstimmung eine dauernde Meinungsverschiedenheit mit der Reichstagsmehrheit ergeben hat. (Wiederholte Rufe **rechts**: Zur Sache!)

Präsident Graf **Ballestrem** (nach rechts):

Ueberlassen Sie mir das!

Abg. **Barth** (fortfahrend):

Herr Kollege Sattler sagte in der Sitzung **vom 20. Oktober** wörtlich: „Solche Verhandlungen hält das Haus auf die Dauer nicht aus (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links), er bietet damit einen ganz blamablen Anblick vor der ganzen Welt." Deshalb hat Herr Sattler seine Bitte an die verbündeten Regierungen gerichtet, die Konsequenz aus der bevorstehenden Abstimmung zu ziehen — jetzt liegen eine ganze Reihe solcher Abstimmungen bereits vor. Um so mehr liegt nun Veranlassung dazu vor, daß der Reichstag die Konsequenzen zieht und die Zolltarif-Debatte abbricht. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.):

Wir sind ja bereit, den religiösen Gefühlen der Herren vom Centrum entgegenzukommen, aber der Antrag geht uns zu weit. **Die Herren können Ihren religiösen Pflichten doch auch in Berlin nachkommen.** Der Antrag Barth scheint mir eine unerhörte Forderung zu sein. Selbst in den ersten Stadien der Beratung kann **von einem Scheitern noch keine Rede** sein. Wir müssen bis zu dritten Lesung warten, wie es stets geschehen ist. Die Bedeutung des Reichstags liegt darin, daß sich die Regierung mit ihm zu **verständigen** sucht, hoffentlich wird dies in **der dritten Lesung gelingen.** (Ah! links.) — Man hat uns vorgehalten, wir müßten unsre Selbstachtung aufgeben, wenn wir von unsren Forderungen jetzt noch zurückgingen. Die Sorge um unsre Selbstachtung mögen uns die Herren selbst überlassen. Der Reichstag wird sich jedenfalls damit nicht Achtung im Lande verschaffen, wenn er jetzt die Beratung einer so wichtigen Vorlage abbricht. Es liegt hier eine politische Frage von der größten Wichtigkeit vor. Wenn wir sehen, wie die Herren der Linken durch ihre Handhabung der Geschäftsordnung die Verhandlungen erschweren, so ist das zwar kein verfassungswidriges, aber ein **verfassungsfeindliches Vorgehen.** (Großer Lärm links.) Die Weltgeschichte hat gezeigt, daß wenn politische Rechte mißbraucht werden, sie aufgehoben werden. (Lärm links, Sehr richtig! rechts, Rufe links: **Kanalvorlage!** Unruhe rechts.) Daß die Socialdemokraten so verfahren, entspricht ja nur ihren Interessen, das ganze Wirken der übrigen Herren beruht aber auf der Autorität des Reichstages. Im Interesse dieser Autorität bitte ich Sie, den Antrag Barth abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Es ist doch ganz etwas andres, wenn man die Regierung auffordert, einen Entwurf zurückzuziehen, der keine Aussicht auf Annahme hat, wie ich es gethan habe, oder ob man, wie Dr. Barth, den Reichstag veranlassen will, den **Streik zu proklamieren.** (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Regierung hat — wie schon Fürst Bismarck gesagt hat — das Recht, eine Quittung vom Reichstage zu erhalten. Ich wundere mich übrigens, daß dieser Vertagungsantrag von der Linken und nicht von der Rechten kommt. (Heiterkeit.) Man würde es verstehen, wenn die Mehrheit der Regierung das Werk vor die Füße wirft. Das konnte man nach den Erklärungen des Herrn Herold erwarten. (Präsident Graf **Ballestrem** ersucht den Redner, nicht von der Tagesordnung abzuweichen.) Aber die Taktik der Linken verstehe ich nicht. Was würden Sie denn erreichen, wenn Ihr Antrag die Mehrheit fände? Sie würden die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Vorlage, das ich nach wie vor voraussetze, von der Rechten abwälzen auf die Linke. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Das ist ein Ausdruck großer Gutmütigkeit (Heiterkeit), wenn Sie (nach links) auf diese Weise der Rechten eine peinliche Lage überwinden helfen. So gutmütig bin ich nicht. (Heiterkeit.) Ich will die Verantwortung für das von mir erwartete Scheitern der Vorlage ruhig den Herren der Mehrheit überlassen. Sie werden nun meine verschiedene Stellungnahme darauf zurückführen, daß ich ja die Regierungsvorlage annehmen will, während Sie alles verwerfen. Aber principiell bin ich gegen Ihren Antrag. Ich bitte den Antrag Barth abzulehnen, den Antrag Hompesch aber anzunehmen.

Abg. **Singer** (Soc.):

Wir sind viel zu höflich, um den Antrag Hompesch abzulehnen. Wir wünschen aber auch die Annahme des Antrages Barth, weil wir Ihnen (rechts) **die Möglichkeit geben wollen, mit den unnützen Reden hier aufzuhören.** Sie scheinen nun freilich die Absicht zu haben, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen, deshalb wünschen Sie die Weiterberatung. Sie scheinen beweisen zu wollen, daß Sie, nachdem der Reichskanzler wiederholt sein „Unannehmbar" verkündet hat, **auch anders können.** (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Es ist aber nicht so sehr Rücksicht auf Sie,

die uns den Antrag unterstützen läßt, sondern Rücksicht auf uns, weil wir es für eine Herabwürdigung halten, hier weiter zu beraten, da nichts zu stande kommen kann, wenn wir annehmen, daß wir es hier mit Männern zu thun haben, die gewöhnt sind, ihr einmal gegebenes Wort zu halten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten, Unruhe rechts.) **Graf von Limburg** sprach von der Obstruktion der Linken. Das Wort nimmt sich komisch aus im Munde eines Mannes, dessen Freunde sich als **Meister der Obstruktion** erwiesen haben bei der Kanalvorlage. (Sehr gut! links.)

Präsident Graf **Ballestrem**:

Die Kanalvorlage kommt sicher nicht auf die Tagesordnung. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Singer** (fortfahrend):

Nach dieser Ihrer Vergangenheit dürfen Sie sich hier wirklich nicht als Mentor für die Selbstachtung und Würde des Parlaments aufspielen. Sind es doch auch Ihre Freunde, Herr Graf, welche **wegen eines Fünfzigpfennigstücks die Throne krachen lassen** wollen. Es ist auch eine Thatsache, daß dieser Artikel in einer Zeitung, die einem Mitgliede der konservativen Partei sehr nahe steht, mit großer Freude begrüßt worden ist. Sie, Herr Graf, sollten wirklich an das Sprichwort denken: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wenn es eine Partei giebt, die ihren Monarchismus, ihren **Patriotismus nach Geldinteressen** abwägt, so ist es die konservative Partei. Herr Graf, auf dies Gebiet hätten Sie die Diskussion nicht hinüberspielen sollen. Dr. Sattler hat nun auf den Fürsten Bismarck Bezug genommen und von ihm gesagt, daß er immer eine Quittung über seine Vorschläge haben wollte. Fürst Bismarck aber hat sich oft schon mit der Quittung in der zweiten Lesung begnügt. Ich erinnere an die Militärvorlage. Wenn Sie aber wirklich Bismarcks Schüler sein wollen, dann sollten Sie sich etwas von seiner Charakterstärke und seinem Selbstbewußtsein aneignen. **Fürst Bismarck würde sich den Schlag ins Gesicht nicht haben gefallen lassen**, den der jetzige Reichskanzler durch die Abstimmungen über die Getreide- und Viehzölle erhalten hat. In jedem konstitutionellen Staat gäbe es nach dieser Abstimmung nur zwei Möglichkeiten: **entweder das Scheiden des Reichskanzlers aus dem Amt** (Sehr richtig! links) **oder die Auflösung des Reichstags.** Wir wollen hier nicht dem bloßen Kuhhandel zu Liebe anwesend sein und reden müssen. Wir haben mit dem Antrage unser Gewissen salviert (Heiterkeit), wir wollen Ihnen (rechts) die letzte Möglichkeit nehmen, zu sagen, daß wir die Verhandlungen verschleppen. (Sehr richtig! links.) Sie sehen, wir haben also nicht nur Achtung vor unsrer Zeit, sondern auch vor Ihrer. Sie können später wirklich nicht mehr mit der Behauptung kommen, daß wir schuld sind an der Verschleppung dieser Beratung. Bei jeder andren Verhandlung würden Sie die Beratung abbrechen. Nur beim Zolltarif nicht, **weil es sich hier um Ihre materiellen Vorteile handelt.** (Bravo! links. Lärm rechts.) Wir haben keinen Vorteil von diesem Zolltarif. Wenn Graf Limburg-Stirum von der Ausnutzung politischer Rechte spricht, so nutzen wir sie aus, um das Volk vor Schaden zu bewahren. Etwas Andres ist es aber bei Ihnen, **Sie nutzen Ihre politische Macht für eine Gesetzgebung aus, die Ihnen selbst die Taschen füllt. (Lebhaftes Bravo! links. Großer Lärm rechts. Rufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Ruf rechts: Elender Wicht! Erneutes Bravo! links.)**

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend):

Ich rufe Sie wegen des Ausdrucks, daß jemand seine politische Stellung ausnutze, um sich die Taschen zu füllen, **zur Ordnung.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (fortfahrend):

Wenn Sie unsern Antrag ablehnen, werden wir selbstverständlich nach wie vor unsre Pflicht erfüllen. Der Antrag ist nicht deswegen gestellt, weil wir daran dächten, in dieser Pflicht zu erlahmen. Sie werden uns auf dem Platze finden, und wir werden, ohne daß wir zu irgend einem Mittel greifen, die Ihnen auch nur im entferntesten das Recht geben, von einem Mißbrauch der Geschäftsordnung zu sprechen, alles thun, um unser Ziel zu erreichen, d. h. **das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern.** (Ruf rechts: **Aha! Da haben wir's!**) Ihr heutiger Beschluß kann daran nichts ändern. Aber Sie werden durch den Beschluß, den Sie wahrscheinlich fassen werden, beweisen, daß Sie schließlich **verzichten** werden auf das, **was Sie in feierlichster Weise versichert haben.** (Sehr wahr! links.) Sie haben sich die Thür selbst verschlossen; aber Sie wünschen sie wieder aufzumachen und sich unter das kaudinische Joch der Regierung zu beugen. Wir werden unsre Pflicht nach wie vor thun, und wir werden ja sehen, **wer von uns es am längsten aushält.** (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Barth**:

Graf Limburg-Stirum hat uns hier moralische Vorlesungen halten zu sollen geglaubt. Ein für allemal will ich dem Grafen Limburg erwidern, daß er am wenigsten bei uns auf der Linken ein solches Ansehen genießt, daß **irgend welche Censur von ihm auf uns auch nur den allergeringsten Eindruck machen könnte.** (Bravo! links.) Sachlich habe ich zu erklären: es kommt bei einem Antrag nicht darauf an, wer ihn stellt, sondern welche Bedeutung der Antrag hat. Die Tendenz meines Antrages ist, das Ansehen des Parlaments nicht vermindern zu lassen. Das ist keine spezifische Partei-Angelegenheit, sondern **eine Angelegenheit des ganzen Reichstages.** (Sehr richtig! links.) Dies Ansehen kann nicht tiefer untergraben werden, als wenn wir mit sehenden Augen in die Weiterberatung einer weitschichtigen Vorlage eintreten, die nie zu einem Resultate führen kann, es sei denn, daß die feierlichen Beteuerungen der Mehrheit oder der Regierung ins Gegenteil verkehrt werden. (Bravo! links.) Nachdem man sich so feierlich festgelegt hat, sollte man der Welt dieses Schauspiel nicht bieten. Bisher hat die Linke von den Mitteln, die ihr die Geschäftsordnung in die Hand giebt, nur in sehr bescheidenem Umfange Gebrauch gemacht. (Oho! rechts.) Bei der Beratung der Viehzölle war drei Tage lang kein beschlußfähiges Haus vorhanden. Die Linke hätte da ohne weiteres die Vertagung durchsetzen können. Wir haben es nicht gethan, um nicht den Eindruck der Chikane zu erwecken. (Sehr richtig! links.) Aber in Kehraus-Stimmung lassen wir diese Vorlage auch nicht erledigen. Hegen Sie nicht die trügerische Hoffnung, daß Sie uns ermüden werden. (Sehr richtig! links.) Viel wahrscheinlicher ist, daß Sie nicht einmal für ein beschlußfähiges Haus sorgen können. Und dies würde auch nicht zur Hebung der Würde des Reichstages beitragen. (Bravo! links.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Meine politischen Freunde haben selbstverständlich auch nur den einen Wunsch, daß diese Vorlage so bald wie möglich verschwände resp. zurückgezogen werde. Nachdem ein solcher Antrag gestellt ist, entspricht es daher nur unsrer gesamten Haltung, wenn wir demselben zustimmen. (Bravo! bei der freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Dr. **Spahn** (C.):

Ich glaube, die Rechte des Reichstages werden unbeirrt der Ausführungen der Herren Barth und Singer gerade dadurch gewahrt, daß wir die Vorlage durchberaten. Die materiellen Interessen sind allerdings bei diesem Gesetzentwurf hervorragend beteiligt, aber es sind die materiellen Interessen des ganzen deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall im Centrum, große Unruhe links.) Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, daß diese seine Interessen von uns vertreten werden und zu erfahren, ob die verbündeten Regierungen mit dieser Vorlage zum Ziel kommen oder ob die Vorlage von der Mehrheit des Reichstags schließlich abgelehnt wird. Wenn es sich herausstellt, daß der Reichstag die Vorlage ablehnt, so muß ein andrer Boden der Verständigung gesucht werden. Darauf aber, daß wir diese Vorlage zu Ende beraten, hat das deutsche Volk einen Anspruch. (Bravo! im Centrum.)

In persönlicher Bemerkung bestreitet

Abg. **Gamp** (Rp.) gegenüber dem Abg. Sattler, daß er bei der Beratung der Viehzölle angedeutet habe, daß seine Freunde bereit wären, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen.

Hierauf wird unter **Ablehnung** des Antrages **Barth** der Antrag **Hompesch** (C.) angenommen und die Weiterberatung vertagt auf **Dienstag 12 Uhr.**

Schluß 7¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Abg. Bassermann hat schon seit einigen Tagen an den Verhandlungen des Reichstags nicht mehr teilgenommen. Es ist dem nationalliberalen Führer ärztlich geraten worden, den parlamentarischen Kämpfen einige Zeit fernzubleiben, da sich bei ihm plötzlich die Anzeichen einer Herzaffektion bemerkbar gemacht haben.

Der Centrums-Abgeordnete Brandenburg ist gestorben. Er ist seit 1891 Mitglied des Reichstags, in den er als Nachfolger Windthorsts für den dritten Hannoverschen Wahlkreis Meppen-Lingen-Bentheim gewählt worden ist. Er ist im Jahre 1834 in Osnabrück geboren und Amtsgerichtsrat in Versenbrück. Dem preußischen Landtag gehört er seit dem Jahre 1883 an. Er war Mitglied der Wahlprüfungskommission und als Redner trat er im Reichstag meist nur in Wahlprüfungs-Angelegenheiten auf.

Partei-Nachrichten.

Genosse Albert Schmidt ist gestern ½1 Uhr aus dem Gefängnis, in dem er drei Jahre zugebracht, entlassen worden. Wie uns aus Halle telegraphisch mitgeteilt wird, hat Genosse Schmidt die Strafe verhältnismäßig gut überstanden. An den Thoren des Gefängnisses wurde er von seiner Frau, von Magdeburger, Hallenser und Genossen andrer Orte begrüßt und trat nach einem Spaziergang an der Saale gegen 6 Uhr die Heimreise nach Magdeburg an.

Zur Wahlagitation. Auf dem Parteitage für das westliche Westfalen wurde beschlossen: Von dem Zeitpunkt der Ausschreibung der Wahl an bis zur Beendigung der Stichwahlen wird für die Wahlkreise Arnsberg, Hamm, Recklinghausen, Dortmund und Bochum ein wöchentlich einmal erscheinender „Reichstagswähler" herausgegeben.

Als Reichstagskandidat für Lübeck wurde der Genosse Theodor Schwartz von einer Parteiversammlung einstimmig wieder aufgestellt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit Revolvern bewaffnet empfingen zwei Brüder, Inhaber eines in letzter Zeit öfter genannten Glasergeschäfts einige Streikbrecher, die ihnen von einem Verwandten aus Offenburg in Baden hierher gesandt worden sind. Einer der Streikbrecher wurde in der Wohnung des Meisters einquartiert, um ihn vor jeder Berührung mit seinen streikenden Berufsgenossen zu bewahren, die man ihm jedenfalls — darauf läßt schon die Bewaffnung der Meister schließen — als eine Horde von Räubern geschildert hat. Wenn der Mann trotz aller Vorsichtsmaßregeln seiner Arbeitgeber die Streikenden kennen lernt, wird er sich überzeugen, daß die Revolverspielereien recht überflüssig sind.

Der Karlsruher „Volksfreund" teilt mit, daß Vitalli in Offenburg mehrere Streikbrecher zu Vitalli in Berlin geschickt habe, die jedoch ausdrücklich von dem Offenburger Meister darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß die Bleiglaser in Berlin streiken. Es handelt sich also um indifferente Leute, die in Berlin hoffentlich lernen, daß Solidarität eine hohe Tugend für jeden Arbeiter ist.

Verband der Bäcker. Sonntag tagte in Berlin die Gaukonferenz für den Gau 1 des deutschen Bäckerverbandes. Der Gau umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen. Letztere Provinzen kommen nicht in Betracht, da dort die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat. Vertreten waren die Orte Berlin, Stettin und Forst. Den Thätigkeitsbericht gab der Gauvorsitzende Hetzschold, den Kassenbericht erstattete Barth. Leider ist es im Gau sehr schwer, neue Zahlstellen zu gründen, es ist dies in Fürstenwalde, Köpenick, Rathenow und Luckenwalde versucht worden. Aus Berlin ist zu berichten, daß sich die Mitgliederzahl vervierfacht hat, während die übrigen Zahlstellen keine Fortschritte zu verzeichnen haben. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 748,08 M., eine Ausgabe von 730,30 M. auf. Der Kassenbestand ist 17,78 M. Hetzschold referierte über die weitere Agitation und Barth über: „Unsre Stellung zu den Konsumgenossenschaften". Es gelangten schließlich drei Resolutionen zur Annahme; die erste bezieht sich auf die Agitation, die zweite wendet sich gegen die übergroße Lehrlingszüchterei im Bäckerberufe, während die dritte unsre Stellung zu den Konsumgenossenschaften präcisiert. Die Zahl der organisierten Kollegen im Gau beträgt 600. Leider hapert es vielfach mit der Zahlung der Beiträge. Der Vertreter des Hauptvorstandes, Kretschmer, erklärte sich im großen und ganzen mit den erzielten Resultaten zufrieden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich ein Anwachsen der Mitgliederzahl wohl erst nach der wirtschaftlichen Krise, eventuell bei Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung zeigen wird. Als Vorort für den Gau wurde Berlin, als Gauvorsitzender Hetzschold wiedergewählt.

Die Firma G. A. Schultze, Schönebergerstraße 4, ersucht uns, zu unsrer gestrigen Mitteilung von dem Ausstande der Uhrmacher und Mechaniker bei dieser Firma folgendes zu berichtigen:

Es ist nicht wahr, daß die Löhne in meiner Werkstatt 16 bis 18 M. betragen. Ein Lohn von 16 M. ist meinerseits niemals gezahlt worden. Von den 16 in Ausstand getretenen Mechanikern erhielten vier, die erst kurze Zeit ausgelernt haben, einen Lohn von 18 M. Die übrigen erhielten 21—27 M. pro Woche. In Accord verdienten dieselben jedoch weit über ihren Lohnsatz, ca. 30—40 M. pro Woche und noch darüber, was durch die Lohnlisten jederzeit nachgewiesen werden kann.

Der Streik in der optischen Industrie in Rathenow scheint bald beendet zu sein. Die dem Metallarbeiter-Verband angehörenden Streikenden haben Verhandlungen zum Zweck der Wiederaufnahme der Arbeit mit der Firma Ritsche u. Günther angebahnt. Sie sind hierzu veranlaßt worden durch das Vorgehen der Gewerkvereinler, welches die Hoffnung auf eine den Ausständigen günstige Beendigung des Streiks endgültig beseitigte.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Die Fabrikanten wollen, wie bekannt ist, von einer Einigung, ja nicht einmal von Verhandlungen mit den Streikenden etwas wissen. Die Löhne, welche die Fabrikanten diktieren, sollen gelten und das alte Verhältnis, bei dem die Weber, wenn sie ein Stück in Arbeit haben, noch nicht wissen, wie hoch oder richtiger wie niedrig ihr Verdienst sein wird, soll bestehen bleiben. Wie bei jedem Streik, so kann man auch bei diesem Lohnkampf das bekannte Klagelied der Unternehmer hören: Wir können nicht mehr bewilligen, die Industrie müßte zu Grunde gehen, wenn wir die Löhne erhöhen. — Ein auf diesen Ton gestimmter Klageruf aus Fabrikantenkreisen ist auch durch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" verbreitet worden. Als Antwort darauf schreibt ein Fabrikant der Textilbranche dem genannten Blatte folgendes:

Ihr Berichterstatter mag es sehr gut meinen, er scheint aber nicht selbst in der Branche beschäftigt zu sein, sonst würde sein Bericht anders lauten. Ich bin selbst Fabrikant und lache, wenn es heißt: „die Fabrikanten seien bei Zahlung noch höherer Löhne in ihrer Existenz gefährdet, schlimmstenfalls würden sie ihre Betriebe lieber ganz schließen". Wer in unsrer Branche arbeitet, weiß auch ganz genau, daß es ganz gleichgültig ist, ob eine Ware 105 oder 110 Pfennig per Meter kostet, dagegen ist es gewissen Fabrikanten nicht gleichgültig, wenn sie an einen festen Lohntarif gebunden sind. Denn dadurch sind sie gebunden, festgelegte Löhne zahlen zu müssen, damit hört der Wucher auf, Geschäfte auf Rechnung der Löhne zu machen und andern Fabrikanten, die ordnungsgemäße Löhne zahlen, Orders aus den Zähnen zu reißen. Warum sind es denn nur gewisse Firmen, welche in kurzer Zeit viele Hunderttausende zusammenschlagen? Weil es eben nicht jeder fertig bringt, über Leichen zu wandeln. Unsre Arbeiter hier sind friedfertig und bescheiden; gebt ihnen so viel, daß sie wie Menschen leben können, es wird dann Zufriedenheit herrschen und die Stadt wird blühen und gedeihen, was schon seit vielen Jahren nicht mehr wahrzunehmen ist, man braucht als Beweis nur die Einwohnerzahl zu verfolgen.

In Vorstehendem bestätigt also ein Fabrikant, was die Arbeiter schon von Anfang der Bewegung an gesagt haben, nämlich daß die geringen Forderungen, welche die Weber stellen, und die nicht einmal eine Lohnerhöhung, sondern nur eine Zurücknahme der Lohnherabsetzungen bedeuten, ohne den geringsten Schaden für das reelle Geschäft bewilligt werden können, daß aber die Fabrikanten nicht bewilligen wollen, um einen Zustand aufrecht zu erhalten, der ihnen die rücksichtsloseste Konkurrenz auf Kosten der ohnehin schon in den elendesten Verhältnissen lebenden Arbeiter gestattet. So ist es nicht nur in Meerane, sondern auch in andren Orten, und so ziemlich bei allen Lohnbewegungen. Die Staatsgewalt aber fühlt sich berufen, solche unverschämten Ausbeuter zu schützen und ihre Machtmittel gegen die streikenden Arbeiter anzuwenden.

Die Aussperrung der Metallarbeiter bei Steinfeldt und Blasberg in Hannover ist beendet. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen kam zwischen der Firma und den Ausgesperrten eine Einigung zu stande. Von seiten des Metallarbeiter-Verbandes ist die Sperre über die Fabrik aufgehoben.

Ausland.

Kongreß der französischen Postarbeiter. Paris, 27. Oktober. (Eig. Ber.) Die französischen Postarbeiter, die ebenso gewerkschaftlich organisiert sind, wie die Angestellten des Post- und Telegraphenamtes, hielten dieser Tage ihren Kongreß in Paris ab. 83 Departements entsandten 53 Delegierte, darunter 25 aus Paris. Gleich am ersten Verhandlungstage ließ der Unterstaats-Sekretär für das Post- und Telegraphenwesen, der linksradikale Abg Bérard, dem Kongreß auf dessen Zuschrift antworten, daß ⅔ der zeitweilig angestellten Hilfsarbeiter auch fernerhin beschäftigt bleiben werden. Weiter gab er der Delegation, die ihm, wie auf solchen Kongressen üblich, die Kongreßbeschlüsse überbrachte, das formelle Versprechen, zehntägige Ferien im Jahre einzuführen. Der Kongreß hatte allerdings 15 Tage Ferien verlangt. Der Unterstaatssekretär versprach fernerhin, die Verbesserung der Alterspensionen in Erwägung zu ziehen. Es handelt sich nach dem Wunsche des Kongresses um ein Pensionsminimum von 600 Fr. für alle Arbeiter und um ein solches von 1200 Fr. für die Arbeiter, die während 25 Jahren Beiträge in die Pensionskasse geleistet haben. Von den sonstigen Beschlüssen seien hervorgehoben: Ausdehnung des Achtstundentages auf alle Postarbeiter der Provinz, Lohnminimum von 5 Fr. täglich, Ernennung von Werkführern und Werkstätten-Chefs ausschließlich aus den Reihen der Arbeiter, Verbesserung des Beförderungswesens, Beseitigung des Vorrechts der ausgedienten militärischen Kapitulanten auf das Aufseheramt, Wiederanstellung der Arbeiter nach Rückkehr aus dem Militärdienst in ihrem früheren Posten u. a. m.

Eine Aussperrung der Vergolder haben die Unternehmer dieser Industrie in Brüssel vorgenommen. Die Vergolder hatten gestreikt und waren der Aufforderung, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, nicht gefolgt.

Der Streik der Textilarbeiter von Roanne geht zu Ende; die meisten der Streikenden gehen in die Fabriken und unterhandeln mit den einzelnen Unternehmern. Die Freigabe des Sonnabendnachmittag ist seitens der Unternehmer zugestanden worden.

In der Humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule hält am Sonntag, vormittags 10½ Uhr, Herr Dr. Rudolf Penzig einen Vortrag über: „Ritterlichkeit und Mutterlichkeit". Hierauf Vorstandssitzung. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Vegetarier-Vereinigung. Heute Diskussionsabend. Referat: „Sind die vegetarischen Speisehäuser Berlins reformbedürftig?" Bücherwechsel. Herr Kreiselmeier spricht. Gäste herzlich willkommen.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 29. d. M., starb unser Freund

Fritz Petsch

der Rendant der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins. Da derselbe seinem Amt als Rendant 23 Jahre treu und gewissenhaft vorgestanden hat, so werden wir ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wienerstraße 16, aus statt.

Um rege Teilnahme bittet

276/2 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

Heinrich Diederichs

am 28. Oktober plötzlich verstorben ist. In tiefster Betrübnis

Marie Diederichs nebst Tochter,
Carl Diederichs und Frau.

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde, Nordend-Rieder-Schönhausen, aus statt. 55122

Julius Fischer, Boeckhstr. 7,

empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung" mit Lotterieliste liegt aus. 53092*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Arbeiter-Radfahrerver. „Berlin".

Sonntag ½2 Uhr:

Karow-Buch. Prenzlauer Thor.

Donnerstag: Versammlung bei **Merkowski,** Andreasstr. 26.

Herren-Kragen,

— reinleinen, garantiert 4fach. —

verschiedene Façons in allen Weiten,

Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.

— Geschlossene Kragen —

per Dutzend 3 Mk. und **3 Mk. 50 Pfg.**

Manschetten, Prima, garant. 4fach

½ Dutzend 1.80 Mk.,

Oberhemden, Serviteurs, Kravatten, in größter Auswahl, Tricotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen.

Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

5 Pfund verschiedene **Wurst** liefert für **3 M. 35**

Fritz Odebrecht, Neanderstr. 27.

Billigstes Wurst-Specialgeschäft.

!!! Spottbillig !!!

Anzugstoff-Reste

Hosen- u. Winterpaletot-Reste, Reste auch für 26875*
Damen-Paletots u. Kostüme.

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland,

Berlin, Rosestr. 2.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 2. November, im **grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:**

Schiller-Abend.

Kammermusik. — Festrede. — Recitationen. — Gesang.

Mitwirkende: **Robert Erben** (Flügel), **Max Heinecke** (Violine), **Albrecht Löffler** (Cello), **Sofie Luchesi** (Gesang), **Max Schütte** (Festrede), **Friedrich Moest,** Recitation.

Entree 50 Pf. inkl. Programm und Garderobe.

Eröffnung 6 Uhr. Pünktliches Erscheinen geboten. Beginn 7 Uhr.

Jede Störung muss vermieden werden. Die Saalthüren bleiben geschlossen. **Rauchen nicht gestattet.**

— Nachher: **Tanz.** —

Billets sind zu haben in der Schule, bei Horsch, Engel-Ufer 15, Gottfr. Schulz, am Kottbuser Thor, Reul, Barnimstrasse 42, Vogel, Demminerstr. 32, Krause, Müllerstr. 7a, sowie an der Kasse. 5/9

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Ecke Neue Friedrichstrasse direct am Bahnhof Alexanderplatz **33 Königstrasse 33** Ecke Neue Friedrichstrasse direct am Bahnhof Alexanderplatz

Wir kauften aus einem der grössten

Confections-Häuser Deutschlands

über

2500 Stück Costüm-Röcke

nur diesjährige Herbst-Neuheiten aus reinwollenen Tuchen, Zybelines, Homespunes, schwarz-weiss englischen Stoffen, Lastings, Cheviots, Alpaccas, Creps, eleganteste und chiceste Machart, welche einen regulären Verkaufspreis von ca.

35,000 Mark

repräsentiren, und bringen solche, für den dritten Teil des Wertes in 7 Serien zum Verkauf.

Serie I	II	III	IV	V	VI	VII
1 95 Mk.	2 45 Mk.	3 75 Mk.	4 95 Mk.	5 95 Mk.	8 75 Mk.	10 50 Mk.

36 Mark elegante **Winter-Paletots, 30 Mark** hochfeine **Herren-Anzüge, 12 Mark** schwere **Winter-Beinkleider.** Guter Stoff, tadelloser Sitz. **14. Krausenstr. 14.** 1 Treppe. Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Treppe. *

Herren-Moden elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. **J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,** am Alexanderplatz. [54142*

Lehrstätte „Königstadt". Volkshochschule Humboldt-Akademie NO., Elisabethstr. 57/58, Realgymnasium. Eröffnung des IV. Quartals morgen Sonnabend, abends 7 Uhr präcise. Ansprache Dr. M. Runze, Vorträge 7½—8. Philosophie und Christentum, 8½—9. Deutsche Dichter als Religionsphilosophen, 9½—10. Dr. L. Hirschberg: Rob. Schumanns Gesangswerke (m. gesangl. Erl.). 5 volkstümliche Vortragsreihen, Stünd. zu 50 Pf., Musik 1 M. Vorträge für Männer und Frauen frei. Programm gratis im Bureau, Th. Fröhlichs Buchhandlung, Landsbergerstr. 32.

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort, das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.** Hauptdepot in **Berlin** (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße. **Greif-Apotheke,** Barnimstraße 33. — **München: Schützen-Apotheke.** — **Stuttgart: Hirsch-Apotheke.** — **Breslau: Victoria-Apotheke.** 46921.*

Zähne 2 M. 10 Jahre Gar. Tektg. wöchentl. 1 M. **Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M.** Plomben 1,50 M. Umarbeit. schlecht sitzender Gebisse. Reparatur sofort. **Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130 (Haus Schaarwächter)** Sprechst. 9—7 Uhr.

Oderbrucher Fett-Gänse Pfd. 60–65 Pf. **Geflügel** stets frisch geschlachtet. **G. Paulat,** Markthalle Vineta-platz, **Stand 8–10.** *

Rote Lose. Ziehung 13.—18. Dezember 1902. Hauptgew.: **100 000, 50 000** M. bar etc. **Lose 3,50 M.** Porto und Liste extra 30 Pf. 55062* **J. Racher,** Haupt-Kollekteur, **Mainz.**

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfundd ose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme. **E. Reil, Nordloh,** Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46,** versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf., sibirische Halbdaunen d. Pfd. M. 1,25, bessere Halbdaunen d. Pfd. M. 1,75, vorzügliche Daunen d. Pfd. M. 2,85. — Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächstein Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69. bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Sichere Existenz. Verkaufe sofort gutgehende Tischlerei nebst Cigarrengeschäft. Einkommen 3000 Mark. Matho, Grunewald, Fontanestraße 4.

Baustellen, Vorort, guter Boden, unweit Bahnhof, 6—8 Mark die Rute. Bauschloß, Zepernick. 27945*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 13738*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige zurückgesetzte Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Nowkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [12748*

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Matzstoffen herrührend, 18—33 Mark, Beinkleider 7—10 Mark, Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 13078*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoirs, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 45/9*

Papageienswahl, junge sprechbegierige 25,00, Kanarienroller, Hohltourer, 4,00 an. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 29411b

Kanarienhähne in allen Preislagen verkauft Krebs, Groß-Züchterei, Köpnickerstraße 154a, 4 Treppen. †113

Blusen. Täglich Eingang von Reisemustern in Wolle und Seide, neueste Façons, spottbillig, Leipzigerstraße 112 II. 13758*

Damenkonfektion. Jacketts, Paletots, Kostüme, Röcke, Reisemuster, neueste Façons, staunend billig, Leipzigerstraße 112 II. 13766*

Reste spottbillig. Tuchlager Rosstraße 2, Koch u. Seeland. 17755b*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße. 13371*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 45/9*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Wringmaschinen auf Abzahlung ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 13528*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 13539.*

Nähmaschinen, Fahrräder, gebrauchte, spottbillig. Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 97b*

Nähmaschinen! Zahle bis 10 Mark, wer eine Nähmaschine auf Teilzahlung kauft. Sämtliche Systeme. Postkarte erbeten. Brauser, Warschauerstraße 64. 1306*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13398*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Kanarienroller 4,00, Zuchtweibchen 75, Vorschläger 8,00 Neanderstraße 7. 45/14*

Ein neuer zweiräderiger Wagen zu verkaufen, 25 Mark. Gerichtstraße 23, Koglenplatz. †73

Paneelsofa 48,00, Garnitur, Bettstellen, Ruhebett, alles wie neu, sofort verkäuflich Friedrichstraße 131 D, vorn IV links. 76/20

Quadrat-Meter 30 Pfennig an Vorortbaustellen, Wald, Wasser, Anzahlung ½, Auskunft mündlich Mühlenstraße 67a, I rechts. †14

Zum Stiftungsfest. Gehrockanzüge 27, 30, 36, 40, 45 Mark. Maßanzüge von 25 bis 120 Mark, empfiehlt die Centrale für Herren- und Knabenbekleidung, Turmstraße 85. Filiale Winterfeldtstraße 7. Fracks und Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Lieferant des Sparvereins Nordwest.

Verschiedenes.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzer, Stegliterstraße 65. 25875*

Rechtsbureau Fabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 90b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Jakl, Brunnenstraße vierzig. 75b

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 13328*

Kunstopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrrad kauft Rahlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Leihhaus H. Graf, Beuthstraße 5, Coulanz. Diskretion. Reellität. Einrichtung für Einzelbedienung. [*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Saal mit Bühne, 120 Personen fassend, jederzeit zu vergeben Schwedterstraße 23/24. 13618*

Saal, Vereinsräume zu Versammlungen und Sitzungen noch frei Inselstraße 10. Jannaschk. 12598*

Größeres Vereinszimmer mit Pianino, noch Tage zu vergeben, Ballisadenstraße 24. 42/5*

Vereinszimmer, Saal mit Bühne vergiebt Franke, Sebastianstraße 39.

Vereinszimmer Lenz, Alte Jakobstraße 69. 12788*

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 12629*

Vereinszimmer zu vergeben Hasenheide 11. 1130*

75 Pfennige! Strafaufschub, Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Allerbilligst Schanksachen, Militärsachen, Kaufverträge, Gerichtsklagen, Gnadengesuche. Wulkows Rechtsbureau, Stalitzerstraße 141.

Vermietungen.

Zimmer.

Teilnehmer möbliertem Zimmer, 12,00. Wasserthorstraße 66, II links.

Möbliertes Zimmer, Herrn, Koppenstraße 18, I rechts. †40*

Möbliertes Vorderzimmer, zweifenstrig, für 1—2 Herren. Ebertystraße 45, vorn II, Thomas. †10

10 Mark möbliertes Zimmer Dresdenerstraße 96, vorn IV, Schulze.

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn. Witwe Hohnwaldt, Naunynstraße 90, II.

Schlafstelle (Herrn) Kommandantenstraße 35, Hof II, Schenk. †80

Bessere Schlafstelle. Kottenau, Schönleinstraße 4. †13

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren bei Linke, Reinickendorferstraße 55, Hof parterre. †73

Möblierte Schlafstelle, separat, Herrn. Höchstestraße 18, Bergemann.

Ritterstraße 110, I, Schlafstelle, Herrn. Burdak. 1376

Möblierte Schlafstelle oder Zimmer, Kastanienallee 33, vorn II rechts.

Geschäfte verkauft, vermittelt Wulkow, Stalitzerstraße 141. 1435b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Allerorts Nebenverdienst für jedermann. Prospekte gratis. Herm. Woll, Zwickau, Blücherstraße. 88b

Schwarzpolierer für Flächen sofort gesucht. Musikinstrumenten-Fabrik Bernau bei Berlin, Weinbergstraße 9.

Kistenmacher verlangt Eckert, Große Hamburgerstraße 20. 122/15

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Für eine wirklich solide Krankenkasse werden unter günstigen Bedingungen

Krankenkassen-Beamte

gesucht. Offerten unter **M. R.** Postamt 26. 55092*

Herren und Damen erhalten leichte gewinnbringende **Nebenbeschäftigung** gegen hohe Provision. 55089* Offerten unter **R.** Postamt 89.

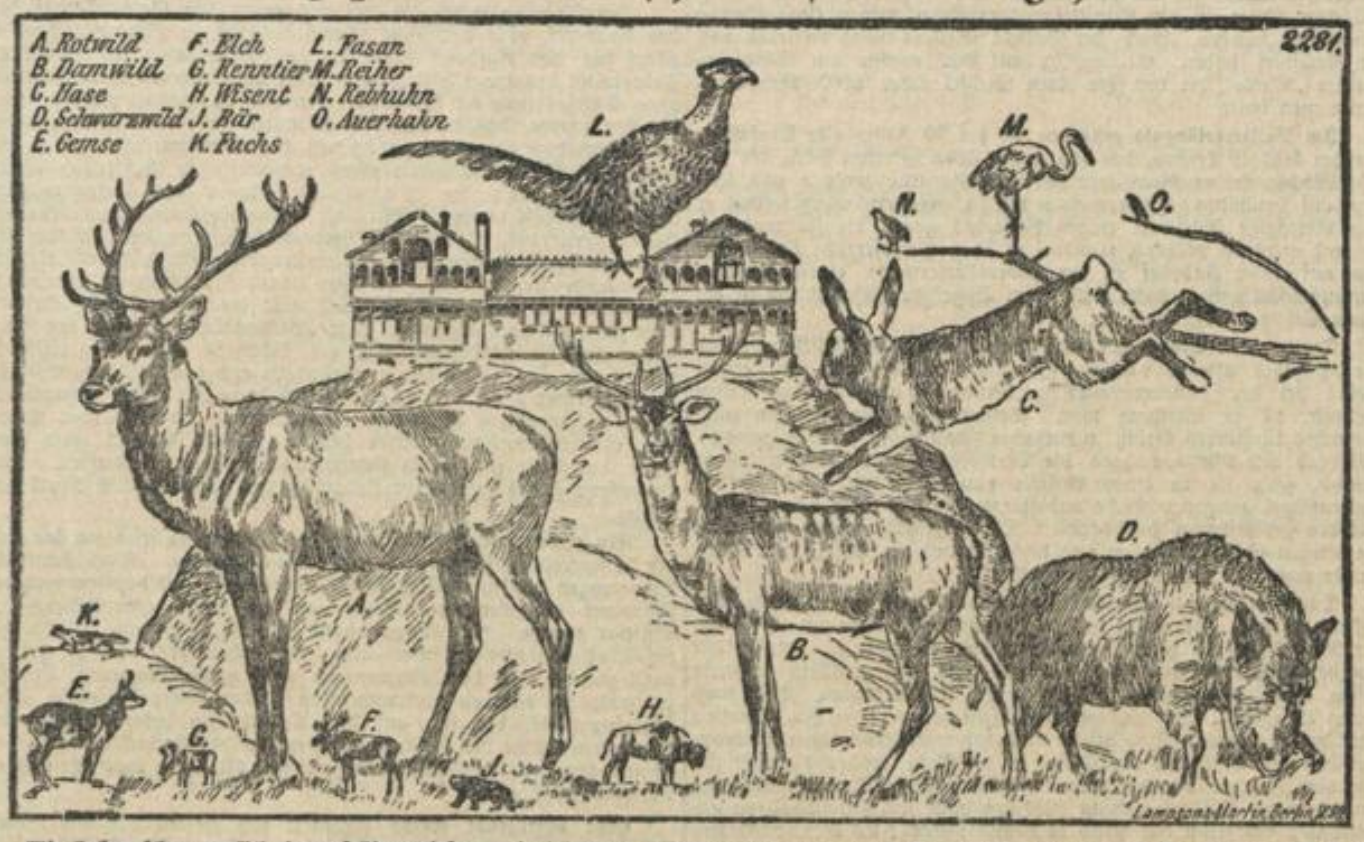
Achtung, Klavierarbeiter! Die Pianofabrik von **Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 155/156,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres gesperrt. 88/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Holzarbeiter! Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:
R. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Wehner, Stallschreiberstr. 58.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Tischler! Folgende Werkstätten sind gesperrt: **Zache,** Fruchtstr. 8. 188/6 **Warner,** Krautstr. 52 (Gewerbehof). **Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.**

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Jagdbeute des deutschen Kaisers in 30 Jahren.



Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, wieviel Wild der Kaiser in seiner nunmehr 30jährigen Jagdzeit zur Strecke gebracht hat. Die beistehende Zeichnung giebt darüber Aufschluß; es ist auf ihr die Anzahl der verschiedenen Wildarten durch entsprechend große Tiere dargestellt, deren Größe durch das im Hintergrund stehende Jagdschloß zu Rominten veranschaulicht wird. Im ganzen hat der Kaiser in den letzten 30 Jahren folgendes Wild erlegt: 1302 Rothirsche, 66 Rottiere, 1596 Damhirsche, 96 Damtiere, 2507 grobe Sauen, 316 geringe Sauen, 798 Rehböcke, 121 Gemsen, 17 881 Hasen, 1627 Kaninchen, 4 Wisentstiere, 7 Elche, 3 Renntiere, 3 Bären, 3 Dachse, 26 Füchse, 1 Baummarder, 84 Auerhähne, 24 Birkhähne, 18 891 Fasanen, 703 Rebhühner, 95 Grouse, 3 Schnepfen, 56 Enten, 826 Reiher und Kormorane, 473 Verschiedenes, 1 Wal, 1 Hecht, in Summa 47 448 Stück. Auf unserm Bild sind die Rehe mit in dem Hirschrepräsentanten, die Kaninchen in dem Hasenrepräsentanten, die Dachse und Baummarder in dem Fuchsrepräsentanten, die Birkhähne, Grouse, Schnepfen und Enten in dem Auerhahnrepräsentanten inbegriffen. Rechnet man von jeder Wildgattung das Durchschnittsgewicht eines Exemplars, so ergiebt dies für Hirsche von der kaiserlichen Jagdbeute ein Lebendgewicht von 205 200 Kilogramm, Damwild 109 200 Kilogramm, Rehe 5985 Kilogramm, Gemsen 907,5 Kilogramm, Hasen 35 762 Kilogramm, Kaninchen 24 405 Kilogramm, Wildschweine 494 025 Kilogramm, Bären 750 Kilogramm, Füchse rc. 150 Kilogramm, Elche 2100 Kilogramm, Renntiere 500 Kilogramm, Wisente 2000 Kilogramm. Für Geflügelwild ergiebt die Berechnung für die unter „Auerhähne“ aufgezählten Vögel ein Gesamtgewicht von 564 Kilogramm, Rebhühner 105,75 Kilogramm, Fasanen 28 336,50 Kilogramm, Reiher 2065 Kilogramm. Für alles dieses Wild zusammen erhalten wir ein Gesamtgewicht von 950 091,25 Kilogramm, welches zur einmaligen Speisung von 1 900 182 Personen, also ungefähr der Einwohnerzahl der Reichshauptstadt, hinreichte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zu den Stadtverordnetenwahlen

findet heute abend für den 4. Wahlbezirk bei Gründer, Schwerinstraße 13, eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Zubeil referieren wird.

Zum **4. Wahlbezirk** gehören folgende Stadtbezirke und Straßen:

31. Bellevuestr. 1—10 und 11a—22, Eichhornstr. 1—5 und 8—12, Königgrätzerstr. 1—12, Königin Augustastr. 6—16, Lennéstraße, Linkstr. 46, Margaretenstr. 9—11, Potsdamer Platz 1—2, Potsdamerstr. 1a, 1—23a und 124—141, Schellingstraße, Victoriastraße 21—23.

32. Bellevuestr. 11, Kemper Platz (südliche Seite), Königin Augustastr. 17—29, Margaretenstr. 1—8 und 12—20, Matthäikirchstraße, Regentenstraße ausschl. 11a, Sigismundstraße, Tiergartenstraße 1—9, Victoriastraße ausschl. 21—23.

33. Bendlerstraße, Hildebrandtsche Privatstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserin Augustastr. 54—69, Kemper-Platz (nördl. Seite), Königin Augustastr. 30—53a, Regentenstr. 11a, Tiergartenstr. 10—37, der südöstliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Hofjäger-Allee, einschl. dieser Allee und der Chaussee. Zu diesem Bezirk gehört das Gärtnergrundstück an der Großen Oster- und Bellevue-Allee.

34. Corneliusstraße, Drakestraße, Friedrich Wilhelmstraße, Herkules-Ufer, von der Heydtstraße, Hitzigstraße, Kaiserin Augustastraße 70—82, Lichtenstein-Allee, Rauchstraße, Stülerstraße, Tiergarten-Ufer, der südwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, mit Einschluß derselben, und im Osten von der Hofjäger-Allee, diese ausgeschlossen.

35. Burggrafenstraße, Garten-Ufer, Keithstraße, Kurfürstendamm 1—9 und 246—264, Kurfürstenstr. 72—96, Landgrafenstraße, Lützow-Ufer 20—39, Nürnbergerstr. 70 u. 71, Wichmannstr. 1—20. Zu diesem Bezirk gehören Zoologischer Garten und der Hippodrom (Wasserwerke) im Tiergarten.

36. Buchenstraße, Derfflingerstr. 2—29, Kurfürstenstr. 49—71, Lützow-Platz ausschl. 1, Maaßenstr. 1—4 u. 31—37, Schillstraße, Ulmenstraße, Wichmannstr. 21.

37. Derfflingerstr. 1 und 30, Dörnbergstraße, Genthinerstraße ausschl. 31, Kurfürstenstr. 47 u. 48, Lützow-Platz 1, Lützowstr. 33 bis 78, Lützow-Ufer 1—19b.

38. Genthinerstr. 31, Magdeburger Platz, Magdeburgerstr. 9 bis 27, Potsdamerstr. 35—48 u. 104—115a, Steglitzerstr. 25—63.

39. Blumeshof, Karlsbad 1, Lützowstr. 24—32 und 79—91a, Magdeburgerstr. 1—8 und 28—36, Potsdamerstr. 24—34, 116—120 und 122—123a, Schöneberger Ufer 26—48.

45. An der Apostelkirche, Frobenstr. 1—11 und 32—41, Kurfürstenstr. 29—46 u. 139—152, Potsdamerstr. 49—56 u. 97—103a, Zietenstr. 25—28.

46. Bülowstr. 8—26 u. 85—100, Frobenstr. 12—18 u. 21—23, Potsdamerstr. 57—67 u. 89—96b, Schwerinstr. 1—19, Zietenstr. 18 bis 24.

Socialdemokratischer Kandidat ist Dr. **Leo Arons**.

Der elfte Wahlbezirk umfaßt folgende Stadtbezirke:

80. Admiralstraße 1, Elisabeth-Ufer 14—26, Reichenbergerstraße 1—14 und 175—185, Skalitzerstraße 1—13 und 137—147a. 81. Dresdenerstraße 6—20 und 119—136, Elisabeth-Ufer 27 bis 36, Oranienplatz östlicher Teil, Oranienstr. 31—41 und 165a bis 175, Reichenbergerstr. 174. 82. Bethanien-Ufer 1—9, Elisabeth-Ufer 37—59, Naunynstr. 34—58, Waldemarstr. 24—46. 83. Adalbertstraße 18—23 und 67—85, Bethanien-Ufer 10 bis Ende, Mariannenplatz 1—6, Mariannenstr. 1, Naunynstr. 32—38 und 59—60, Waldemarstr. 23 und 47—61. 84. Mariannenstr. 2—7 und 47—50, Naunynstr. 16—31 und 61—90. 85. Heinrichsplatz, Mariannenstraße 7a—11 und 43—46, Oranienstr. 2—23a und 184—205, Skalitzerstr. 121. 86. Adalbertstr. 1—17 und 86—100, Dresdenerstraße 1—5, Oranienstr. 24—30 und 176—183.

Parteigenossen! Der plötzliche Tod unsres Genossen Metzner erfolgte **nach der diesjährigen Aufstellung** der Wählerlisten. Die große Mehrzahl der Wähler weiß daher nicht, ob ihr Name in der Wählerliste verzeichnet ist. Da festgestellt ist, daß die Namen einer Anzahl am 1. April d. J. zugezogener sowie am 1. Oktober d. J. verzogener Wähler nicht verzeichnet ist, so gilt es, doppelte Aufmerksamkeit auf die Listen zu richten und dafür zu sorgen, daß die eingezeichneten Wähler auch ihr Wahlrecht ausüben.

Socialdemokratischer Kandidat ist **Emil Voigt**, Naumannstraße 8.

Die Parteigenossen im elften Wahlbezirk werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten in der Parteispedition, Lausitzer Platz 14/15, eingesehen werden können. An die am ersten Oktober nach auswärts verzogenen sowie an die zur persönlichen Einsichtnahme verhinderten Wähler wird sofort auch schriftlicher Bescheid erteilt.

Waidmannslust-Borsigwalde. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet bei A. Kuhn-Waidmannslust die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Scheffler-Berlin einen Vortrag halten wird. Außerdem steht der Bericht von der Kreiskonferenz zur Tagesordnung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Kommunales.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats

erklärte sich in seiner Sitzung am Mittwochabend mit der Aufhebung des Regulativs für den Betrieb des Schornsteinfeger-Gewerbes im Stadtbezirk Berlin vom 16. November 1888 und dem Neu-Erlaß desselben durch den Bezirks-Ausschuß einverstanden.

Der Gauverband Großberlin des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes“ petitioniert um Erlaß eines Ortsstatuts, auf Grund dessen der Krankenversicherungszwang auf alle im Handelsgewerbe beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge ausgedehnt werden soll. — Die Gewerbe-Deputation hat bekanntlich bereits am 21. Dezember 1896 den Erlaß eines solchen Ortsstatuts beschlossen, welches leider die Zustimmung des Magistrats nicht gefunden hat.

In der Debatte über die vorliegende Petition sprachen sich sämtliche daran beteiligten Redner für den Erlaß eines Ortsstatuts aus. Einstimmig wurde beschlossen, dem Magistrat den von der Deputation im Jahre 1896 beschlossenen Entwurf eines Ortsstatuts wieder vorzulegen und um seine Zustimmung zu dem Statut zu ersuchen.

Der Kreisverein Berlin — Bezirk Centrum — des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat eine Resolution eingesandt über die Hauptforderungen für eine Socialreform im Handelsgewerbe. Unter andern wird der Achtuhr-Ladenschluß und das Verbot der Sonntagsarbeit in den Comptoiren und Engros-Geschäften gefordert. Die Diskussion über diese berechtigten Forderungen gestaltete sich recht lebhaft. Zuerst wurde über den Achtuhr-Ladenschluß debattiert.

Der Referent Stadtrat Dr. Weigert empfahl die Ablehnung der Wünsche der Petenten. Es seien erst zwei Jahre seit der gesetzlichen Einführung des Neunuhr-Ladenschlusses verflossen, unter dem besonders die kleinen Geschäftsleute sehr zu leiden hätten. In der Beschäftigung der Handlungsgehilfen bis neun Uhr abends könne er eine Ueberanstrengung des Ladenpersonals nicht finden. Wenn auch die Feierabendstunde für die Handlungsgehilfen später eintrete als für die gewerblichen Arbeiter, so sei doch die Beschäftigung der Handlungsgehilfen keine so intensive wie die der in Fabriken beschäftigten Arbeiter. Es läge, so führte der Referent weiter aus, auch im Interesse der Arbeiter, wenn die Geschäfte nicht um 8 Uhr geschlossen würden, da sie ja ihre Einkäufe meist erst nach Feierabend machen könnten. Die Frage der Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses sei noch nicht spruchreif und deshalb empfehle er, den Wünschen der Petenten nicht Folge zu geben.

Auch der Stadtv. Thieme hält die Zeit für ortsstatuterische Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses noch nicht für gekommen. Es stände ja den einzelnen Branchen der Gewerbetreibenden jetzt schon frei, ihre Geschäfte um 8 Uhr zu schließen; wenn sich zwei Drittel der Geschäftsleute einer bestimmten Branche für den Achtuhr-Ladenschluß entscheiden, so würde auch die Gewerbe-Deputation in diesem Sinne entscheiden, wie sie es ja bezüglich der Geschäfte der Lederbranche bereits gethan hat.

Stadtv. Goldschmidt erklärt, grundsätzlich für den Achtuhr-Ladenschluß zu sein. Die allgemeine Einführung desselben hält er jedoch noch für verfrüht. Vielleicht könnte in der Konfektionsbranche der Anfang gemacht werden. Er beantrage, daß die städtischen Behörden mit denen der Nachbargemeinden sich in Verbindung setzen, um ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit nach Anhörung der Beteiligten zu ermöglichen.

Bürger-Deputierter Tutzauer hält die Gründe, welche gegen den Achtuhr-Ladenschluß vorgebracht wurden, für nicht stichhaltig. Als die Läden um 9 Uhr geschlossen werden mußten, hätte man auch gejammert und vielfach den sicheren Ruin der kleinen Geschäftsleute prophezeit. Man habe sich aber daran gewöhnt und vielfach sei ihm von Geschäftsleuten versichert worden, daß sie die alten Zustände, wie sie vor dem Neunuhr-Ladenschluß und dem Schließen der Geschäfte an den Sonntagnachmittagen bestanden haben, nicht wieder herbeisehnten. Ebenso würde es sich mit dem Achtuhr-Ladenschluß verhalten. Die Ansicht des Referenten, daß es im Interesse der Arbeiter liege, wenn die Geschäfte nicht um 8 Uhr geschlossen würden, sei eine irrige. Das ginge schon daraus hervor, daß die Berliner Arbeiter, welche sich zur Bildung von Konsumgenossenschaften vereinigt haben, in ihren eignen Geschäften den Achtuhr-Ladenschluß schon seit Jahren eingeführt haben und auch an den Sonntagen ihre Geschäfte gänzlich schließen. Die Forderung der Petenten sei eine durchaus berechtigte und deshalb beantrage er, schon jetzt die geeigneten Schritte zur baldigen Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses zu thun, nicht aber auf Anträge der selbständigen Gewerbetreibenden zu warten. — Der Antrag Tutzauer wurde gegen zwei Stimmen (Tutzauer, Basner) abgelehnt; ebenso auch der Antrag Goldschmidt.

Die Gewerbe-Deputation hat also die Petition, soweit sie den Achtuhr-Ladenschluß betrifft, in den Papierkorb geworfen.

Zum zweiten Teil der Petition, Einführung der Sonntagsruhe in den Comptoiren und Engrosgeschäften hatte ebenfalls Stadtrat Dr. Weigert das Referat übernommen. Auch hier empfahl er, die Forderung der Petenten abzulehnen. Die Sonntagsarbeit betrage vielfach nur 2 Stunden. Es seien in den Comptoiren Sonntags oft dringende Briefe und Depeschen zu erledigen, besonders in Bank- und Versicherungsgeschäften, sowie im überseeischen Verkehr.

Die Stadtvv. Goldschmidt und Thieme sprechen für die Petition. Da bereits in zwei Dritteln der Comptoir- und Engrosgeschäfte die Sonntagsruhe bestehe, müßte sich das letzte Drittel auch fügen. Wichtige Briefe und Depeschen könnten die Geschäftsinhaber, wenn sie Wert darauf legen, selbst erledigen.

Stadtv. Basner vertritt ebenfalls die Forderung der Petenten. Der Ausbeutung des Comptoirpersonals müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Man habe von Ausnahmefällen gesprochen, die Ausnahme bilde aber in vielen Geschäften die Regel. Er beantrage, die Wünsche der Petenten zu berücksichtigen.

Zu einem Verbot der Sonntagsarbeit konnte sich die Mehrheit der Gewerbe-Deputation aber leider noch nicht entschließen. Es wurde beschlossen, erst eine Enquete zu veranstalten und dann, nachdem das Ergebnis derselben feststeht, Beschluß zu fassen.

Nach Erledigung einiger weniger wichtigen Angelegenheiten bewilligte die Deputation noch einem Tischlergesellen eine Freistelle in der Tagesklasse der Berliner Tischlerschule sowie einem andren Tischler- und einem Schlossergesellen je 100 M. als Beihilfe zum Besuch der Tischler- bezw. Handwerkerschule.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hatte in ihrer gestrigen Sitzung eine große Schuldebatte. Den Anlaß bildete die Magistratsvorlage über die den Oberlehrern der Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen Realschulen und Töchterschulen zugedachte Gehaltsaufbesserung, mit der der Magistrat, um die daraus erwachsenden Mehrkosten aufzubringen, eine Erhöhung des Schulgeldes der betreffenden Anstalten verbinden wollte. In dem Ausschuß, der sich mit der Vorlage beschäftigt hatte, war der Gehaltsaufbesserung zugestimmt worden, während sich für die Schulgelderhöhung keine Mehrheit gefunden hatte. Die gestrige Debatte drehte sich hauptsächlich wieder um die Schulgelderhöhung. Die Stellung, die die socialdemokratische Fraktion zu dieser Frage einnimmt, wurde vom Stadtverordneten Genossen Dr. Bernstein noch einmal dahin präcisiert, daß das Schulgeld für die vorwiegend von den Kindern der Wohlhabenden besuchten Gymnasien, Realgymnasien usw. zu erhöhen, für die als Fortsetzung der Gemeindeschule anzusehende Realschule dagegen nicht zu erhöhen sei. Die Redner des Freisinns antworteten auf Bernsteins Ausführungen über die Schulpolitik der Socialdemokratie mit den bekannten, abgebrauchten Argumenten, die nachher von unsrem Genossen Borgmann zurückgewiesen wurden. Die Abstimmung, die infolge des Ungeschickes des die Verhandlungen leitenden Vorsitzenden-Stellvertreters in eine gründliche Konfusion ausartete, ergab die Bewilligung der Gehaltsaufbesserung, aber die Ablehnung der Schulgelderhöhung nicht nur für die Realschule, sondern auch für die übrigen Anstalten. Der die Schulgelderhöhung verwerfende Beschluß wurde nur mit 45 gegen 44 Stimmen gefaßt.

Eine Einrichtung, an der nicht gerüttelt werden darf.

Der Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds, aus dem alte und arbeitsunfähige Dienstboten mit barem Gelde unterstützt oder im Gesindehospital verpflegt werden können, hat den Berliner Dienstboten im letzten Jahre als Beisteuer zur Bestreitung seiner Ausgaben wieder 25 200 M. abgenommen. Diese Summe setzt sich zusammen aus den bekannten 50 Pfennigbeiträgen, die auf Grund einer zwar erst im 19. Jahrhundert getroffenen, aber stark an die Anschauungen des Mittelalters erinnernden Bestimmung von jedem Dienstmädchen bei jedem neuen Dienstantritt an den Fonds gezahlt werden müssen. Die Dienstmädchen bringen hiermit fast die Hälfte aller Einkünfte des Fonds auf. Im letzten Jahre nahm der Fonds außer den 25 200 M. noch ein: 6096 M. aus den Nachlässen der verstorbenen Hospitalinsassen, 1674 M. Zinsen aus den Spargroschen der noch nicht verstorbenen Hospitalinsassen, 19 580 M. Zinsen aus dem Vermögen des Fonds, 300 M. als Beitrag der Stadt, 4276 M. aus Verschiedenem (größtenteils aus dem Legat eines Wohlthäters). Und was leistet der Fonds? Er gab 15 890 M. für Unterstützungen aus und 26 643 M. für Unterhaltung des Hospitals. Außerdem zahlte er denjenigen Hospitalinsassen, deren Spargroschen er mit Beschlag belegt hatte, 2081 M. Zinsen. (Ende März 1902 belief sich die Zahl der Unterstützten auf 162, die der Hospitalinsassen auf 86.) Ein Anrecht auf Unterstützung oder Hospitalverpflegung hat kein Dienst-

mädchen. Trotz der Verpflichtung, die Beiträge zu zahlen, wird die Hilfe des Fonds nur als Gnade, als „Belohnung für treue Dienste“ gewährt. Die Unterstützten werden auch wie Almosenempfänger behandelt und müssen dementsprechend auch die Spargroschen, die sie etwa mitbringen, an den Fonds ausliefern.

Der Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds und seine aller Gerechtigkeit hohnsprechenden Bestimmungen haben im vorigen Jahre die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt. Von socialdemokratischer Seite war gefordert worden, daß auf die 50 Pfennig-Steuer verzichtet würde. Ein Stadtverordneten-Ausschuß, dem die Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen wurde, hatte sich auch hiermit einverstanden erklärt, aber im Plenum der Versammlung fand sich nachher keine Mehrheit dafür. In der ersten wie in der zweiten Beratung wurde von freisinniger Seite dem Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds ein Loblied gesungen. In der ersten Beratung war es Herr Ladewig, in der zweiten Herr Wallach, der den traurigen Mut zu solchem Thun fand. Besonders warm trat Herr Ladewig für die Konservierung des Unrechtes ein, das auf Grund der Bestimmungen des Fonds gegen die Dienstboten begangen wird. „Da, wie gesagt (so schloß er seine Ausführungen) die Ausgabe für die Mädchen eine ganz minimale ist und oft nicht einmal geleistet wird — denn einen Zwang dazu haben wir nicht, wenn die Polizei nicht aufpaßt —, so bin ich der Ansicht, man soll an dieser segensreichen Einrichtung nicht rütteln.“ Herr Ladewig ist Mitglied der „Neuen Fraktion der Linken“, die sich, wie behauptet wird, aus „entschieden“ freisinnigen Männern zusammensetzt. Wie weit bei manchen dieser Braven die „Entschiedenheit“ ihres Freisinns geht, das lehrt die Angelegenheit des Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungsfonds, das lehren zahlreiche andre Vorkommnisse. Vor den Stadtverordneten-Wahlen pflegen ja die Kandidaten dieser „entschieden“ freisinnigen Fraktion ihre politisch und social angeblich fortgeschrittene Anschauung sehr aufdringlich zur Schau zu stellen, aber nachher, wenn auf das Wort die That folgen soll, wenn in der städtischen Verwaltung der politische und sociale Fortschritt zur Geltung gebracht werden soll — ach, wie bald zeigt sich dann so mancher dieser Worthelden in seiner ganzen Rückständigkeit!

Mittelalterliches aus dem städtischen Arbeitshause. Die zu Arreststrafen verurteilten Häuslinge im Arbeitshause wurden bisher in Zellen eingesperrt, in welchen sich keine Sitzgelegenheit fand. Unsre Parteigenossen hatten im Kuratorium diese Erschwerung der Strafe als unstatthaft moniert. Herr Stadtrat Fischbeck pflichtete in der letzten Deputationssitzung dieser Anschauung bei, erklärte, daß die Strafverschärfung vom Militär (!) übernommen sei und stellte fest, daß die Zellen jetzt mit einem Schemel versehen sind. Stadverordneten Augustin (Soc.) erhob Protest gegen die Einrichtung, daß den Häuslingen bei der Einlieferung die Bärte beseitigt werden; das sei ebenso ungehörig wie das Abscheren des Kopfhaares bei den Frauen. Die Anhänger dieses mittelalterlichen Brauches führten Reinlichkeitsgründe dafür ins Feld, worauf Genosse Hoffmann entgegnete, daß die Verwaltung des Arbeitshauses wohl keine Ursache hätte, rücksichtsloser vorzugehen als die Gefängnisverwaltungen. Die weitere Erörterung über diese Dinge wurde vertagt, weil das Reglement des Arbeitshauses geändert werden soll und Auskunft darüber einzuholen ist, ob die geschilderte Behandlung der Insassen etwa auf ministerieller Anordnung beruht.

Der Magistrat hat angeordnet, daß fortan Säuglinge aus dem städtischen Obdach im Fall der Erkrankung in den städtischen Krankenanstalten Aufnahme finden sollen.

Städtisches Roßschlachthaus. Der Ober-Präsident v. Bethmann-Hollweg hat in einem Erlaß den Magistrat der Stadt Berlin ersucht, er möge sich über einen Antrag der Roßschlächter, deren Gewerbe jetzt blüht, äußern. Der Antrag, der auch an den Magistrat direkt gerichtet worden ist, bezweckt die Errichtung eines städtischen Roßschlachthauses. Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes ist zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert und wird dem Magistrat vorschlagen, der Errichtung zuzustimmen. Die jetzigen Zustände sollen unhaltbar sein.

In eine große Gefahr geriet, wie erst nachträglich bekannt wird, am vergangenen Montag eine ganze Klasse der 76. Gemeindeschule in der Muskauerstr. 66. In der 6. Oberklasse dieser Schule werden im zweiten Stock 56 Mädchen im Alter von sieben bis acht Jahren unterrichtet. Die Klassenzimmer haben jedes einen Gashahn. In der sechsten Oberklasse muß am Montagvormittag, als von 9 bis 10 Uhr der Lehrer Förster unterrichtete, der Hahn oder die Gasleitung nicht in Ordnung gewesen sein. Gegen 9½ Uhr ging eine Lehrerin derselben Gemeindeschule in die Klasse des Lehrers Förster, um diesen etwas zu fragen. Sie war fast starr vor Schrecken, als in der Klasse sich nichts rührte. Das ganze Zimmer war mit Gas angefüllt. Der Lehrer lag betäubt auf dem Katheder, die Kinder ebenso auf und unter den Bänken. Der größte Teil der Kinder, alle diejenigen, die in der Nähe des Gashahns saßen, waren besinnungslos, die entfernter Sitzenden bis zur Hilflosigkeit betäubt. Die Lehrerin riß die Fenster auf und schlug Lärm. Sofort eilten der Rektor, die Lehrer und Lehrerinnen und der Schuldiener herbei und trugen den Lehrer Förster und die Kinder in ein andres Klassenzimmer und auf den Hof hinaus, wo alle bald wieder zu sich kamen. Auch die älteren Schulkinder beteiligten sich an dem Rettungswerke. Zwei Aerzte waren bald zur Stelle, um Hilfe zu leisten, wo es notwendig war. Die Kinder und der Lehrer, die nur durch einen Zufall vor dem Vergiftungstode bewahrt wurden, erholten sich so rasch, daß schon nachmittags alle wieder zum Unterricht erscheinen konnten.

Durch einen Absturz verunglückte Donnerstagvormittag, um 9½ Uhr ein 32 Jahre alter Arbeiter Albert Köhler auf dem Erweiterungsbau des Postamtes in der Oranienburgerstraße. Beim Abbruch des alten Hauses Nr. 73 trat er im zweiten Stock fehl und stürzte auf einen Balkon am ersten Stock hinab. Beim Aufschlagen auf ein eisernes Geländer zog er sich einen Bruch des rechten Beines zu. Der Verunglückte wurde nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht.

Die Beschlagnahme von Pferdefleisch, die vor acht Tagen bei dem Wurstwarenfabrikanten Adolf Beck zu Charlottenburg, Kirchplatz 4, erfolgte, ruft in den Kreisen der Abnehmer Becks eine steigende Aufregung hervor und hat auch zu einer umfangreichen Untersuchung Veranlassung gegeben. Adolf Beck hatte früher auch ein Ladengeschäft als Schlächtermeister. Seit vier Monaten aber ist der Laden infolge Konkurses geschlossen. Beck betrieb nun ausschließlich eine „Fabrik feiner Wurstwaren mit Dampfbetrieb“. Reisende besuchten die alte Kundschaft und warben neue unter den Materialwaren-Händlern, Gastwirten, Grünkram- und Fleischhändlern usw. Zwei Wagen waren immer unterwegs. Das ganze Geschäft geht auf den Namen der Frau Beck. Hausgenossen fiel es auf, daß diese und ihr Mann abends ohne Gesellen arbeiteten, und Verdacht erregte es auch, daß sie billiger verkaufte als andre Fabrikanten. Ein Kriminalschutzmann des 7. Reviers sah nun, daß Beck noch spät abends nach der Bismarckstraße fuhr und bald mit Fleisch zurückkehrte. Seine Betrachtungen ergaben, daß der Roßschlächter Meier aus der Schillerstr. 94 Wagen mit Fleischfässern nach dem Wagenplatz, gegenüber der Weimarerstraße, brachte und daß sie dort von Beck abgeholt wurden. Die Kriminalpolizei untersuchte nun die Fabrikräume und fand darin ganze Pferdeviertel, aus denen die Knochen ausgeschält waren. Beck suchte sich darauf herauszureden, daß das Fleisch seinen Kutschern gehöre, er wisse von seiner Herkunft nichts. Die Kutscher bestätigten auch diese Behauptung, ließen aber durchblicken, daß sie diese Aussage wohl nicht beschwören würden. Die Untersuchung zieht jetzt noch weitere Kreise. Es bedarf der Feststellung, ob die Wiederverkäufer, die von Beck Waren bezogen, sich alle in gutem Glauben befanden, oder ob sie nicht zum Teil wußten, welcher Art die „feinen“ Würste waren. Gegen den Roßschlächter Meier ist ein Ermittelungsverfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden. Auch der Beckſche Konkurs wird vielleicht noch ein Nachspiel haben. Gleichzeitig mit Beck machte ein Schmiedemeister „Pleite“, der von ihm einen Wechsel über 8000 Mark angenommen hatte.

Im Polizeigefängnis gestorben ist der 39 Jahre alte Droschkenkutscher Rudolf Teschen, der von seiner Frau getrennt lebte, bis vor acht Wochen in der Memelerstr. 43 in Schlafstelle wohnte und seitdem auf Heuböden zu übernachten pflegte. Gestern morgen trat er eine viertägige Haftstrafe wegen Verstoßes gegen die Fahrordnung an und erkrankte plötzlich, nachdem er schon vor vierzehn Tagen einmal auf einem Fuhrhof in der Rüdersdorferstraße einen schweren Krampfanfall gehabt hatte. Auf dem Wege zur Unfallstation in der Alten Schützenstraße starb er.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tötete sich Mittwochabend die 38 Jahre alte Dienstmagd Anna Pohl, die seit einem Jahre bei der Zimmervermieterin Witwe Bauer in der Neuen Grünstr. 21 in Stellung war. Beschwerden, die ihr ein nicht passendes künstliches Gebiß verursachte, hatten sie nervös gemacht. Während sich Mittwochabend die Dienstherrschaft im Vorderzimmer befand, ging sie in einem Anfalle von Schwermut nach der im Seitenflügel gelegenen Küche und stürzte sich aus dem dritten Stock auf den gepflasterten Hof hinab. Die Unglückliche zog sich einen mehrfachen Schädelbruch zu und verschied auf der Stelle. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Das Spielen mit Streichhölzern hat wieder einem Kinde das Leben gekostet. Die Frau des Rollkutschers Zimmermann aus der Rostockerstr. 39 mußte vorgestern, als sie einholte, ihre beiden jüngsten Kinder, Mädchen von vier und zwei Jahren, allein zu Hause lassen, während die beiden älteren in der Schule waren. Bald nach ihrem Weggange rief ein gellendes Hilfegeschrei die Hausgenossen nach der Wohnung. Das älteste Kind saß mit brennendem Kleidchen zwischen dem Tisch und dem Spind in der Küche, während das jüngste vor dem Qualm, der den Raum anfüllte, hinter die Gardinen gekrochen war. Das vierjährige Mädchen hatte mit Streichhölzern gespielt und sich selbst das Kleid in Brand gesteckt. Es war am Unterleib und an der Brust schon über und über verbrannt, als die Nachbarinnen das Feuer löschten. Ein Arzt ließ es nach dem Moabiter Krankenhause bringen, aber auch die sorgsamste Pflege konnte es nicht mehr retten.

Gefundene Kindesleiche. Am 27. Oktober d. J., abends gegen 8¼ Uhr, wurde in dem Flur des Hauses Linienstr. 57 die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechtes gefunden. Das Kind hat nach der Geburt gelebt. Eingewickelt war die Leiche in eine hellrot-, dunkelrot- und schwarzkarrierte Barchendbluse, welche in hellgelbes Packpapier gepackt und mit starkem Bindfaden verschnürt war. Die Bluse ist etwas abgetragen, mit kleinen Perlmutterknöpfen besetzt und hat im rechten Ellbogen ein Loch gehabt, welches mit hellblauem Zwirn zusammengezogen ist. Personen, welche in der Lage sind, Angaben über die Eigentümerin der Bluse oder über die Mutter zu machen, werden ersucht, sich in den Vormittags-Dienststunden im Polizeipräsidium, Eingang V, II. Stockwerk, Zimmer 247, woselbst die Bluse zur Rekognoscierung ausliegt, zu melden bezw. schriftliche Mitteilung zu J.-Nr. 7503 IV/27. 02 dorthin gelangen zu lassen.

Eine teilweise Sonnenfinsternis ereignet sich am 31. Oktober. In Berlin beginnt sie 6 Uhr 56,4 Minuten mittlerer Ortszeit, also kurz nach Sonnenaufgang, und endet 8 Uhr 19,6 Minuten. Es werden 16 Hundertstel des Sonnendurchmessers verfinstert sein.

Zolafeier in der Freien Volksbühne. In der schlichtesten Form, aber mit um so größerem Eindruck verlief die Zolafeier, die die Freie Volksbühne am Mittwoch in „Sanssouci“ veranstaltete. Der Münchener Schriftsteller M. G. Conrad, dessen historisches und unvergeßliches Verdienst es ist, als Erster und Tapferster für Zolas Ruhm und Größe in Deutschland gestritten zu haben, zu einer Zeit, da die deutsche Kritik den gewaltigen Dichter noch als Schmierfinken taxierte — Herr Conrad war ersucht worden, die Gedächtnisrede zu halten und war bereitwillig dem Ruf gefolgt und aus München hierher gekommen, um vor den Berliner Arbeitern von Zolas künstlerischem Weltberuf zu sprechen.

Conrads Vortrag war eine feurige, eigenartige, weitausschauende, kunstvoll vorgetragene Rhapsodie über die Mission der Kunst, die immer nur eine Angelegenheit der Volksmasse sein kann, und über die Bedeutung Zolas für diesen tiefsten Inbegriff der großen Kunst, die so lange die Erlöserin der Menschheit sein wird, als die menschliche Gesellschaft nicht selbst zum Kunstwerk wird.

Die zahlreich erschienenen Mitglieder der Freien Volksbühne folgten mit gespannter Aufmerksamkeit und inniger Ergriffenheit dieser begeisterten Lebensfeier des Toten.

Der Turnverein Fichte teilt uns mit, daß er, ermutigt durch den Erfolg der von ihm im letzten Sommer veranstalteten Kinderspiele, am kommenden Montag, abends 6½ Uhr, in der Turnhalle der Gemeindeschule Skalitzerstraße 55/56 seine erste Schüler-Abteilung eröffnen wird. Der Vereinsvorstand verspricht, daß er dem Schülerturnen seine besten Kräfte widmen wird und hofft auf zahlreiche Beteiligung der Arbeiterjugend. Zur Deckung der Kosten für Miete und Reinigung werden wöchentlich 10 Pf. Beitrag erhoben; besuchen mehrere Brüder die Schülerabteilung, so zahlt nur einer, die übrigen haben freies Turnen.

Paul Lincke hat eine neue Ausstattungs-Operette „Nakiris Hochzeit“ vollendet, welche von der Direktion des Apollo-Theaters zur Aufführung angenommen wurde. Die Premiere wird bereits in den ersten Tagen des Monats November im Apollo-Theater stattfinden.

Die Lehrstätte NO. (Königstadt) der Volks-Hochschule Humboldt-Akademie eröffnet morgen, Sonnabend, den 1. November, abends pünktlich 7 Uhr, Elisabethstr. 57—58 im Realgymnasium die Vortragsreihen des Herbstquartals. Die Ansprache hält Docent Dr. M. Runze, welcher dann sofort seine Vorträge beginnt, 7¼—8 Uhr; Philosophie und Christentum, und 8¼ bis 9 Uhr: Die Religionsphilosophen unter den deutschen Dichtern. Ebenda beginnt dann 9¼—10 Uhr Docent Dr. L. Hirschberg: Rob. Schumanns Gesangswerke (mit gesanglichen Erläuterungen). Der erste Vortrag jeder Reihe ist für jedermann, Männer und Frauen, frei zugänglich. Programm unentgeltlich; Reihenkarten (6 Vorträge) für 50 Pf., zu der Reihe über Musik wegen der Klaviermiete für 1 M., im Bureau der Akademie, Th. Fröhlichs Buchhandlung, Landsbergerstr. 32.

Aus den Nachbarorten.

Die Schmargendorfer Gemeindevertretung beschäftigte sich am 27. d. M. mit der Angelegenheit des Gemeindevorstehers Herrn Hohmann, welcher den der Gemeinde gehörigen jährlichen Amtszuschuß von 500 M. als persönlichen Zuschuß betrachtete. Auf Beschluß einer geheimen Sitzung hatte die Gemeindevertretung den Kreisausschuß zur Entscheidung in der Sache veranlaßt. Die Antwort des Landrats lag nunmehr der Sitzung vor. Der Landrat hat entschieden, daß der Amtszuschuß der Gemeinde gehöre und demgemäß vom Gemeindevorsteher zurückzuzahlen sei; ferner bestimmte er, daß der Betrag in Zukunft an die Gemeindekasse und nicht mehr an den Gemeindevorsteher eingezahlt werde. Der Gemeindeverordnete Jung charakterisierte die Handlungsweise des Vorstehers als eine Täuschung der Gemeindevertretung, die eine Genugthuung erfordere und ein Mißtrauensvotum verdiene. Einen Antrag stellte der Herr aber nicht. Herr Kammrath forderte wohl eine Erklärung des Gemeindevorstehers, weshalb er den von der Etatskommission im Etat eingesetzten Posten ohne Befugnis wieder entfernt habe, unterließ aber alles, um diese Forderung auch zur Geltung zu bringen. Er erblickte in der Handlung einen „groben Verstoß“, aber keinen Dolus. Durch einen Schlußantrag wurde die Debatte beendigt. Die Gemeindevertretung hat die wichtige Sache verlaufen lassen wie das Hornberger Schießen. Mehr hatten wir von dieser „Volksvertretung“ nicht erwartet.

Herr Jung erhob des weiteren gegen den Gemeindevorsteher den Vorwurf, nicht bewilligte Gemeindemittel in Höhe von 58 000 Mark für das Rathaus verwendet zu haben, ohne daß er bisher Indemnität beantragt hätte. Auch seien am Rathause viele Arbeiten ohne Genehmigung der Gemeindevertretung ausgeführt worden. Beschlossen wurde, daß binnen drei Monaten der Gemeindevertretung die vollständige Bau-Abrechnung mit Voranschlägen usw. zu unterbreiten ist. Ein Gutachten eines unparteiischen Regierungs-Baumeisters soll über die Notwendigkeit der aufgewendeten Mittel eingeholt werden. Mit dem letzten Beschluß, der bedeutende Kosten verursacht, ist am Ziel vorbeigeschossen worden. Denn der Nachweis der eigenmächtigen Geldaufwendung für nicht erforderlich zu haltende Prunkarbeiten ist ohne teures Gutachten zu erbringen. Die Mittel für den Zweck sind noch nicht bewilligt, vielleicht besinnt man sich noch eines Besseren. Die „Verhandlungen“ über den Vorschlag des Gemeindevorstehers, ein bebautes Gemeindegrundstück, das „keinen Segen“ bringt, zu veräußern und den Erlös daraus für den Bau einer Turnhalle in Verbindung mit einem Feuerwehr-Depot aufzuwenden, gingen in einem wirren Durcheinander unter. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, ein Projekt zum Bau einer Turnhalle und eines Feuerwehr-Depots zu beschaffen. Für Verbesserung des Feuerwehr-Uebungsplatzes wurden 300 Mark bewilligt.

Ein eigenartiger Unfall trug sich Donnerstag früh an der Ecke der Wilmersdorferstraße und Kurfürstendamm zu. Dort stand ein Turmwagen der Union-Elektricitäts-Gesellschaft, auf welchem mehrere Monteure mit Reparaturarbeiten an der Straßenbahnleitung beschäftigt waren. Der Wagen stand ziemlich dicht am Geleise, als ein Straßenbahnwagen herannahte. Der Führer des letzteren, welcher wohl glaubte, an dem Turmwagen noch vorbeizukommen, bremste zu spät, so daß ein Zusammenstoß beider Wagen erfolgte. Der Schlosser Rühl, der sich auf dem Turmwagen befand, stürzte bei dem Anprall über das Geländer hinweg auf das Verdeck des Straßenbahnwagens, wo er glücklicherweise liegen blieb; er kam mit leichten Verletzungen davon.

Eine aufregende Scene ereignete sich gestern vor dem dritten Rennen auf dem Rennplatz zu Karlshorst. Der später als Lokomotivführer Grieger, Charlottenburg, Magazinstraße gebürtig, rekognoscierte Rennbahnbesucher, stand im Begiff ein Gewinnticket zu erheben, als er vom Herzschlag betroffen plötzlich zu Boden stürzte. Noch ehe dem rüstigen Mann ärztliche Hilfe zu teil wurde, war er unter den Händen der Zuschauer verstorben. Die Leiche wurde nach dem Leichenschauhause in Berlin übergeführt.

Alt-Weißensee. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung unsres ländlichen Nachbarortes ging es gar lustig zu. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Festsetzung des Gehalts des Gemeindevorstehers. Der Herr hatte für sich 2500 M. und 500 M. Wohnungsentschädigung beantragt. In der Diskussion beantragte der Gemeindevertreter Severin 2000 M. zu bewilligen, da dies Gehalt auskömmlich sei, zumal der Gemeindevorsteher noch eine Pension als ehemaliger Gendarm beziehe. Ein andrer betrachtete dieses Amt als Ehrenamt, für welches nur die Auslagen zu bewilligen seien. Jedoch einigte man sich nach längerem Für und Wider auf 2500 M. Gehalt und 300 M. Wohnungsgeldzuschuß. Hierbei entgleiste einer der Herren, indem er einen andren mit Ausdrücken bediente, wie man sie allenfalls einem zurückgebliebenen Schulknaben gegenüber anwendet. Auf die Beschwerde eines Vertreters, daß doch solche parlamentswidrigen Ausdrücke nicht am Platze seien, wurde ihm bedeutet, daß man sich nicht im Parlament, sondern in einer Gemeindevertreter-Sitzung befände. Das alleinige amtliche Organ für Weißensee schweigt sich über diesen Vorfall aus. — Hierauf wurde noch beschlossen, einen Steuererheber anzustellen, welchen Posten früher der Gemeindevorsteher ebenfalls einnahm. Das Gehalt soll 1200 M. betragen; es ist eine Kaution von 2000 M. zu stellen.

In Schöneberg werden im Laufe des Winters vom Aerzteverein populär-medizinische Vorträge veranstaltet. Den ersten derartigen Vortrag „Ueber Volks-Badeanstalten“ hält Professor Dr. Lesser am 14. November in der Hohenzollernschule bei freiem Eintritt.

Am Auguste Victoria-Krankenhaus zu Weißensee wird zum 1. November eine Poliklinik eingerichtet, in der täglich vormittags von 10—11 Uhr für äußerlich Kranke, nachmittags von 2—3 Uhr für innerlich Kranke Sprechstunde abgehalten wird.

Dem Verdienste seine Krone. Einen dekorierten Lehrling besitzt Charlottenburg. Laut Bekanntgabe im „Reichs-Anzeiger“ ist dem Kaufmannslehrling Bruno Ulrich in Charlottenburg die goldene Medaille des persischen Löwen- und Sonnenordens verliehen und die Genehmigung zur Anlegung derselben erteilt worden.

Vermischtes.

Eine Verurteilung zum Scheiterhaufen im 20. Jahrhundert. Als im Jahre 1866 in Dänemark das neue, jetzt allerdings sehr veraltete, Strafgesetz eingeführt wurde, hielt man es nicht für nötig, diese Reform auch auf die westindischen Besitzungen auszudehnen, und noch heute werden die Neger jener drei Inseln nach den barbarischen Strafregeln Christians V. (1677—1699) abgeurteilt. Dieser Tage wurde nun vom höchsten Gericht ein Neger wegen „Verkehrs, der gegen die Natur ist“ zum Feuertode verurteilt. Da man aber dieses Urteil nicht vollstrecken konnte, wurde der Verurteilte dem König zur Begnadigung empfohlen, und eine Milderung des Urteils auf 8 Jahre Zuchthausarbeit für passend erachtet. Nach dem Strafgesetz von 1866 hätte in diesem Fall nur auf Unterbringung in eine Besserungsanstalt erkannt werden können.

Erdbeben. Nach Meldungen aus Tiflis hat am 17. d. M. im Kreise Telow ein heftiges Erdbeben stattgefunden, wobei zahlreiche Häuser einstürzten. Ob und wie viel Menschen dabei umgekommen sind, ist noch unbekannt.

Religiöser Wahnsinn. Der „New Yorker Tribune“ wird aus Winnipeg (Kanada) gemeldet: 2000 Duchoborzen (aus Rußland eingewanderte Sektierer), darunter zahlreiche Frauen und Kinder, lagerten am 27. d. M., schutzlos den Unbilden der Witterung preisgegeben, außerhalb der Stadt Yorkton. Die Temperatur beträgt dort 14 Grad Fahrenheit unter Null. Einer der Duchoborzen erklärte, sie warteten auf Jesus Christus. Dem kanadischen Einwanderungsagenten gelang es, wenigstens die Frauen und Kinder in Schuppen unterzubringen. Nur wenige der Leute sind genügend bekleidet und sie weigern sich, irgend etwas außer Beeren, Früchten und dergleichen zu essen.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	764	S	3	Nebel	3	Haparanda	745	SW	2	hlb. bed.	3
Hamburg	764	SO	2	Nebel	1	Petersburg	760	WSW	2	bedeckt	6
Berlin	765	S	1	Nebel	3	Cork	767	NW	4	Regen	9
Frankf./M.	765	O	1	wolkenl	1	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	Still	—	Nebel	5	Paris	766	NNW	2	Nebel	2
Wien	764	Still	—	bedeckt	5						

Wetter-Prognose für Freitag, den 31. Oktober 1902.
Ziemlich trübe und nebelig, zunächst etwas wärmer mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 31. Oktober.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Frouirou.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Wallensteins Tod.
Deutsches. Minna Barnhelm.
Berliner. Ruhmlose Helden.
Lessing. Kaltwasser.
Neues. Poette.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Westen. Die weiße Dame.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha
Anfang 8 Uhr:
Central. Der Zigeunerbaron.
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Esther. Hierauf: Zwei Eisen im Feuer.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Biberpelz.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Die Grille.
Casino. Chambregarnie. — Ein Sohn des Volkes. Specialitäten.
Kleines. Rausch.
Wilhelm. Der Goldonkel.
Buntes Theater. Tochter zu verheiraten. Der Hund. Bunter Teil. Tiny Senders.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trianon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Palast. Berliner in Steglitz.
Steidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tausend Jahre deutscher Kultur. Im Hörsaal: Ingenieur W. Koch: „Der heutige Stand der Flugfrage".
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater

Freitag, den 31. Oktober, wegen Vorbereitung zu **„Madame Sherry"** geschlossen.
Die heutigen **Freitag-Abonnements** haben an einem beliebigen Wochentage d. nächst. Woche Gültigkeit.
Sonnabend zum erstenmal:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Maurice Ordonneau.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72—73.
Zum 466. Male: **Charleys Tante.**
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr.
Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die zärtlichen Verwandten.**

Wilhelm-Theater,

Friedrich-Strasse 236.
Der Goldonkel.
Posse in 7 Bildern von E. Pohl.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 2. November: Nachmittags-Vorstellung. Halbe Kassenpreise. Das Mädel ohne Geld.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:
Die Grille.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Uhr, Kasse, Invaliden- und Künstlerbank.
Morgen: **Der Stabstrompeter.**
Sonntag 3 Uhr: Die Grille.
Abends 8 Uhr: Der Stabstrompeter.
Montag: Der Stabstrompeter.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Ilse Römer.** Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Die 7 Raben. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die arme Kreatur.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Die brillanten Specialitäten.
Um 9 Uhr: **Nur noch wenige Tage!**
Zum **214.** Male:
Lysistrata
Operette von **Paul Lincke.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater,

Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um **8** Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Ingenieur **G. Koch:** „Der heutige Stand der Flugfrage".

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Letzte Woche!
Mellinis dunkl. Geheimnis.
La Dalys englische
Boxerinnen.
Georgette Langée, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein **„Boeren-Museum"**
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Buntes Theater

(Ueberbrettl.)
Anfang **8 Uhr.** Köpenickerstraße 68.
Tochter zu verheiraten.
Der Hund. — Bunter Teil.
Leitung: **O. Straus.**
Wiederauftreten von **TINY SENDERS,**
Bozena Bradsky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.

Stadt-Theater.

Alt-Moabit 47—49.
Berth. Rose-Theater-Ensemble:
Freitag, den 2. November 1902:
Kyritz-Pyritz.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern v. H. Willen u. O. Justinus.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater

Lothringer-Straße 37.
Ein Sohn des Volkes.
Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7½ Uhr.

W. Noack's Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Deborah.
Schauspiel in 5 Akten v. Mosenthal.
Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: **Extra-Vorstellung.**

Cirkus Schumann

Freitag, den 31. Oktober 1902, abends 7½ Uhr:
Zum 9. Male:
Die lustigen Heidelberger.
Grosse Ausstattungs-Pantomime
humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben in 3 Abteilungen von **Aug. Siems,** Hofballettmeister; insceniert vom Direktor **A. Schumann.**
Ueberraschende Wassereffekte.
Letztes Auftreten der
25 Geretteten von Martinique.
Die vorzüglichen Amerikaner **Radford** und **Winchester.**
Direktor Alb. Schumann mit seinen **hervorragenden Monstre-Dressuren.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrsitz 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Tartüff.
Hierauf: **Der Arzt wider Willen.**
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Cirkus Busch.

Freitag, 31. Okt., abds. 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Grosse Ausstattungs-Pantomime. Besonders hervorzuheben: **Die Elefantenjagd im Urwald.**

Palast-Theater

Direktion: **Richard Winkler.**
Nur noch kurze Zeit!
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**
Gr. Ausst.-Burleske mit Ges. u. Tanz.
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sands, Sportakt. **Sisters Laurence,** Dressur-Akt. **Mr. Atlas,** die schwankende Weltkugel. **Brothers Gaude,** Kraft-Akt. **Benedetti,** Universal-Artist. **Huc und Mac,** Transformationsakt. **Fritz Brand,** Humorist. **Elise Gebhardt,** Vortrags-Soubrette. — **Entree 30 Pf.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Winter Garten

Griffin und Dubois. Excentrics.
Duncan's dress. schott. Schäferhunde.
„In den Alpen", Tanzdivertissement.
Elise de Vère, Soubrette.
Los Floridos, Spanische Tänzerinnen.
Die 2 Freydos, „Professor u. Schüler".
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
Sisters Carey's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Liane de Vries, Pariser Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Lucie Krall, Sängerin.
„Der Schönheitspreis", Tanzdivertissement.
„Biograph".

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.
Täglich:
Theater- u. Specialitäten-Vorstellg.
Anfang 7½ Uhr.
Jed. Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend nach der Vorstellung:
Grosses Familien-Tanzkränzchen.
Jeden Sonntag von 12—2 Uhr **Matinee** bei freiem Entree.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauerbrücke 5.
Größtes Vergnügungslokal Berlins.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12—2 Uhr.

Dichter- und Tondichter-Abende

Dorotheenstraße 18/14.
Nächsten Sonntag: 103/3*
Heine-Abend.
Mitwirkende: Alwine Wecke, Betsy Schot, Philipp Spandow u. a.
Billets à 50 Pf. mit Garderobe und Programm i. d. Buchhandlungen Kantorowicz, Potsdamerstr. 135; Freund, Kleiststraße 21; Challiers Musikhandl., Beuthstr. 10; Winckelmann, Markgrafenstr. 43/44; Herrmann u. Co., Neue Promenade 5.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1½ Uhr.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Freitag:
Militär-Konzert
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. z. F., kgl. Musikdir. **Neu.**
Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Neueste wahre billige Preise

per Nachnahme.
Wirkl. Salzfettb. ½ Faß **M** b. 500 St. **7** u. **8 Mk.** 250 St. **3½** u. **4 M.**
½ Faß **große M** (zu empfehl.) 400 St. **9** u. **10 Mk.** 200 St. **4½** u. **5 Mk. MK Speckfett** 320 St. **11 Mk.** 160 St. **5½ Mk.**
½ Faß **Vollheringe Milch Rogen. Fett** 200 St. **9** u. **10 Mk.** 100 St. **4½** u. **5 Mk., bessere Sorte 10½** u. **5½ Mk.**
Post-Dose. 70 zarte Fettb. **1¾.** 60 St. **2, Vollh. 2¼ Mk.**
Brathering 4 Lit.-Dose **2½,** 8 Lit.-Dose **3½ M., 80 Delikatessh. 2¼** u. **2½, Bismarckh. 2¼** u. **2¾ Mk.**
Post-Kiste. Bücklinge 80 St. **2 Mk., Voll- u. Fett-Bücklinge groß 2 Mk., Flundern 2½** u. **3 Mk., gemischt Fl.** u. **Bückling. 3 Mk.** 5446a*
W. Schwandt, Swinemünde,
Fischerei, Heringsgesch. engros, Räucherei und Marinier-Anstalt.

Prämiiert mit der goldenen Medaille.

in Apotheken, Droguenhandlungen, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäften.

Achtung! Schöneberg, Potsdamer Viertel
und Umgegend.

Das Herren- und Knaben-Garderobengeschäft von **Adolf Israelsky, Winterfeldtstr. 7,** ist in Konkurs geraten. Ich habe die

Konkursmasse

vom Konkursverwalter gekauft und das Geschäft als Filiale weitergeführt. Ich ergänze das Lager aus meinem Hauptgeschäft Turmstr. 85, will dasselbe aber nicht dauernd behalten, sondern

Ende Dezember 1902

mit Ablauf meines Vertrages schließen.

Ich offeriere **Herrenanzüge** von **8** bis **30** Mk.
Herren-Winterpaletots . 9 . 36 .
„ Herbst „ . 6 . 20 .
„ Joppen . 4 . 14 .

Knaben-Anzüge . . . . . 2 bis **15** Mk.
„ Paletots . . . . . 4 . 12 .
„ Joppen . . . . . 2 . 6 .

Circa 400 Stück Hosen, Arbeitssachen, Hemden 2c.

Ich bin den Lesern dieses Blattes als reell und billig bekannt. Wie in meinem Hauptgeschäft habe ich auch hier **streng feste,** aber naturgemäß **sehr billige Preise.** Ich verspreche keine Wunderdinge, die niemand halten kann, aber ich betone: **Ich bin in meinem Hauptgeschäft anerkannt reell und billig** und hier im **Konkursmassen-Ausverkauf noch billiger.**

Herrmann Schlesinger,
Hauptgeschäft: Turmstraße 85. **Filiale** und Konkursmassen-Ausverkauf: Winterfeldtstraße 7.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin SO., Oranienstr. 166.

Filiale: Potsdam, Nauenerstr. 23.

Aus meinem reichhaltigen Lager biete ich nachstehende vorteilhafte Offerte:

Winter-Paletots.

Ein- und zweireihige Form, mit Rückennaht, Schlitz und Sammetkragen, geraden oder schrägen Taschen.

	Mark
Paletot von Diagonal-Cheviot, dunkelgrau	15,—
Paletot von marengo meliertem Cheviot	18,—
Paletot von haltbarem Double, schwarz	18,—
Paletot von gutem Fischgrät-Cheviot, marengo meliert	20,—
Paletot von eleg. Velour, marengo meliert	20,—
Paletot von schwerem Eskimo, schwarz	20,—
Paletot von dunkelgrauem Cheviot	22,50
Paletot von Eskimo, schwarz oder blau	25,—
Paletot von marengo Melton-Cheviot	25,—
Paletot von Marengo-Cheviot, meliert, mit hochmodernem Futter	25,—
Paletot von Diagonal-Cheviot, grau oder marengo, haltbarer eleganter Stoff	30,—
Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, elegant und dauerhaft	30,—
Paletot von Melton-Cheviot, marengo, mit seidenem Steppfutter	30,—
Paletot von Diagonal-Cheviot, sehr schwer und solide	35,—
Paletot von Eskimo, mit seidenem Steppfutter, sehr elegant	35,—
Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo	35,—
Paletot von Eskimo, mit bestem Futter 40,— 45,— 50,— u.	55,—
Paletot von Melton-Cheviot, sehr elegant 40,— 45,— u.	50,—
Paletot von Eskimo oder Cheviot, mit seidenem Steppfutter, hochfein etc.	40,— 45,— 50,— 55— u. 60,—

Kaiser-Mäntel (Reise-Mäntel).

Zweireihige Form, mit Taillengurt und Mufftaschen.

	Mark
Mantel von schwerem Loden und warmem Futter dunkelgrau oder olive	20,—
Mantel von reinwollenem, extra schweren Loden mit prima Lamafutter, dunkelgrau oder marengo	30,—

Pelerinen-Mäntel.

Zweireihige Form, mit vorn abgefütterter Pelerine und Taillenriegel von schwerem Loden, dunkelgrau, marengo oder olive . . . . . 20,— 25,— 35,— und 40,— Mk.

Joppen.

	Mark
Joppe v. Diagonal-Loden m. warmem Futter, dunkelgrau	6,50
Joppe von dunkelgrauem Loden mit schwerem Futter	7,50
Joppe von schwerem Loden mit schwerem Futter, grau, dunkelgrau, braun oder olive	9,—
Joppe von olive od. dunkelgrauem Loden m. Lamafutter	10,50
Joppe von dunkelgrauem Loden mit imitiertem Lammfellfutter	12,—
Joppe von extra schwerem Trikot-Loden mit schwerem Futter, grau, braun oder olive	12,—
Joppe von reinwollenem Loden mit reinwollenem Lamafutter, grau, marengo oder olive	14,—
Joppe von reinwollenem grauen Loden mit imitiertem Lammfellfutter	16,50
Joppe von extra schwerem Loden, mittelgrau, dunkelgrau oder braunolive mit prima Lamafutter	16,50
Joppe von reinwollenem Loden, mit extra schwerem imitiertem Lammfellfutter, dunkelgrau	20,—

Falten-Joppen

in verschiedenen Farben **9,— 12,— 16,50** und **20,—** Mk.

Knaben- u. Burschen-Joppen

sowie **Paletots** in allen Grössen und Preislagen in grösster Auswahl.

Schlafröcke.

	Mark
Kant. Dunkelgrauer Double mit blauem Tuchbesatz	8,50
Schiller. Gut, kräftig. Double, grau mit blauem Tuchbes.	10,50
Goethe. Vorzüglicher Double, grau mit blauem Tuch- oder Sammetbesatz und olivegrau mit olive Sammetbesatz	12,50
Schelling. Feiner glatter Double, braun m. dunkelbraunem Tuchbesatz oder grau mit blauem Sammetbesatz	15,—
Hegel. Weicher Fantasiestoff, dunkelgrau m. marine Tuch- od. Sammetbesatz u. olive meliert m. olivefarb. Tuchbes.	17,50
Kleist. Prima Satin-Double, grau meliert mit blauem oder braunem Tuchbesatz	17,50
Scott. Sehr guter, rehbraun melierter velourartig. Fantasiestoff mit braunem Sammetbesatz	20,—
Dickens. Weich., flammiert. Velour, gr. m. marine Sammetbes.	22,50
Scheffel. Gediegener Velour, mit angewebtem karierten Futter, dunkelmode mit braunem oder grau mit blauem Tuchbesatz	25,—
Freytag. Feinster weicher Velour, mit angewebt. kariert. Futter, grau mit blauem, dunkelrehfarb. mit braun. od. mode mit braunem Sammetbesatz	30,—
Geibel. Dicker olivefarb. Biber m. olivefarb. Sammetbes.	30,—
Uhland. Prima Velour mit kar. Rückseite, grüngrau mit olivefarb. Tuchbesatz oder mode mit braunem Plüsch- und Schnurbesatz	35,—
Feuerbach. Feinster, kleinkariert. velourartiger Fantasiestoff m. karriert. angew. Futter, blaugrau m. blaugrauem od. mode mit moosgrünem seid. Plüsch u. Schnurbesatz	45,—

Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und zu **streng festen Preisen** statt.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin I.

Sonntag, den 2. November 1902, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Graumann, Naunynstr. 27:

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. „Verfassungskämpfe und Demagogen-Verfolgung in Deutschland." Referent: Genosse **Joh. Sassenbach**. — 2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten.

Nach der Versammlung findet ein **gemütliches Beisammensein** statt. Zahlreichen Besuch auch seitens der Frauen erwartet

44/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, 2. November, nachm. 1½ Uhr, im „Berliner Prater", Kastanien-Allee Nr. 7: 44/2

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Rosenow** über: „Die indirekten Steuern und die Arbeiterfamilien." 2. Diskussion.

Regen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

NB. Die Beiträge werden diesmal von 12—2 Uhr entgegengenommen.

Steinarbeiter.

Sonntag, 2. November, mittags 1 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße Nr. 27c:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wird die Bundesrats-Verordnung in allen Geschäften innegehalten? 2. Urabstimmung über die Krankengeld-Zuschußkasse. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

175/5 **Der Vertrauensmann.**

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 1. November, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Reichstags-Abgeordneten **Emil Rosenow: „Ferdinand Freiligrath"**. Vereinsangelegenheiten. — Ausgabe der **Billets** zur Sondervorstellung in der **„Urania"**, Taubenstraße, am **Sonntag, den 16. November**, nachmittags 1 Uhr. Zur Aufführung gelangt: **„Tausend Jahre deutscher Kultur."** — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Kupferschmiede!

Sonnabend, den 1. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 7, Engel-Ufer 15:

Vereins-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag des Kollegen **F. Bull.** 3. Der Rohrlegerstreik. 4. Gewerkschaftliches.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht

144b **Der Vorstand.** J. A.: **A. Korbewicz.**

4. Kommunal-Wahlbezirk.

Freitag, den 31. Oktober, abends 8½ Uhr: im Lokal von Gründer, Schwerinstr. 13

Wählerversammlung.

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch ersuchen

210/9 **Die Vertrauensleute.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und andrer gewerblicher Arbeiter
(E. H. Nr. 3, Hamburg.)
(Oertliche Verwaltung Berlin F.)

Montag, 3. November, abends 8½ Uhr:

Versammlung

bei Wernau, Schwedterstraße Nr. 23.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1902.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

183/10 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin.

Wir laden unsre Mitglieder zu der am **Montag, den 3. Novbr. cr.**, abends 8 Uhr, im **„Klubhaus"**, Königsgraben 14a, stattfindenden

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung
1. Bericht über die Kassenverhältnisse.
2. Antrag auf Erhöhung der Kassenleistungen.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes,

mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen hierdurch ergebenst ein.

267/3 **Der Vorstand.**

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10

über: **Sogen. unheilbare Männerleiden**

Freitag, den 31. Oktober, abends ½9 Uhr, 1405

im **Köpnicker Hof**, Köpnickerstr. 174.

Nur für Herren! Eintritt frei!

Meissener Geld-Lotterie

zur Erneuerung d. Domes in Meissen.

13 151 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark

375000

Hauptgewinne: ev. Mark

100000
60000
40000

etc. etc. etc.

Originalloose à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Berliner Loose

der techn. Commission f. Trabrennen à 1 Mk. 11 Loose 10 Mk. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [5477L*

NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46a.
SO., Oranienstr. 177.

Turnverein „Fichte".

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)

Montag, den 3. November 1902, abends 6½ Uhr:

Eröffnung der 1. Schüler-Abteilung

in der Gemeindeschul-Turnhalle Skalitzerstr. 55/56.

Turnzeiten: Jeden Montag und Donnerstag, abends von 6½—8½ Uhr.

Beitrag: Wöchentlich 10 Pf. Bei Brüdern zahlt nur der Ersteintretende.

Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

292/2 **Der Vorstand.**

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Hermann Raschke, Brunnenstr. 93, Hof part. I. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Rickel, Uhlandstr. 108, part. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsb.-Hohenschönhausen:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 107. — **Grünau:** Gustav Miers, Köpenickerstr. 21. — **Rixdorf:** O. Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 31, Laden. — **Ober-Schöneweide:** Ernst Kaufhold, Wilhelminenhofstr. 18. — **Nieder-Schöneweide:** Bonatowsky, Berlinerstr. 6. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Gustav Hitze, Hackenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Boick, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Neu-Weissensee:** Joseph Rein, Friedrichstr. 38, Ecke Streustraße. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

(Zahlstelle Lichtenberg).

Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr, bei Schneider, Kronprinzenstraße 47:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch ersucht

185/1 **Die Ortsverwaltung.**

Stahlschreibfederfabrik

im **Auslande** sucht tüchtigen, nüchternen und fleißigen

Arbeiter

der das Ausschneiden, Lochen, Seitenschnitte und Schlitzen der Federn vollkommen versteht und auf diesen Operationen seit vielen Jahren gearbeitet hat. Nur solche Offerenten, welche vom Fache und tüchtig sind, mögen ihre Offerten unter Angabe der Lohnansprüche und bisherigen Thätigkeit **an die Exped. unter A. 7** senden. 55102*

11. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 31. Oktober 1902, nachmittags.
Nur die Gewinne über 232 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

8 145 279 339 655 91 783 888 930 **1**193 277 327 460 630 **2**950 [500] 137 [1000] 490 516 63 604 33 738 932 **3**031 165 772 862 930 **4**072 166 382 402 731 60 819 **5**324 92 480 505 68 [3000] 812 30 940 **6**912 334 62 83 512 32 35 741 95 823 [1000] **7**033 118 61 217 48 61 63 91 720 451 53 **8**035 610 846 912 36 **9**014 54 142 260 97 287 463 658 785 876 925 52

10105 [1000] 203 436 [500] 527 71 673 746 **11**269 673 601 742 89 904 22 25 **12**017 131 308 540 **13**008 252 417 32 624 793 96 960 **14**172 385 [1000] 38 755 832 60 97 **15**024 253 73 505 660 701 33 83 **16**019 71 116 59 941 304 [1000] 420 30 663 78 891 **17**038 106 42 406 97 709 839 71 938 97 **18**225 803 26 **19**009 24 [500] 48 193 210 324 [500] 433 684 925

20007 128 44 [3000] 335 59 [1000] 401 736 **21**153 [1000] 242 651 89 705 830 51 **22**030 213 34 [500] 447 911 18 38 64 **23**103 63 [500] 220 313 403 59 507 35 36 70 904 75 **24**121 71 82 293 304 861 74 912 92 **25**274 387 428 646 924 49 83 98 **26**180 230 43 315 17 427 532 69 820 [3000] 24 932 [3000] **27**145 313 22 45 [500] 575 618 930 92 [500] **28**172 [300] 311 512 676 710 943 **29**065 213 375 89 463 572 633 57 764 808 908 53

30199 309 473 547 72 628 98 903 [500] 48 **31**416 626 756 809 940 **32**113 28 220 40 340 482 580 873 **33**229 366 84 443 511 649 [500] 57 809 907 **34**020 63 93 102 14 274 346 82 400 19 83 579 829 52 987 [3000] **35**128 77 298 321 497 548 96 617 30 901 **36**130 207 9 516 79 664 702 51 90 950 **37**043 130 323 808 63 74 987 **38**118 92 96 222 59 481 581 683 778 89 877 902 **39**019 260 [3000] 91 525 29 89 635 62 792 833 948

40067 131 511 722 46 973 **41**035 [500] 466 68 877 616 814 985 **42**008 [1000] 19 76 117 69 63 89 93 209 71 353 461 [3000] 512 18 697 706 888 **43**000 193 243 82 307 77 414 46 74 817 64 98 910 88 **44**014 82 184 238 71 378 [500] 471 83 642 51 **45**046 241 [1000] 402 5 [3000] 704 [1000] 880 921 85 **46**104 34 224 402 73 576 965 **47**041 93 130 484 783 808 99 902 **48**045 144 76 79 225 302 81 433 71 827 39 978 **49**055 [3000] 146 [500] 60 69 223 72 690 [500] 723 57

50034 99 244 56 [500] 301 477 79 87 805 977 84 **51**021 43 95 127 54 91 219 [500] 85 394 594 806 059 **52**205 41 90 201 467 704 [1000] 814 24 [500] 72 **53**046 146 [500] 215 52 507 639 83 965 **54**111 44 72 [1000] 84 322 454 93 527 [500] 46 607 827 903 **55**185 [500] 238 526 698 99 729 871 **56**036 [3000] 53 79 126 28 212 387 666 785 800 **57**071 198 395 436 45 699 780 **58**209 18 372 438 79 628 34 53 623 748 **59**235 93 425 907 23

60092 432 62 663 700 38 906 **61**045 204 364 783 61 804 925 **62**131 55 221 322 433 76 [500] 540 622 **63**146 253 93 96 308 817 **64**022 23 25 97 111 211 [500] 47 79 428 530 37 609 712 864 961 76 [500] 96 **65**277 313 455 71 581 651 709 27 970 99 [1000] **66**701 56 805 29 [1000] 36 60 962 **67**096 305 635 38 768 87 **68**039 192 217 349 89 583 623 37 [3000] 794 **69**019 57 70 85 [500] 113 84 334 470 695 97

70601 52 706 24 829 920 **71**055 376 423 565 752 958 **72**178 238 351 85 91 453 63 80 896 990 **73**024 122 254 379 471 581 669 890 **74**083 149 92 241 333 623 89 [500] 809 42 **75**000 96 105 221 414 569 724 **76**106 256 578 661 734 823 934 56 65 **77**028 101 233 435 622 695 988 **78**154 238 412 602 77 97 736 **79**114 66 237 363 410 [500] 607 752 [500] 803 54 69

80029 60 107 83 406 777 987 **81**174 211 57 343 96 637 78 69 655 917 39 **82**115 451 [500] 623 **83**002 220 62 432 73 [500] 806 85 **84**146 209 26 389 441 594 788 856 929 91 **85**030 197 480 735 62 933 **86**016 299 343 64 413 525 907 27 **87**133 [500] 205 302 500 686 773 881 917 27 **88**238 407 13 513 [500] 38 604 718 939 **89**161 228 39 581 655 696

90171 243 62 323 94 580 806 79 979 **91**065 304 19 28 462 594 606 91 744 97 808 69 921 60 **92**061 132 224 [500] 69 79 572 632 79 739 60 63 87 **93**013 38 142 206 426 723 813 69 95 997 **94**086 263 374 427 [500] 580 591 871 87 932 **95**058 232 350 408 15 514 **96**278 347 457 94 96 626 [500] 703 80 894 965 64 **97**000 237 48 51 520 54 423 679 782 863 966 **98**252 69 438 515 22 605 6 925 **99**107 97 465 [500] 741 49 834

100231 433 49 62 629 45 886 960 **101**076 288 376 444 46 59 565 630 [500] 91 96 97 726 847 **102**125 [500] 65 453 60 584 717 **103**040 107 250 380 86 407 667 [300] 819 910 11 96 **104**042 237 86 379 546 53 54 634 735 90 907 **105**028 88 91 208 16 87 374 653 61 822 29 **106**133 201 7 85 332 56 684 870 941 68 **107**176 228 60 346 416 704 96 [3000] 936 64 72 **108**027 80 97 211 **109**127 28 60 383 673 980 92

110086 636 803 946 **111**079 163 248 364 75 412 421 36 611 708 24 29 63 822 982 **112**286 320 446 537 634 38 759 800 964 **113**013 199 425 702 21 36 76 **114**689 195 241 47 336 39 479 523 720 858 983 **115**006 [illegible] 92 445 19 [illegible] **116**003 3 41 79 97 246 331 85 424 [500] 28 558 683 61 929 54 **117**071 358 73 484 536 667 873 **118**022 40 48 64 91 102 303 39 501 662 763 63 **119**078 100 99 203 389 81 809 67 931 45

120071 173 415 604 43 60 756 845 60 78 94 934 73 **121**221 81 386 435 42 593 99 881 **122**001 103 77 628 843 73 **123**065 137 [500] 93 411 741 50 93 804 [1000] 916 80 **124**109 99 588 718 33 49 [500] 833 44 85 911 62 **125**072 158 715 83 94 966 **126**371 491 604 9 33 64 702 25 65 **127**042 117 377 821 608 34 730 823 954 [500] **128**096 121 275 434 755 804 80 **129**054 66 77 197 259 62 226 25 52 496 562 862 66

130000 132 64 289 [500] 419 26 609 [3000] 48 57 705 28 31 **131**263 324 97 624 42 60 73 710 820 **132**012 165 87 220 417 19 [500] 85 580 800 **133**553 664 95 708 **134**116 20 223 91 [1000] 447 [1000] 634 862 **135**027 110 259 562 832 82 **136**103 337 [1000] 84 463 82 522 627 70 71 **137**035 153 382 462 795 58 79 **138**162 457 520 89 612 57 749 87 906 **139**027 163 65 392 510 62

140384 476 650 858 89 939 **141**078 210 47 77 89 349 58 59 614 83 94 **142**256 471 86 525 607 852 55 917 **143**442 734 41 **144**411 37 96 622 80 986 **145**011 18 39 301 480 528 784 805 39 53 943 74 **146**130 437 773 87 952 **147**021 [3000] 447 798 822 **148**027 28 103 [500] 61 [1000] 76 593 609 44 842 **149**123 60 397 477 503 59 667 778 690

150084 174 226 456 566 922 30 **151**016 288 304 446 521 631 766 975 **152**047 129 201 97 [500] 440 779 **153**033 293 422 567 758 **154**184 371 412 24 64 590 65 667 831 34 910 45 **155**062 219 95 300 82 415 593 77 **156**004 23 94 242 89 459 505 748 68 904 7 **157**027 48 87 304 476 547 830 41 **158**015 118 21 60 483 98 529 [3000] 628 40 97 746 94 873 927 [1000] 62 93 **159**008 103 11 98 324 94 590 660 717 996

160033 73 [500] 217 49 447 536 666 90 729 **161**065 109 239 339 72 707 14 69 95 **162**032 86 233 411 505 707 22 828 **163**126 263 340 93 437 610 749 873 **164**109 72 211 318 [3000] 404 [1000] 77 87 635 717 44 45 94 838 901 **165**195 290 384 510 85 624 89 759 838 937 **166**121 214 352 87 477 79 596 742 936 52 **167**020 44 478 86 90 [3000] 632 752 907 70 80 94 **168**123 78 215 321 39 87 420 51 56 691 712 42 856 923 48 97 **169**023 242 307 95 809 926

170044 59 [1000] 337 63 99 420 65 76 694 878 948 69 93 **171**130 379 591 77 84 695 **172**011 [1000] 42 96 148 408 534 51 97 732 829 932 **173**028 117 23 [3000] 63 248 72 478 655 881 914 **174**011 24 104 213 315 577 687 826 82 **175**107 466 966 713 54 844 [3000] 77 86 90 **176**217 49 63 324 508 [1000] 621 52 788 **177**044 92 142 55 201 49 57 335 724 67 801 29 **178**041 52 115 31 603 10 508 79 **179**005 82 87 123 204 [3000] 29 [3000] 423 535 654 753 64 86

180240 478 699 704 12 **181**149 236 315 23 874 [500] 625 740 802 54 [1000] 70 **182**030 152 205 322 446 602 715 48 814 [500] **183**067 125 333 89 407 38 69 93 [500] 607 39 760 75 801 919 **184**100 235 62 303 78 482 580 [1000] 703 76 853 986 **185**179 89 210 45 320 418 555 965 82 **186**206 27 470 597 [1000] 624 99 [10 000] 736 852 **187**038 965 841 **188**022 158 273 [1000] 332 486 682 817 39 **189**034 36 96 103 83 210 17 59 [1000] 62 489 505 58 651 796 837 88

190302 17 22 84 653 711 875 **191**106 [500] 227 336 67 542 88 [500] 680 [3000] 749 835 64 967 **192**229 85 432 57 89 603 786 [500] 955 75 **193**382 822 [1000] 873 987 **194**076 161 [500] 206 [3000] 66 385 450 73 875 986 **195**136 39 [500] 57 80 209 454 534 706 956 62 **196**048 85 175 332 430 649 78 88 782 900 44 **197**033 82 298 330 541 643 [500] **198**212 61 363 [3000] 99 456 515 51 632 867 89 **199**028 40 54 74 [1000] 122 65 438 60 88 535 649 51 73 734 828 977 92

200077 97 98 198 531 682 713 819 69 963 64 **201**148 284 434 90 99 642 738 869 **202**187 [3000] 233 94 732 36 99 [1000] 804 41 911 16 **203**166 [3000] 283 74 [1000] 365 443 632 40 [500] 700 90 823 **204**151 282 333 40 74 424 80 538 73 82 95 625 [1000] 734 829 64 87 905 **205**041 93 173 289 333 437 69 750 935 61 **206**114 19 307 464 619 832 **207**020 93 285 338 805 616 44 [500] 877 87 908 18 **208**087 204 [3000] 79 311 443 592 808 **209**227 37 354 418 553 657 [1000]

210158 317 403 530 697 [500] 845 **211**072 241 354 [3000] 407 535 72 669 703 859 997 31 **212**038 134 41 [1000] 303 [1000] 27 82 380 90 562 686 **213**001 165 491 631 780 801 21 68 **214**112 390 429 566 641 795 **215**008 37 382 608 764 822 95 [1000] **216**028 144 352 690 782 861 997 **217**150 73 96 379 429 725 39 53 815 56 61 **218**193 [1000] 236 304 79 414 891 927 **219**156 398 594 952

220130 45 56 67 76 296 478 739 839 71 79 917 30 56 **221**218 91 340 414 609 48 [500] 59 80 902 35 **222**080 70 81 110 56 342 59 498 664 707 48 [3000] 844 914 **223**089 [1000] 155 [1000] 97 311 463 684 796 859 77 [500] 982 **224**047 196 296 334 81 687 81 [1000] 96

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 300 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 1 zu 100 000 Mk., 1 zu 50 000 Mk., 3 zu 30 000 Mk., 12 zu 15 000 Mk., 13 zu 10 000 Mk., 48 zu 5000 Mk., 840 zu 3000 Mk., 116 zu 1000 Mk., 1317 zu 500 Mk.

11. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 31. Oktober 1902, vormittags.
Nur die Gewinne über 232 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

201 258 98 475 94 590 95 922 28 **1**002 176 464 593 826 **2**125 249 396 441 503 10 645 81 735 996 **3**415 41 622 49 57 86 801 5 22 974 **4**027 113 353 409 72 762 841 **5**154 227 [500] 33 86 541 614 889 931 **6**168 78 414 582 694 94 706 24 31 37 65 826 74 **7**089 117 306 423 31 702 41 924 **8**092 [1000] 228 457 61 547 63 694 953 **9**002 47 116 26 58 394 449 674 94 824 961

10170 [5000] 80 341 575 608 706 37 983 **11**022 167 432 579 721 888 **12**053 94 98 171 89 313 535 655 868 **13**026 300 500 21 84 [3000] 636 729 806 83 98 940 **14**020 84 86 [3000] 227 42 462 659 76 802 82 **15**528 59 69 636 825 36 87 **16**222 428 512 92 852 **17**063 [3000] 187 201 93 552 652 723 861 [3000] 911 **18**162 260 65 373 83 [500] 84 557 806 20 38 63 **19**008 45 141 250 342 71 418 77 [500] 603 820 [3000] 29 45 978 90 95

20017 274 336 409 632 58 [1000] 752 832 979 63 **21**047 96 105 206 [500] 70 615 **22**057 336 86 412 746 85 900 62 **23**021 310 522 687 704 80 900 17 [1000] **24**001 125 34 91 [500] 272 408 28 [500] 88 [500] 688 729 [1000] 61 85 893 99 948 **25**162 315 76 504 21 686 744 [500] 922 **26**011 15 92 170 236 340 416 650 816 90 909 50 **27**188 294 [500] 534 752 81 832 83 **28**246 [500] 74 342 73 430 552 98 745 99 **29**001 29 95 127 [1000] 87 297 73 88 310 45 405 [1000] 593 616 708 97 843 934 [500]

30008 181 95 308 14 36 411 83 580 670 812 70 **31**232 [1000] 324 408 25 34 90 746 843 **32**016 163 87 205 [500] 453 502 72 95 786 839 82 **33**017 191 260 347 462 780 897 949 **34**155 425 31 65 822 606 15 83 750 [500] 79 368 943 **35**053 134 203 302 18 30 716 [500] 820 72 **36**004 47 278 346 538 792 994 **37**114 282 513 22 611 778 962 **38**048 127 339 71 824 **39**124 34 237 430 585 976

40081 178 212 531 33 632 63 [500] 82 760 845 **41**000 98 143 236 626 759 891 **42**250 392 486 682 939 **43**153 324 372 91 870 91 922 80 **44**111 427 511 715 822 985 **45**013 80 258 454 520 **46**165 243 63 331 [500] 34 48 82 962 927 **47**131 68 301 72 82 544 682 80 868 93 953 60 **48**038 80 [500] 113 18 203 347 65 468 862 **49**118 [3000] 451 530 52 768

50078 194 239 83 359 489 611 19 60 770 879 **51**033 115 56 207 320 444 74 633 702 [1000] 977 **52**114 219 66 494 521 950 **53**225 381 442 518 743 76 847 80 940 **54**026 119 295 434 87 706 0 70 948 **55**087 160 224 377 439 570 **56**044 118 42 94 269 22 41 77 440 17 43 508 [3000] 47 99 769 74 908 45 65 **57**403 943 69 70 95 **58**076 139 206 369 680 742 44 800 68 989 **59**107 24 212 36 454 509 603 7 8 [500] 784 811

60017 138 212 24 66 370 499 543 73 99 697 807 54 950 **61**115 83 293 56 384 819 50 [3000] 988 **62**908 87 141 45 [illegible] 224 350 490 521 688 966 **63**345 450 569 61 601 854 73 79 93 958 **64**348 411 49 552 755 800 63 **65**549 98 239 344 415 38 540 42 770 970 85 94 936 **66**324 80 [1000] 693 731 [2000] 827 **67**000 109 56 486 501 634 39 970 **68**158 307 96 313 415 505 [500] 735 76 944 **69**114 282 304 9 21 440 519 84 639 724 804 15 998 11 [3000] 53

70011 196 [500] 361 826 35 37 47 89 91 **71**155 365 79 490 820 915 [500] 51 96 99 **72**015 567 634 709 [3000] 12 807 **73**026 85 94 377 79 420 518 626 83 721 28 896 949 **74**248 321 83 447 564 90 815 908 **75**153 225 81 480 594 641 700 880 942 **76**032 235 396 641 65 751 868 963 **77**030 135 39 225 52 67 313 416 511 50 69 633 726 78 830 53 **78**033 448 516 648 762 [500] **79**050 118 67 302 11 72 81 403 [3000] 79 652 975

80094 150 285 96 327 430 56 671 786 863 77 957 92 **81**186 200 [1000] 405 17 64 637 728 23 **82**040 61 131 287 395 496 677 83 863 **83**351 765 94 890 95 **84**087 51 87 122 [500] 333 457 501 15 30 69 974 **85**111 38 201 306 [500] 60 427 29 612 [500] 758 834 73 **86**064 217 462 698 [500] 813 36 52 913 **87**094 179 270 315 730 906 **88**080 613 64 92 792 853 **89**039 68 139 390 446 [500] 737 832 901

90080 142 278 458 70 531 98 700 [1000] 96 948 **91**193 538 605 [500] 73 850 [500] 904 64 95 **92**016 19 38 70 [1000] 263 410 17 730 817 25 85 **93**263 412 52 93 615 69 716 43 67 [500] 908 **94**013 169 95 231 55 369 97 925 **95**039 [500] 313 34 53 63 92 796 974 **96**127 540 82 61 806 832 988 **97**451 540 631 706 [500] 862 67 **98**476 93 598 601 718 38 877 904 [1000] **99**017 39 134 42 247 [500] 95 378 473 [500] 600 42

100051 69 197 322 402 74 95 603 77 89 765 896 626 **101**037 142 343 74 301 415 601 744 061 **102**003 107 96 349 79 770 850 99 **103**254 385 433 628 47 704 65 658 930 **104**000 [1000] 12 100 [500] 6 17 324 [500] 63 691 708 13 **105**122 97 255 408 674 89 814 35 019 78 **106**030 120 27 89 280 95 471 606 852 [500] 923 **107**205 319 550 89 646 **108**241 369 74 478 90 535 61 688 991 [500] 73 **109**119 29 245 346 86 477 [3000] 386 601 [1000] 45 614

110126 716 963 **111**189 444 507 635 78 819 **112**047 67 410 555 [500] 32 35 65 775 **113**119 286 414 [1000] 29 511 643 729 812 29 42 932 **114**019 65 91 143 60 85 288 826 49 62 666 737 60 79 **115**069 149 251 312 19 27 527 51 775 **116**046 56 66 168 72 225 651 884 [500] 87 982 **117**172 476 845 50 928 **118**028 247 [1000] 368 471 [500] 532 613 792 815 969 **119**062 [500] 429 536 613 [500] 840 926

120014 223 345 479 500 622 859 978 83 **121**086 95 243 [500] 75 312 492 563 681 864 **122**111 98 442 512 36 613 715 820 69 970 **123**007 104 25 429 590 656 810 89 903 **124**040 124 204 41 75 76 505 56 657 **125**020 85 188 [500] 204 515 53 67 661 81 944 **126**024 27 183 264 425 82 596 661 625 **127**087 252 477 [500] 545 656 781 [1000] 99 861 922 61 [500] **128**194 298 [500] 78 326 69 91 490 821 **129**049 330 [500] 731 49 98 [1000] 846 [1000] 85 986

130227 91 318 19 63 574 626 38 47 706 78 608 41 74 90 **131**368 543 664 [500] 673 **132**248 340 51 422 24 898 **133**081 90 105 201 64 419 600 54 789 800 [500] 940 [3000] **134**115 204 86 312 463 915 **135**[illegible] 6 550 95 641 796 345 97 918 **136**018 [3000] 122 97 332 50 534 614 771 854 **137**061 321 436 37 609 776 98 812 911 57 **138**058 62 130 91 232 303 495 [3000] 61 501 666 844 [500] 938 **139**001 5 18 149 502 907 26 97

140017 359 83 778 83 882 86 86 900 **141**152 608 801 920 [1000] 29 **142**038 75 [3000] 89 171 279 668 750 978 99 **143**361 488 67 579 612 85 91 789 816 98 919 **144**012 [3000] 29 36 58 91 412 28 580 812 **145**107 [3000] 89 215 459 [1000] 518 642 925 76 945 [1000] **146**231 65 382 480 [500] 534 35 69 810 45 **147**083 329 449 632 60 767 71 62 914 56 **148**062 170 371 423 43 522 98 707 76 **149**035 88 216 463 [500] 558 77 673 758 64 65

150013 26 56 67 137 201 378 79 501 656 702 829 [1000] 921 62 **151**053 73 237 68 467 772 **152**168 290 544 82 630 793 **153**017 148 [3000] 72 467 97 811 994 **154**106 35 527 880 81 990 **155**006 123 262 26 389 [500] 94 98 531 83 [3000] 680 736 900 **156**119 269 [500] 422 989 **157**172 294 331 461 507 758 66 805 957 **158**188 246 796 833 907 **159**604 53 115 235 [3000] 449 570 88 631 701 92 817 73 983

160008 123 902 **161**603 99 309 2 46 481 545 89 749 **162**009 193 217 55 67 94 732 46 57 **163**048 123 43 60 478 623 65 836 938 54 79 **164**133 330 774 **165**004 69 126 [300] 249 67 400 30 72 524 92 96 738 52 70 98 911 [1000] **166**019 415 520 69 66 774 **167**089 155 229 391 488 552 743 57 803 50 [3000] **168**229 405 507 44 652 60 **169**116 [3000] 206 328 492 649 [500] 930

170023 859 912 **171**009 207 42 69 324 812 19 44 907 **172**064 152 66 366 613 42 70 65 848 926 89 53 **173**287 797 **174**026 [500] 31 37 111 [500] 273 85 374 451 529 76 709 34 86 982 **175**120 309 451 88 98 636 796 984 [1000] **176**163 [1000] 237 321 73 98 580 679 890 947 65 [1000] **177**035 169 326 53 702 74 875 906 **178**079 141 80 85 467 79 544 73 609 **179**098 100 67 253 305 527 624 775 86 803 58 989

180157 394 446 620 741 66 832 **181**037 43 191 644 703 811 85 965 **182**006 219 330 414 562 54 58 620 25 88 [1000] 709 21 963 918 **183**200 [10 000] 320 34 404 44 622 60 928 82 **184**145 [1000] 274 471 544 610 796 887 **185**259 361 69 504 36 623 722 813 63 74 **186**070 119 [3000] 288 306 404 55 678 96 751 856 91 925 57 **187**056 111 341 75 [1000] 443 [500] 82 617 810 54 55 **188**037 131 276 309 413 39 [500] 548 608 714 17 21 25 928 **189**008 65 105 305 517 29 615 49 729 [1000] 806 953

190068 118 365 538 66 [1000] 81 622 51 65 83 717 879 **191**072 88 249 83 401 [3000] 24 [500] 547 63 601 744 91 **192**134 291 321 40 442 533 613 26 824 945 56 **193**000 100 224 488 575 [3000] 658 62 927 **194**001 269 354 [500] 72 520 614 846 997 **195**004 128 88 220 45 332 501 883 913 04 **196**011 194 222 [3000] 51 387 80 [1000] 727 892 **197**027 162 [500] 239 371 403 502 616 27 **198**276 383 434 51 612 773 890 **199**023 81 423 53 594 801 63 905 35

200019 61 141 88 463 618 **201**037 133 275 335 73 446 70 95 668 749 79 918 97 **202**041 103 91 567 71 604 792 815 973 92 **203**000 77 116 242 606 757 **204**067 117 91 318 50 530 [500] 80 633 703 893 915 **205**067 97 167 [500] 230 34 80 303 473 76 77 [3000] 507 831 [1000] 67 **206**006 14 158 334 73 580 860 911 **207**018 93 224 835 697 706 [500] 818 26 936 **208**089 115 80 292 342 486 568 725 943 **209**030 61 97 306 07 454 502 90 619 791 99

210167 232 344 490 619 78 81 [500] 93 98 853 909 **211**053 150 300 574 631 722 36 914 16 75 **212**089 75 484 511 71 869 90 934 [500] 52 76 **213**200 457 681 743 923 **214**325 406 74 506 898 951 53 **215**325 53 83 94 406 [500] 13 48 88 92 535 934 **216**291 336 769 **217**037 152 68 496 [1000] 686 836 **218**233 758 899 **219**004 375 467 507 18 59 719

220072 115 74 315 81 606 47 865 962 **221**068 280 305 452 534 873 275 **222**004 26 122 286 498 675 90 808 53 **223**112 309 437 505 26 681 735 89 837 **224**025 39 205 089 715 72 [500]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 300 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 1 zu 100 000 Mk., 1 zu 50 000 Mk., 3 zu 30 000 Mk., 12 zu 15 000 Mk., 19 zu 10 000 Mk., 45 zu 5000 Mk., 577 zu 3000 Mk., 437 zu 1000 Mk., 1340 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.